

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 303

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. Dezember 1937.

## Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Magistrat hat vom 15. Oktober bis 30. November an 598 Parteien in 97 Häusern Mietzinszuschüsse in der monatlichen Höhe von 8.712 Schilling bewilligt, die auf die Dauer der Bewilligung zusammen den Betrag von 79.296 Schilling ausmachen.

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 35 Filme, davon 13 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 33 ungekürzt und 2 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 23 Filme, davon 3 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Reineke Fuchs", "Die Fledermaus", "Zigeunerprinzessin" und "Das grosse Abenteuer".

## Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Verwaltungsjahr 1936.

Das Kontrollamt der bundsunmittelbaren Stadt Wien erstattet gemäß § 33 der Stadtordnung Berichte an den Bürgermeister und einmal im Jahre zur Zeit der Budgetberatungen einen zusammenfassenden Bericht. Nunmehr hat der Bürgermeister den zusammenfassenden Bericht des Kontrollamtes über die Wahrnehmungen im Verwaltungsjahr 1936 den Räten der Stadt Wien zugemittelt. Dieser Bericht gewährt einen aufschlussreichen Ueberblick über die Tätigkeit des Kontrollamtes in der Stadtverwaltung.

Der Kontrollbereich erstreckte sich im Jahre 1936 auf 77 Dienststellen des Magistrates, auf die 6 städtischen Unternehmungen (Strassenbahnen, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung), auf die 4 städtischen Anstalten mit eigenem Statut (Zentralsparkasse, Kreditverein der Zentralsparkasse, Wiener Hypothekenanstalt, und Versicherungsanstalt) und auf 37 Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit (gemischtwirtschaftliche Unternehmungen), an denen die Stadt Wien finanziell beteiligt ist.

Das Kontrollamt übt ausserhalb des in der Stadtordnung vorgesehenen Wirkungskreises noch bei folgenden Stellen die Kontrolle aus: Fortbildungsschulrat für Wien, Wiener Jugendhilfswerk, Verein "Jugend in Arbeit", Aktion "Winterhilfe der Stadt Wien", Gewerbeverband der Stadt Wien samt den 46 Wiener Zünften, Meisterkrankenkasernen sowie Wiener Landwirtschaftskammer. Der Aufgabenbereich des Kontrollamtes hat schon eine neuerliche Erweiterung erfahren.

Im allgemeinen Teil nehmen die Ausführungen über das Hauptinventar der Stadt Wien einen breiteren Raum ein. Hervorzuheben ist hierbei, dass die Stadt Wien einschliesslich ihrer Unternehmungen ein Reinvermögen von über 1 1/3 Milliarden Schilling ausweist, wovon rund 900 Millionen Schilling auf die Hoheitsverwaltung und rund 400 Millionen Schilling auf die städtischen Unternehmungen entfallen. Die fundierten Schulden mit Ende 1936 belaufen sich auf rund 350 Millionen Schilling. Wesentliche Vermögensbestände der Hoheitsverwaltung, wie zum Beispiel die Amts- und Schulhäuser, die öffentlichen Beleuchtungsanlagen, die städtischen Sammlungen, das öffentliche Gut usw., sind in diesen Beträgen überhaupt nicht, beziehungsweise nur mit Evidenzwerten enthalten, da die Ermittlung eines, ihrem tatsächlichen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Wert entsprechenden Betrages erheblichen Schwierigkeiten begegnet.

Im Abschnitt Gruppe I "Allgemeine Verwaltung" sind unter anderem die Bestrebungen des Kontrollamtes bei verschiedenen Verwaltungsgebieten (z.B. städtische Feuerwehr, städtische Sammlungen) auf Herbeiführung eines einwandfreien Rechnungsablaufes zu erwähnen. Beim Archiv der Stadt Wien wurde in Anbetracht der hochwertigen Bestände auf ihre zwangsläufige interne Ueberprüfung gedrungen. Bemerkenswert sind ferner die aus Anlass der Uebernahme von 53 Arbeiter- und Kinderbüchereien in die Verwaltung der Stadt Wien verbundenen Anregungen auf eine entsprechende Aufnahme dieser Vermögenswerte etc. Die vollständige Erfassung aller platzzinspflichtigen Objekte sowie die Zentralisierung der Platzzinsgebarung wurden auf Hinweis des Kontrollamtes angebahnt. Die vollständige Durchführung steht vor dem Abschluss.

Beim Finanzamt sind die Anregungen des Kontrollamtes auf Herbeiführung einer strafferen Organisation der Gebarung mit den Lustbarkeitssteuerkarten und auf eine Erhöhung der Gebarungssicherheit bei der Behandlung der Postsparkassenzahlungen und Gutschriftenanweisungen in der Zentralrechnungsabteilung erwähnenswert. Weiter betont das Kontrollamt, dass zur Vermeidung allfälliger Schwierigkeiten bei der Hereinbringung von aus verspäteten Bemessungen entstandenen Abgaberückständen dem zeitgerechten Bemessungsverfahren ein besonderes Augenmerk zuzuwenden sei. Im Zusammenhang damit verweist der Bericht darauf, dass die bis Ende 1935 anhängigen Berufungen bereits erledigt wurden und dass die restlichen Berufungen des Jahres 1936 voraussichtlich mit Ende 1937 aufgearbeitet sein werden.

Der Bericht über das Wohlfahrtswesen beschäftigt sich hinsichtlich der Mittagsauspeisung in den Schulen mit der intensiveren Ueberprüfung der Schülerspeisestellen durch Organe des Jugendamtes, um eine ständig gleichbleibende Qualität der verabfolgten Speisen zu sichern. Bei der Erwachsenenfürsorge befasst sich das Kontrollamt mit der Steigerung des Aufwandes für Krankenpflegeartikel und erachtete eine Herabsetzung der Betragshöhe und eine fallweise fachliche Ueberprüfung für angezeigt. Bei den Rückersatzanforderungen für Unterstützungen an fremdzuständige österreichische Bundesbürger wird die raschere Betreibung bei den ersatzpflichtigen Körperschaften empfohlen. Ferner wurde auf die Notwendigkeit einer rascheren Anmeldung von Fürsorgeaufwendungen zur Verlassenschaftsabhandlung nach verstorbenen Dauerbefürsorgten verwiesen. Bei den Stiftungen wurde die Aufmerksamkeit auf die Zweckmäßigkeit einer eingehenderen stiftungsbehördlichen Ueberprüfung gelenkt, um auf die wirtschaftliche Verwaltung und stiftbriefmäßige Verwendung der Erträgnisse erhöhten Einfluss nehmen zu können. Auf dem Gebiete der Wiener Winterhilfe empfahl das Kontrollamt, bei der Organisation der Aktion 1936/37 auf eine einwandfreie Nachweisung der ausgefolgten Unterstützungen, auf die Vorlage entsprechender Abrechnungen und auf die Einrichtung laufender Ueberprüfungen an Ort und Stelle zu dringen.

Hinsichtlich der von der Stadt Wien betriebenen Wohlfahrtsanstalten verweist das Kontrollamt darauf, Neuerstellungen nach Möglichkeit an Gewerbetreibende zu vergeben und die bestehenden Anstaltswerkstätten auf das für den Betrieb oder die Arbeitstherapie notwendige Ausmass einzuschränken. Ferner beschäftigt sich das Kontrollamt eingehend mit der Sachgebarung in den Anstalten und mit verschiedenen Mängeln bei baulichen Herstellungen. Auf Grund der Erfolgsziffern des Rechnungsabschlusses 1936 wird unter Hinweis auf das wirtschaftliche Bild einzelner Anstalten empfohlen, der Frage näher zu treten, ob nicht durch eine Regelung der sogenannten besonderen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Gebühren der ständigen Verringerung der Klassenpatienten einigermaßen begünstigt werden könnte. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens stellt das Kontrollamt unter anderem eingehende Untersuchungen über die Gebarung der Desinfektionsanstalten an und gibt in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht umfassende Anregungen.

Weitere Anregungen des Kontrollamtes befassen sich mit der Einhebung der Verpflegskosten, um eine raschere Einbringlichmachung zu erreichen.

Bei den übrigen Geschäftsgruppen des Magistrates werden verschiedene Anregungen auf Vereinfachungen in der Gebarungsabwicklung sowie auf Erhöhung der Gebarungssicherheit und Steigerung der Wirtschaftlichkeit gegeben.

An wichtigen Wahrnehmungen in diesen Gruppen seien folgende hervorgehoben:

Beim Wohnungsamt betreffen vielfache Anregungen die Ergebnisse der vom Kontrollamt ausgeübten Bauwirtschaftskontrolle.

Beim Kapitel Fuhrwerksbetrieb verweist das Kontrollamt auf seine eingehende Überprüfung der Schneesäuberungsarbeiten, die im Hinblick auf das nicht unbedeutende Kostenverhältnis zur Empfehlung von Massnahmen führte, um eine Steigerung der Arbeitsleistungen und der Schlagfertigkeit des Schneesäuberungsdienstes herbeizuführen.

Auf dem Gebiete des Strassenbaues wird auf das Erfordernis einer hinreichenden Überwachung der in Regie vergebenen Arbeiten verwiesen.

Beim Betrieb Märkte und Schlachthöfe werden vom Kontrollamt Massnahmen empfohlen, die geeignet sind, zu verhindern, dass unbeschaut und daher auch nicht vorgeführte Ware feilgeboten wird.

Im Rahmen der städtischen Beschaffungsstelle erwähnt das Kontrollamt eine zur Erhöhung der Sicherheit der Gebarung mit den Sachwerten in der Hoheits- und Betriebsverwaltung getroffene organisatorische Neurichtung durch die Einführung sogenannter Inventarscheine, die eine genaue Kontrolle über die vorhandenen Bestände ermöglicht.

Hinsichtlich des Betriebes städtische Lagerhäuser stellt das Kontrollamt fest, dass ihre Verlustgebarung hauptsächlich durch den rückläufigen Geschäftsgang bedingt ist, der dadurch verursacht wurde, dass die Fruchttransporte aus den Balkanländern zum grossen Teil nicht mehr in Wien eingelagert oder umgeschlagen, sondern sofort in die Bundesländer oder nach Deutschland weiter transportiert werden, beziehungsweise, dass die Frucht vielfach in Mühlen eingelagert wird.

Unter den Ausführungen über die städtischen Unternehmungen und Anstalten nehmen die Erörterungen über die städtischen Strassenbahnen den weitesten Raum ein. Das Gesamteinnahmenergebnis dieser Unternehmung weist, bedingt durch die rückläufigen Einnahmen aus der Frequenz gegenüber dem Jahre 1935, einen weiteren Rückgang, und zwar von rund 4,3 Millionen Schilling auf, während er sich im Jahre 1935 gegenüber 1934 nur auf rund 2,9 Millionen Schilling belief. Beim Gaswerk und bei den Elektrizitätswerken erwähnt das Kontrollamt die günstige Entwicklung des Geschäftsumsatzes mit der Gasgemeinschaft und mit der Elektrovereinigung.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Zur Gebarung der Zentralsparkasse stellt das Kontrollamt fest, dass ihre finanzielle Lage weiterhin als günstig anzusehen ist; ebenso war das Ergebnis des Geschäftsjahres 1936 für den Kreditverein der Zentralsparkasse ein befriedigendes. Bei der städtischen Versicherungsanstalt trat sowohl in der Lebens- als auch in der Elementarversicherung eine weitere Ausdehnung des Geschäftsbetriebes ein.

Das Kapitel gemischtwirtschaftliche Unternehmungen zeigt schliesslich in kurzen Umrissen die finanziellen Ergebnisse jener Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung etc. auf, an denen die Stadt Wien in erheblichem Masse beteiligt ist.

Die Ausführungen des Wahrnehmungsberichtes 1936 lassen abermals das vielfältige und unablässige, auf tunlichste Wirtschaftlichkeit und Gebarungssicherheit im Haushalt der Stadt Wien abzielende Wirken des Kontrollamtes erkennen.

-----

## Vor der Probefüllung des Lainzer Wasserbehälters.

Der Bau des neuen Wasserbehälters im Lainzer Tiergarten nähert sich seinem Ende. Vor kurzem wurden die Eisenbeton-Tragteile fertiggestellt und die Hauptrohre der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung in die Apparatkammer des neuen Behälters eingeschaltet. Nach dem heutigen Stande der Bauarbeiten ist damit zu rechnen, dass die Probefüllung knapp nach Weihnachten erfolgen wird.

Kürzlich besichtigten die Mitglieder des Wiener Landessanitätsrates unter Führung des Hofrates Professor Dr. Durig den neuen Wasserbehälter. Die Landessanitätsräte, die sich von der in hygienischer Beziehung vortrefflichen und kaum zu übertreffenden Art der Sammlung, Aufspeicherung und Abgabe des Wiener Hochquellenwassers im neuen Behälter überzeugten, zollten in einem Schreiben des Hofrates Professor Dr. Durig an den Bürgermeister dieser Grosstat technischer Höchstleistung ihre volle Bewunderung.

Heute statteten die Mitglieder der Wiener Bürgerschaft dem neuen Werk der Stadtverwaltung einen Besuch ab, zu dem auch die Vize-Bürgermeister Lahr und Waldsam erschienen waren. Zu ihrer Begrüssung hatten sich Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, Senatsrat Ing. Machek und Oberstadtbaurat Dr. Ing. Tillmann und die mit der Bauaufsicht städtischen Beamten eingefunden.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 304

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. Dezember 1937.

## Ausbau der Fürsorge für werdende Mütter.

In dem grossen Aufgabenkreis der von der neuen Wiener Stadtverwaltung eingeführten Familienfürsorge nimmt die Fürsorge für werdende Mütter einen besonders wichtigen Platz ein. Schwangerenberatung, Säuglingswäschekaktion, Mutterhilfe und ähnliche Fürsorgeeinrichtungen stehen heute bereits den werdenden Müttern hilfreich zur Seite. Nun nimmt sich die städtische Fürsorge auf Anordnung des Bürgermeisters insbesondere der Frauen und Mädchen an, die in den letzten Monaten ihrer Schwangerschaft obdachlos sind.

Bisher waren diese Schwangeren im Dauerheim der Herberge für Obdachlose im 10. Bezirk untergebracht. Nunmehr wurde im Zentralkinderheim der Stadt Wien im 13. Bezirk in der Bastiengasse eine eigene Abteilung "Zuflucht für werdende Mütter" errichtet, die in Hinkunft obdachlosen, nach Wien zuständigen Frauen und Mädchen in den letzten Monaten ihrer Schwangerschaft Unterkunft und Verpflegung gewähren wird. Das neue Fürsorgeheim hat in zehn freundlich und wohnlich gehaltenen Räumen einen Belagraum von 50 Betten und ist mit einem grossen Tagraum, Waschräumen mit fliessendem Kalt- und Warmwasser, Badezimmern, ärztlichen Untersuchungs- und Behandlungszimmern sowie einer Teeküche ausgestattet.

Die Aufnahme erfolgt in der Regel nicht vor dem sechsten Schwangerschaftsmonate, doch kann sie aus sozialen oder medizinischen Gründen auch schon früher vorgenommen werden. Die Aufnahmebewerberinnen haben sich in der Zentralkanzlei der Herbergen für Obdachlose, 10., Arsenalstrasse 9, zu melden; für die kurze Zeit der erforderlichen Erhebungen werden sie zunächst im Dauerheim für Obdachlose im 10. Bezirk untergebracht. Nach Feststellung der Obdachlosigkeit und Einholung eines Gutachtens einer städtischen Schwangerenberatungsstelle werden dann die obdachlosen Frauen und Mädchen der "Zuflucht für werdende Mütter" zugewiesen, wo sie bis zur Entbindung verbleiben und für leichtere Hausarbeiten und Näharbeiten beschäftigt werden. Zum Zwecke der Schulung werden für sie auch eigene "Mütterstunden" vom Mutterschutzwerk der Vaterländischen Front eingerichtet. Zur Entbindung selbst kommen die Schwangeren entweder in das Entbindungshaus der Stadt Wien "Brigittaspiatl" oder auf eine geburtshilfliche Abteilung eines Spitals. Nach der Entbindung werden die jungen Mütter mit ihren Kindern bei Fortdauer der Bedürftigkeit in der Mütterabteilung des Zentralkinderheimes aufgenommen.

Die Weihe und feierliche Eröffnung des neuen Fürsorgewerkes findet übermorgen, Samstag, in Anwesenheit des Bürgermeisters statt.

-----

## Eröffnung der Wärmestuben.

Wie der Magistrat mitteilt, werden die Wärmestuben, 3., Erdbergstrasse 85, 14., Nobilegasse 35, 16., Seeböckgasse 18, und 20., Burghardtgasse 3, übermorgen, Samstag, eröffnet. Der Betrieb wird wie in den Vorjahren geführt; die Wärmestuben sind täglich von 8 Uhr abend bis 6 Uhr früh offen. Die Wärmestube Puchsbaumplatz wird von Sonntag an von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittag offen gehalten. Die Besucher dieser Wärmestube haben sich wegen Nächtigung an die "Städtischen Herbergen für Obdachlose" im 10. Bezirk zu wenden.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

## Der Stadtbaudirektor von Rom in Wien.

Dieser Tage ist der Stadtbaudirektor von Rom Dr. Ing. Arch. Arnaldo Maccari mit Vizedirektor Dr. Ing. Giampelino Corsetti zu einem kurzen Studienaufenthalt in Wien eingetroffen. Nach Begrüssung durch Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder besichtigten sie unter Führung des Senatsrates Dr. Asperger die Assanierungsbauten und die neuen Verkehrsanlagen auf dem Freihausgelände, die Grossmarkthalle und andere Märkte, einige städtische Bäder, die Wohnsiedlung Hasenleiten, die Höhenstrasse und den neuen Lainzer Wasserbehälter. Nach Beendigung der Führung wurden sie von Bürgermeister Richard Schmitz empfangen, der sich mit ihnen über eine Reihe von städtebaulichen Fragen unterhielt.

## Ueberreichung von Auszeichnungen.

Der Bundespräsident hat den Vorstand des Fürsorgeamtes Währing Bernhard Sezerba das goldene Verdienstzeichen und den städtischen Oberamtsgehilfen Wilhelm Guschl (Magistratsdirektion) und Josef Veigl (Präsidialbüro) die grosse silberne Verdienstmedaille verliehen. Bürgermeister Richard Schmitz überreichte heute nachmittag nach einer herzlichen Ansprache den verdienten Männern im Beisein des Magistratsdirektors Dr. Hiessmanseder und anderer hoher Magistratsfunktionäre die Auszeichnungen.

## Angelobung von Junglehrern.

Heute nachmittag leisteten im Sitzungssaal der Wiener Bürgerschaft 59 Junglehrer und Junglehrerinnen sowie 19 Handarbeitslehrerinnen vor dem Bürgermeister die Angelobung. Bürgermeister Richard Schmitz verwies auf die hohen Aufgaben des Lehrerberufes, der den ganzen Menschen als Persönlichkeit erfordere, sowie auf die Schwierigkeiten, die der Schulerhalter überwinden musste, um trotz der sinkenden Kinderzahl 700 Junglehrer und Junglehrerinnen neu in den Dienst zu stellen. Würden die Bestrebungen nach Aenderung des Dienstrechtes im Sinne des Verbleibens der verheirateten Lehrerin im aktiven Dienste Erfolg haben, dann wäre die unabwendbare Wirkung, dass das Los der Junglehrerschaft sich sehr verschlechtern würde. Nach der Angelobung sprach ein Junglehrer im Namen seiner Kollegen und Kolleginnen den Dank für die Anstellung aus und legte ein Treuebekenntnis ab. Der Feier wohnten Präsident Hofrat Professor Krasser, Landesschulinspektor Dr. Simonie, der administrative Referent des Stadtschulrates Obermagistratsrat Dr. Schwetz und sämtliche Bezirksschulinspektoren bei.

Anschliessend wurden im Salon des Bürgermeisters die Mitglieder des Beirates des Wiener Fortbildungsschulrates angelobt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

305

Wien, am 3. Dezember 1937.

## Budgetberatungen im städtischen Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft begann Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz und des Vizebürgermeisters Lahr mit der Beratung des Voranschlags der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938, des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie des Berichtes des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung der einzelnen Posten und Ansätze des Kapitels "Finanzamt" sowie mit einer Besprechung der Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes ein, worauf zugleich mit der Spezialdebatte über dieses Kapitel die Generaldebatte abgeführt wurde, an der sich fast alle Mitglieder des Ausschusses beteiligten.

Frau Rat Dr. Motzko erklärte, dass das Verwaltungsjahr 1936 für die Arbeitsbeschaffung kein besonders günstiges Jahr war, was auch in der Bewegung der Fürsorge zum Ausdruck kommt, obwohl anerkannt werden muss, dass die Stadtverwaltung die allergrössten Anstrengungen gemacht hat, um die Arbeitsbeschaffung vorwärts zu treiben. Als Mitglied der Abgabenberufungskommission kann sie mit Freude feststellen, dass die Arbeiten dieser Kommission jetzt ohne Verzögerung vor sich gehen und auch die alten Rückstände bereits vollkommen aufgearbeitet sind. Die Rednerin spricht sodann zur Mietaufwandsteuer und Fürsorgeabgabe und ersucht hinsichtlich der Mietaufwandsteuer um Aenderung der Bemessungsgrundlage für die im alten Familienbesitz stehenden Objekte in den Randbezirken, die heute mit Rücksicht auf die Höhe der Abgabe nur unter den grössten Opfern selbst benützt und schwer verkauft werden können, ferner hinsichtlich der Fürsorgeabgabe um Entgegenkommen des Abgabenamtes, wenn es sich um Einrichtungen rein fürsorglicher Art handelt.

Rat Ing. Petravic bespricht ausführlich die Bedeutung des öffentlichen Haushaltes für die Wirtschaft. Die Ueberprüfung des Haushaltes der Stadt Wien ergibt klar und deutlich dessen Sauberkeit und Ordnung, wofür dem Bürgermeister wie der gesamten Stadtverwaltung Dank und Anerkennung gebührt. Der Redner untersucht dann die Gebarung der Stadt Wien hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung vom wirtschaftlichen Standpunkte aus und kommt zur Feststellung, dass die Stadt Wien auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wirklich Hervorragendes und Bedeutendes geleistet hat. Die Stadt Wien hat in den Jahren 1935 und 1936 sowie entsprechend den Ansätzen des Voranschlages für 1937 einschliesslich der Instandhaltungsaufwendungen der städtischen Unternehmungen nicht weniger als 479 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung aufgewendet, wobei neben der effektiven Finanzierung die Ueberschüsse der laufenden Gebarung zur Deckung der Arbeitsbeschaffung herangezogen wurden. Dabei muss mit allem Nachdruck festgestellt werden, dass trotz dem enormen Aufwand für die Arbeitsbeschaffung die Verschuldung der Stadt nicht im gleichen Ausmass gestiegen ist. Das Endergebnis dieser Betrachtungen ist, dass die Finanzgebarung der Stadt Wien in jeder Hinsicht der strengsten Beurteilung vollkommen entspricht. Der Redner erörtert sodann im Besonderen die Lage der Wiener Industrie und hebt hervor, dass die Ausnützung deren Kapazität im Grossen und Ganzen noch sehr unbefriedigend ist. Trotz dem unerhört hohen Aufwand der Stadt Wien von 479 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung ist die Beschäftigung der Wiener Industrie noch immer

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

bei weitem unzureichend. Die aus diesem Missverhältnis sich ergebenden Probleme bedürfen einer sorgsamten Behandlung in den zuständigen Körperschaften. Der Redner erörtert im Einzelnen die Frage der Rationalisierung, die Ueberstundenleistungen und die der Industrie zugeschriebene Abneigung gegen Neueinstellungen und Heranziehung eines ordentlichen Arbeiterwachses und kommt zu dem Schlusse, dass die Unmöglichkeit der Ausnützung der vollen Kapazität nicht der Wirtschaft zur Last geschrieben werden kann. Die österreichische industrielle Wirtschaft hängt im Wesentlichen vom Export ab, was im Verein mit der verhältnismässig geringen Beteiligung des Binnenmarktes bei der Abnahme von Industrieprodukten die Ursache der nicht ausgenützten Kapazität der Industrie ist. Die Industrie braucht daher wirtschaftsbelebende Arbeitsaufträge, wie solche von der Stadt Wien vorgeworben werden, die ohne Ueberanspannung und ohne Aufblähung des Finanzapparates sowie ohne übermässige Verschuldung von 1935 bis einschliesslich der Voranschlagsansätze 1938 eine Aufwandswirtschaft im Sinne der Arbeitsbeschaffung in der Höhe von 649 Millionen Schilling aufweist.

Der Redner beschäftigt sich weiter mit der Finanzlage der Stadt Wien und stellt fest, dass die Einnahmen an Steuern und Abgaben von 347 Millionen Schilling im Jahre 1930 auf 192 Millionen Schilling gesunken sind; er hebt hervor, dass mit Rücksicht darauf die Wirtschaft nicht verlangt wird, die Säulen der Finanzen, die Mietaufwandsteuer und die Fürsorgeabgabe fallen zu lassen, wohl aber den Wunsch vorbringt, die Härten der beiden Abgaben im Interesse der Wirtschaft zu mildern. Der Redner bezeichnet als eine besonders drückende Härte der Fürsorgeabgabe die Möglichkeit der Steuerbehörde, die Nachbemessung innerhalb von dreissig Jahren vornehmen zu können. Die Veranlagung der Fürsorgeabgabe ist mitunter derart schwierig, dass es oft nicht möglich ist, sie geordnet einzubekennen. Der Steuerträger kommt in vielen Fällen selbst auf Unrichtigkeiten, doch ist es ihm unmöglich, die Fassung richtigzustellen. Die oberösterreichische Landesregierung hat jetzt die Nachbemessungsfrist auf zwölf Monate beschränkt und Redner ersucht, sich auch in Wien diesem Schritt anzuschliessen. Bei der Besprechung der Hausgroschenabgabe bemängelt Ing. Potravie, dass sie auch für Objekte vorgeschrieben wird, die von der Mietaufwandsteuer befreit sind. Die Hausgroschenabgabe ist eine Zwecksteuer zur Deckung des Polizeiaufwandes und des Wehrbeitrages. Sie hat im Jahre 1936 rund 13'8 Millionen Schilling ergeben, während sie im Voranschlag für 1938 wieder mit dem Erfordernis für den Polizeiaufwand und den Wehrbeitrag mit 12 Millionen Schilling eingestellt ist. Diese Art der Veranschlagung lässt wohl die Anlage von Reserven vermuten. Zum Schlusse dankt der Redner dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung für die zielbewusste Führung und für die Opfer, die Wien für die Arbeitsbeschaffung geleistet hat, und ersucht um entgegenkommende Behandlung der Wünsche der Industrie.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein erklärt, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von der öffentlichen Hand entweder durch direkte Arbeitsvergebung oder durch Förderung der Privatwirtschaft geführt werden kann. Letzteres bedeutet Senkung der Steuern und damit der Produktionskosten. Beide Wege kann die öffentliche Hand jedoch nicht gleichzeitig einschlagen und daraus ergibt sich die Frage, welchen Weg die öffentliche Hand nehmen soll. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wohl von optischer Wirkung ist, die Förderung der Privatwirtschaft aber das eine für sich hat, dass zunächst keine Schulden gemacht

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

worden müssen und die Arbeitslosigkeit auf natürlichem Wege bekämpft wird. Nach einem Hinweis auf den Vortrag des Altbundeskanzlers Dr. Ender über die Finanzgebarung des Bundes hebt er hervor, dass die Stadt Wien wirklich wertvolle Steuerermässigungen zu richtiger Zeit und an richtiger Stelle vorgenommen hat. Dr. Ender sieht eine etwas düstere Zukunft vor sich. Wir folgen ihm darin nicht, sondern glauben vielmehr, dass wir uns auch jetzt mit der Frage von Steuerermässigungen beschäftigen können. Redner empfiehlt hier insbesondere Erwägungen hinsichtlich Fürsorgeabgabe, Mietaufwandsteuer und Hausgröschonabgabe.

Rat Ing. Gross spricht sich für das Fallenlassen der Fürsorgeabgabe für Lehrlinge aus und hält die Bodenwertabgabe für verbauten Grund für reformbedürftig. Zum Zwecke der Belobung der Bauwirtschaft wäre es auch notwendig, den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds höher zu dotieren; die Anliegerbeiträge und Anschlussgebühren vor allem für Ein- und Zweifamilienhäuser sollen ermässigt werden.

Rat Dr. Ing. Hongl schliesst sich den Ausführungen der Frau Rät Dr. Motzko betreffend Ermässigung der Bemessungsgrundlage für parifizierete Objekte an und drückt den Wunsch aus, die Hauseigentümer auf die ihnen auf Grund des Mietaufwandsteuergesetzes erwachsenden Haftungen durch periodische Publikationen aufmerksam zu machen.

Rat Ing. Herrmann gibt seiner besonderen Genugtuung Ausdruck, dass nunmehr die Hochbautätigkeit verstärkt wird und auch die Wünsche der technischen Korporationen, wie Novellierung der Bauordnung, Schaffung der Baukreditbank usw., bei der Stadtverwaltung volls Verständnis gefunden haben.

Rat Effenberger beschäftigt sich zunächst mit der Fürsorgeabgabe und stellt fest, dass die Steuerreform 1934 durch Einführung der Pauschalierung der Fürsorgeabgabe für viele Unternehmungen bedeutende Vorteile gebracht hat. Immerhin aber leiden unter dieser Abgabe insbesondere <sup>jene</sup> Betriebe der Industrie, des Gewerbes und des Handels, die bei der Arbeitsbeschaffung noch nicht zum Zuge gekommen sind. Er regt an, gerade für solche notleidende Betriebe die Pauschalierung der Fürsorgeabgabe einzuführen. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich eingehend mit der Lehrlingsfrage, wobei er betont, dass die Meisterschaft nicht unwillig ist, aber die heute geltenden Gesetze die Lehrlingshaltung ungemein erschweren. Der Meister wird z. B. heute angehalten, den Lehrling nur für gewisse Arbeiten heranzuziehen, was für die Gesamtausbildung des Lehrlings von grossem Nachteil ist. Der Redner beklagt den allgemeinen Konsumrückgang in Wien und betont in diesem Zusammenhang, dass gegenüber 1934 die Zahl der Wiener beschäftigten Bäckereiarbeiter bis jetzt um 550 zurückgegangen ist. Hiefür ist auch als Ursache das Fehlen der Verzehrungssteuer anzusehen, die die Zufuhr von Fertiggerbäck aus der näheren und weiteren Umgebung Wiens verhindern würde. Der Redner wünscht eine Mehrbeschäftigung des Baugewerbes durch den Hausreparaturfonds und regt an, die ausländischen Wiener Hausbesitzer, die ihre Häuser nicht herrichten lassen wollen, dazu von Amts wegen zu verhalten.

Rat Rechberger beschäftigt sich mit der Fahrradabgabe und verweist darauf, dass das Land Niederösterreich die kürzlich eingeführte Fahrradabgabe mit 5 Schilling festgesetzt hat, obwohl es für ein Strassennetz von 14.000 Kilometer Länge zu sorgen hat. Wien steht mit 6 Schilling an der Spitze und es wäre äusserst wünschenswert, die Höhe der Wiener Fahrradabgabe der der anderen Bundesländer anzugleichen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Rat Diestler ist der Meinung, dass bei der Lösung der Lehrlingsfrage verschiedene soziale Einrichtungen hemmend wirken. Die Lehrlingsfrage ist für die gesamte Volkswirtschaft von grosser Bedeutung und es ist daher dringendst notwendig, bei den Meistern und Unternehmern die Lust zur Lehrlingshaltung wieder zu wecken. Um dies zu erreichen, müssen aber gewisse Härten der sozialen Gesetzgebung beseitigt werden.

Rat Gräf verlangt, dass bei Arbeitsvergebungen durch die öffentliche Hand nicht das billigste Offert herangezogen werden soll, sondern der Unternehmer, der die Gewähr dafür bietet, dass er die Arbeit ordnungsgemäss ausführt. Zur Lehrlingsfrage erklärt der Redner, dass in erster Linie der Tagesunterricht entfallen muss. Die Lehrzeit beträgt heute drei Jahre, davon gehen aber fast anderthalb Jahre für Schule, Urlaub, Erkrankung und dergl. auf.

Bürgermeister Richard Schmitz nimmt ebenfalls zur Lehrlingsfrage Stellung und erklärt, man müsse den Mut haben, aufzuzeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Nicht die sozialen Lasten allein sind es, die sich der Lehrlingshaltung entgegenstellen, es hat auch die Lust nachgelassen, Lehrlinge zu nehmen. Dies zeigt sich auch darin, dass sich die Fälle mehren, in denen für die Aufnahme eines Lehrlings von den Meistern oft sehr hohe Goldbeträge verlangt werden. Das ist eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann. Wenn es aber so ist, dass der Mangel an Lehrstellen auf eine psychologische Veränderung zurückzuführen ist, dann wird eines Tages die öffentliche Verwaltung in Ergänzung der Meisterlehrer subsidiäre Vorsorgen treffen müssen. Diese Erkenntnis ist sehr ernst. Jeder von uns wünscht, dass in der Meisterlehre wie in früheren Jahren genügend junge Leute Aufnahme finden, um nicht nur dem Gewerbe, sondern auch der Industrie die notwendige Zahl junger Facharbeiter zu sichern. Leider ist es heute beklagenswerte Tatsache, dass die Facharbeiter zu fehlen beginnen, dass aber leider nur zu viele Jugendliche keine Lehrstelle finden können. Der blosser Hinweis auf gesetzliche Lasten führt am Problem selbst vorbei. Man muss es in seiner Gänze sehen. Der Bürgermeister führte dann aus, dass die niedrigere Veranschlagung einer Steuer für 1938 - gemessen am Erfolg des Jahres 1936 - leider noch lange nicht eine Reserve bedeute. Nicht nur 1936, auch die Erfahrungen von 1937 müssen mitberücksichtigt werden. Ein jeder Voranschlag wäre schlecht erstellt, wenn die bisherigen oft nur auf Zufälligkeiten beruhenden Einnahmen restlos veranschlagt würden. In seinen weiteren Ausführungen erörtert der Bürgermeister die Lage der österreichischen Wirtschaft in ihren Beziehungen zur europäischen und zur Weltwirtschaft.

Senatsrat Dr. Leppa antwortete in seinem <sup>ausführlichen</sup> Schlusswort auf zahlreiche Einzelheiten betreffend Fragen und Bemerkungen während der Debatte. Damit war die Generaldebatte und zugleich Spezialdebatte über das Kapitel "Finanzamt" beendet, dessen Ansätze einstimmig genehmigt wurden.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

306

Wien, am 4. Dezember 1937.

## Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 3. d. ausgegebene 16. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1937, enthält die Verordnung des Bürgermeisters vom 20. November d. J. betreffend die Bewertung der Sachbezüge für die Angestelltenversicherung der dem Angestelltenversicherungsgesetz (B.G.B1. Nr. 232/1928) unterliegenden Angestellten, für die Landarbeiterversicherung und für die gewerbliche Sozialversicherung, ferner die Verordnung des Bürgermeisters vom 23. November d. J. betreffend die Verlegung von Markttagen und Marktstunden auf dem Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx im Jahre 1938 und endlich die Kundmachung des Bürgermeisters vom 30. November d. J. betreffend die Verlautbarung der in den öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten der Stadt Wien und den ihnen angegliederten Spitalern am 1. Jänner 1938 geltenden Verpflegungsgebühren und besonderen Gebühren.

-----  
Sehr geehrter Herr Kollege!

In der Annahme, dass Sie über das Wirken der Josefstische hinlänglich unterrichtet sind, bitte ich Sie, nachstehende Notiz nach Möglichkeit ungekürzt und an guter Stelle in der morgigen Nummer Ihres geschätzten Blattes zu bringen.

F. X. Friedrich.

## Betriebseröffnung bei den Josefstischen.

Die Aktion "Josefstische", die tausenden kinderreichen Familien ein ausgiebiges und bekömmliches Mittagessen bietet, hat heuer folgende Küchen und Abgabestellen eröffnet:

- |  |  |
|--|--|
| 1., Renngasse 20;  | 13., Diesterweggasse 23,<br>Lainzerstrasse 148,<br>Kienmayrgasse 41 und<br>Hütteldorferstrasse 188;  |
| 2., Kleine Sperlgasse 10,<br>Bellegardegasse 26 und<br>Engerthstrasse 203;   | 14., Oelweingasse 7;   |
| 3., Erdbergerlande 36,<br>Kleistgasse 2,<br>Pfarrhofgasse 1 und<br>Radetzkystrasse 5;  | 15., Hütteldorferstrasse 7/17 und<br>Johnstrasse 40;   |
| 4., Schönburggasse 17;   | 16., Hyrtlgasse 30,<br>Seitenberggasse 2,<br>Grundsteingasse 37,<br>Kernstockplatz 1 und<br>Eberhardgasse 1-3;   |
| 5., Margaretenstrasse 103 und<br>Margaretengürtel 96/98;   | 17., Kalvarienberggasse 29 und<br>Frauenfelderplatz;   |
| 6., Amerlingstrasse 6;   | 18., Währingerstrasse 171-189 und<br>Gentzgasse 22;  |
| 7., Hermannngasse 24/28;   | 19., Gatterburggasse 14,<br>Heiligenstädterhof, Stge. 14,<br>Hammerschmiedgasse 26,<br>Grinzingerstrasse 95 und<br>Sieveringerstrasse 25;  |
| 8., Josefstädterstrasse 39;  | 20., Greiseneckergasse 29 und<br>Stromstrasse 81/87;   |
| 9., Nussgasse 4,<br>Lazarethgasse 27 und<br>Grüne Torgasse 7;  | 21., Gerichtsgasse 1,<br>Jenoweingasse 30,<br>Kinzerplatz 10,<br>Siemensstrasse 17,<br>Kugelfanggasse 29,<br>Leopoldauerplatz 12,<br>Leopoldau-Ladestelle,<br>Kagranerplatz 47,<br>Gemeindeaugasse 5,<br>Kloster Hirschstetten,<br>Benjofskygasse (Frohe Kindheit) und<br>Siedlung Breitenloosstrasse. |
| 10., Jagdgasse 5a,<br>Inzersdorferstrasse 17,<br>Liebfrauenplatz 20,<br>Leimäckergasse 9,<br>Quellenstrasse 197,<br>Eucharistiner-Laaerberg und<br>Salvatorianerplatz; |  |
| 11., Hauptstrasse 76,<br>Hasenleitengasse 6 (Baracke 25),<br>Hauptstrasse 102 und<br>Dreherstrasse 2;  |  |
| 12., Arndtstrasse 36,<br>Schedifkaplatz 3,<br>Hetzdorferstrasse 9,<br>Migazziplatz,<br>Hasenhutgasse,<br>Schönbrunner Allee 66 und<br>Haschkagasse 5;                  |  |

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Die Zahl der Anmeldungen ist bereits mit Beginn der Aktion gegenüber dem Vorjahre um rund 5.000 gestiegen, so dass schon jetzt die Zahl der im Vorjahre täglich ausgegebenen 30.000 Mahlzeiten bedeutend überschritten ist, was naturgemäss eine empfindliche Mehrbelastung für die Aktion ist.

Die gesteigerten Anforderungen an die unter der Führung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehenden Josefstische machen daher weitere grosse Geldmittel notwendig, weshalb neuerdings an die Bevölkerung die herzliche Bitte gerichtet wird, diese grösste Wiener Tischaktion durch Geld- oder Naturalspenden zu unterstützen. Jeder gespendete Betrag kommt restlos dem Hilfswerk zugute. Die Josefstische verbrauchen täglich rund 3.000 Laib Brot. Den weitesten Kreisen der Bevölkerung ist es schon möglich, bereits durch eine Brotspende in natura oder durch Bezahlung beim Bäcker den Aermsten der Armen zu Hilfe zu kommen.

Geldspenden wollen an das Bankhaus Schelhammer & Schattera oder auf das Postsparkassenkonto Nr. 210.058 eingezahlt werden.

## Wiener Winterhilfe.

Vom 9. bis einschliesslich 20. Dezember werden in den Fürsorgeämtern zum erstenmal Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe ausgegeben. Bewerben können sich darum die Fürsorgebuchinhaber der Gruppen A, B und C. Jene Personen, die bei der Winterhilfe schon Speiseanweisungen erhalten haben, kommen im Zuge dieser Lebensmittelausgabe nicht in Betracht.

Die Ausgabe der Anweisungen findet nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens im Fürsorgeamte des Wohnbezirkes während der hiefür vorgesehenen Parteienstunden statt: A, C und D am 9., E und F am 10., B am 11., G und H am 13., I, J und K am 14., L und M am 15., N, O, P, Q und R am 16., S und Sch am 17., St, T, U und V am 18. und W, X, Y und Z am 20. Dezember. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument, der Arbeitslosennachweis aller im Fürsorgebuch eingetragenen eigenberechtigten Personen und der polizeiliche Meldennachweis.

Die Anweisungen können in den Abgabestellen der Wiener Winterhilfe, die durch Tafeln gekennzeichnet sind, eingelöst werden.

An den gleichen Tagen und in der gleichen Einteilung werden in den Fürsorgeämtern im Rahmen einer Aktion der Bundesregierung Kartoffelanweisungen an jene Fürsorgebuchbesitzer, die für Lebensmittelanweisungen anspruchsberechtigt sind, ausgegeben. Die Abgabestellen für Kartoffeln sind für die Bezirke 1 bis 9, 20 und 21 auf dem Naschmarkte Pürzelmayer Hermine, Stand 891/93, Krejci Klemens, Stand 860/1, und Brüder Schick, Stand 741/742; für die Bezirke 10 und 11 Hois Hans, Viktor Adler-Markt, Stand 50; für die Bezirke 12 bis 15 Schindler Anton und Sohn, Meidlinger Markt; für die Bezirke 16, 17, 18 und 19 Schmöllnerl Franz, Grossmarkt Yppenplatz, Stand 83, und Schachenhuber Franz, Grossmarkt Yppenplatz, Stand 30.

Bei diesen Grosshändlern sind die Plakate für die Abgabestellen der Detailhändler zu beheben. Zur Erleichterung der Ausgabe wäre es wünschenswert, dass die Detailhandlerschaft die Plakate ehestens abholt und die Anmeldung bei dem in Betracht kommenden Grosshändler vornimmt, damit die Zustellung der Kartoffeln sodann sofort vorgenommen werden kann.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 307

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe

Wien, am 4. Dezember 1937.

## Die Budgetberatung im Wiener Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Freitag abend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz, der wiederholt mit grundsätzlichen Feststellungen und aufklärenden Bemerkungen in die Verhandlungen eingriff, die Spezialdebatte in der Budgetberatung fort.

Zur Verhandlung gelangte das Kapitel "Allgemeine Verwaltung", worüber Obersenatsrat Dr. Hornek referierte. Unter Einrechnung der bei den Betrieben u. a. enthaltenen Personalaufwendungen rechnet der Voranschlag mit einem Gesamtpersonalaufwand von mehr als 146 Millionen Schilling, wovon 99 Millionen S auf das aktive Personal, 47 Millionen S auf die Pensionsparteien entfallen. Der Personalstand betrug am 1. August 1937 22.611 aktive Angestellte und 13.608 Pensionsparteien. Auf das Schulpersonal allein entfallen 48'6 Millionen S. Für das aktive Schulpersonal sind 27'7 Millionen S und für die Pensionsparteien 20'8 Millionen S veranschlagt. Das veranschlagte Bruttoerfordernis für das gesamte Schulwesen stellt sich auf nicht weniger als 61'3 Millionen S.

Frau Rat Dr. Motzko beschäftigt sich mit der Stellung der Vorstände der Bezirksfürsorgeämter und ersucht um Erlassung von Bestimmungen innerhalb der Stadtordnung, die ihr Arbeitsgebiet umschreiben. Nach anerkennenden Worten über die fortlaufende Neueinstellung zahlreicher Junglehrer und Junglehrerinnen bespricht die Rednerin die Lehrlingsfrage und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Stadt Wien in dieser Frage die Initiative ergreifen möge. Sie verweist schliesslich darauf, dass in der letzten Zeit in Wien die Zahl der Einbrüche bedeutend zugenommen hat, und ersucht um Vorstellung bei der Bundespolizeidirektion zwecks Einsetzung eines stärkoren Wachdienstes, um ein Abflauen dieser kriminalistischen Welle zu erreichen.

Rat Ing. Gross meint, dass in Oesterreich für die Familiengründung junger Leute weniger geschehe als in anderen Ländern. Die Kinderzulage z. B. betrage 5 Schilling monatlich oder ein Viertelliter Milch täglich. Sehr wünschenswert wäre es, der Frage der Ehestandsdarlehen näher zu treten.

Rat Dr. Foglar-Doinhardstein begrüsst die Mehraufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs und die steigende Entwicklung des Fremdenverkehrs aus dem Auslande. Es wäre aber sehr angezeigt, durch geeignete Massnahmen auch den Inländerverkehr zu heben.

Rat Ing. Potravie gibt dem Wunsche der Industrie nach Vertretung im Arbeitsausschuss der Wiener Messe A. G. Ausdruck. Er verweist auf die Bemühungen zahlreicher Staaten im Ausbau des passiven Lutschutzes/dass auch die Wiener Stadtverwaltung entsprechende vorbeugende und abwehrende Vorkehrungen treffe.

Rat Rechberger wünscht, dass das noch freie Mandat der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft in der Wiener Bürgerschaft bald besetzt werde. Er beschäftigt sich weiter mit der Lage des Wiener Platzfuhrwerkes und ersucht, die alte Platzfuhrwerksordnung durch eine neue und zeitgemässe zu ersetzen. Schliesslich spricht der Redner zum Ladenschluss am 24. Dezember und erklärt, dass es der dringende Wunsch auch der Handelsangestellten sei, dem jetzigen Wirrwarr durch eine entsprechende Regelung des Ladenschlusses ein Ende zu machen.

Rat Dr. Ing. Hengl beschäftigt sich mit der Anstellung von Flurhütern und verlangt, dass als Flurhüter nur physisch geeignete und ortskundige Männer angestellt werden sollen. Er urgiert die Erlassung der zweiten Naturschutzverordnung, von der sich die Landwirtschaft einen besseren Naturschutz verspreche.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am: \_\_\_\_\_

Rat Diesl beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage des Ladenschlusses am 24. Dezember, erörtert den Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage und wünscht eine Regelung, die Unternehmer, Arbeitnehmer und Bevölkerung befriedigt.

Bürgermeister Schmitz erwidert zunächst der Frau Rat Dr. Motzko, dass die Angelegenheit betreffend die Vorstände der Bezirksfürsorgeämter sich bereits im Stadium der Regelung befinde. Auch sein Wunsch sei es, die Dienstordnung für die städtischen Angestellten zu reformieren, um eine Reihe moderner Gedankengänge berücksichtigen zu können. Die Vorarbeiten hiezu seien bereits zum Teil begonnen worden. Die Arbeiten können aber erst dann weitergeführt werden, wenn in der Frage, ob in nächster Zeit ein Grundgesetz erlassen werde oder nicht, eine Klärung eintritt. Seit 1935 warten wir auf dieses Gesetz und sind in der eigenen Arbeit gehemmt, weil die Vorfrage, die Aenderung des Dienstrechtes für die Bundesangestellten selbst, auf grosse Schwierigkeiten stösst. Bezüglich des passiven Luftschutzes erklärt der Bürgermeister, dass diese Angelegenheit als ausschliessliche Bundessache gelte und die Führung bei der Militärverwaltung bleiben müsse. Die Stadtverwaltung könne nicht in diese Kompetenz eingreifen, sie halte mit den militärischen Stellen Verbindung, insbesondere bestehe beim Magistrat hiefür und für ähnliche Fragen ein eigenes Referat mit einem Fachmann als Vorstand, der in dieser seiner Eigenschaft auch der Verbindungsmann der Stadtverwaltung zur Militärverwaltung ist.

In seinem Schlusswort antwortet Obersenatsrat Dr. Hornek, dass in der Frage des Ladenschlusses am 24. Dezember das sogenannte Ermittlungsverfahren anhängig sei. Nach Abschluss desselben werde eine amtliche Verlautbarung erscheinen, die der Öffentlichkeit alle Einzelheiten genauestens mitteilen wird.

Die Ansätze des Kapitels "Allgemeine Verwaltung" werden genehmigt.

Nunmehr referiert Obersenatsrat Dr. Maly über das städtische Wohlfahrtswesen, das im Voranschlag 29 Prozent des Gesamtausgabenbudgets, nämlich mehr als 117 Millionen S., erfordert. Nach eingehender Erörterung der einzelnen Posten hebt der Berichterstatter hervor, dass in der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien rund 10.000 Personen tätig seien, 6.500 städtische Beamte und Angestellte und 3.500 ehrenamtliche Funktionäre.

Für die Wiener Winterhilfe 1936/37 wurden insgesamt 5'6 Millionen Schilling aufgewendet, von denen 4'5 Millionen S. auf den Goldaufwand und 1'1 Millionen S. auf den Naturalienaufwand entfallen. Befürsorgt wurden insgesamt ungefähr 400.000 Personen. 2'2 Millionen S. wurden für Lebensmittelpakete, 604.000 S. für Speiseanweisungen, 202.000 S. für die Frühstückskaktion für Schulkinder, 255.000 S. für Bekleidungsaktionen und 692.000 S. für Beihilfen an andere Aktionen ausgegeben. Die Kohlen- und Holzaktion erforderte 786 Waggons. Das Ergebnis der Sammlung von Altkleidern waren 32.000 Stück.

Die Spendenwerbeaktion ist dem berufständischen Aufbau angepasst worden, was in mehrfacher Hinsicht eine Intensivierung der Spendenwerbung ermöglicht. Hiefür war auch der Gedanke bestimmend, dass durch die Mitwirkung der Berufsstände bei der Spendenwerbung für die Winterhilfe das Bewusstsein der Volksgemeinschaft am besten zum Ausdruck gebracht wird. Die Winterhilfsaktion erwartet von dieser Neuorganisation eine wesentliche Förderung ihrer Bestrebungen. Sie verfügt jetzt dank der Mitwirkung der Berufsstände über einen Kataster von 250.000 Spendern.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Der Berichterstatter erörtert ferner ausführlich die vielseitigen Bemühungen der Stadtverwaltung in der Lehrlingsfrage und führt dabei aus, dass heuer aus den Wiener Schulen etwa 20.000 Jugendliche entlassen wurden, zu denen noch 8.400 kommen, die von früher her noch ohne Beschäftigung sind. Vom Jänner bis November d.J. konnten nur 3.514 Jugendliche in Lehrstellen untergebracht werden. Nach einem Ausweis der Fortbildungsschulen werden im Laufe des Schuljahres 1937/38 insgesamt 6.235 Lehrstellen frei, und zwar 4.117 für Knaben und 2.118 für Mädchen. Es werden also von den Jugendlichen, die heuer aus der Schule entlassen wurden, etwa 10.000 in den normalen Arbeitslauf nicht eingeschaltet werden können. Rechnet man noch die 8.400 Jugendlichen aus den früheren Jahren mit ein, kommt man zu der betrüblichen Feststellung, dass nahezu 19.000 Jugendliche keine geregelte Beschäftigung haben. Das ist ein Problem, das in kürzester Zeit gelöst werden muss.

Die Räte Ing. Gross und Dr. Ing. Hengl bringen Bezirkswünsche vor, worauf Frau Rat Dr. Motzko mit Genugtuung feststellt, dass unter der neuen Wiener Stadtverwaltung in der gesamten Fürsorge sehr gesunde Grundsätze zum Durchbruch gekommen seien. Die Zusammenarbeit mit der privaten Fürsorge bewähre sich und bringe ein Steigen der Fürsorgeleistungen mit sich. Mit Rücksicht auf die Notlage von kinderreichen Familien ersucht die Rednerin, beim Arbeitsnachweis insbesondere jene arbeitslosen Familienerhalter zu bevorzugen, die kinderreiche Familien haben, lange arbeitslos oder gar schon ausgesteuert sind.

Rat Rechberger erklärt, dass die grossen Werke der Fürsorge nach jeder Richtung hin die grösste Anerkennung finden, und verweist sodann auf die Verelendung der arbeitslosen Jugend, die schon ein katastrophales Ausmass angenommen hat.

Nachdem Rat Diestler sich für eine Einschränkung der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln ausgesprochen hatte, verlangte Rat Ing. Petravic die Zentralisierung der Spendenwerbung für sämtliche Wohlfahrtsaktionen.

Bürgermeister Schmitz gibt abschliessend einige Aufklärungen über die Familienasyle, deren Zweckbestimmung unter allen Umständen auch gegen Störenfriede gewahrt bleiben müsse, worauf nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Berichterstatter die Ansätze des Kapitels "Wohlfahrtswesen" genehmigt wurden.

Nächste Sitzung Donnerstag.

-----

## Eröffnung der neuen Zuflucht für werdende Mütter.

Auf Anordnung des Bürgermeisters wurde im Zentralkinderheim der Stadt Wien in der Bastiengasse eine neue Abteilung "Zuflucht für werdende Mütter" errichtet, die obdachlosen, nach Wien zuständigen Frauen und Mädchen in den letzten Monaten ihrer Schwangerschaft Unterkunft und Verpflegung gewährt. Das neue Fürsorgeheim hat in zehn freundlich und wohnlich gehaltenen Räumen einen Belagraum von 50 Betten und ist mit einem grossen Tagraum, Waschräumen mit fliessendem Kalt- und Warmwasser, Badezimmern, ärztlichen Untersuchungs- und Behandlungszimmern sowie einer Teeküche ausgestattet.

Die Zuflucht für werdende Mütter wurde heute vormittag eingeweiht und feierlich eröffnet. Nach einer vom geistlichen Rat Pfarrer Haas gelesenen hl. Messe, der Bürgermeister Richard Schmitz und Frau, Obersenatsrat Dr. Maly mit den leitenden Beamten des Wohlfahrtsamtes, die Leiterin des Mutterschutzwerkes der V.F. Rat der Stadt Wien Mina Wolfring, zahlreiche Räte

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

der Stadt Wien, die Mitglieder der Bezirksvertretung, Vertreter der V.F. und andere zahlreiche Festgäste beiwohnten, verwies Obersenatsrat Dr. Maly auf die Bedeutung der städtischen Fürsorge für Obdachlose und zugleich für die künftige Generation. Mit der Eröffnung dieser neuen Zufluchtstätte sei die von der neuen Wiener Stadtverwaltung eingeleitete Reform der Obdachlosenfürsorge abgeschlossen.

In der Eröffnungsansprache führte Bürgermeister Schmitz aus, dass in dem immer dichter werdenden Netz der städtischen Fürsorgemaßnahmen zum Schutze der Mutterschaft und Familie die Errichtung der neuen Zuflucht für werdende Mütter eine besondere Bedeutung habe, weil durch dieses Heim eine Lücke geschlossen werde. "Die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt Wien für Frau, Kind und Familie", sagte der Bürgermeister, "dienen von den Beratungsstellen für Eheschliessende an bis zum Familienasyl der werktätigen positiven Hilfe. Diese sichert die Frauen und Mädchen mit der neuen Herberge im 12. Bezirk vor den Gefahren der nächtlichen Strasse, führt dann die werdende obdachlose Mutter in diese Zuflucht hier und sorgt für sie, bis die schwere Stunde vorüber ist. Sie hilft der Mutter mit ihrem Kind aber noch weiter, sie sorgt ununterbrochen für Mutter und Familie und sie sorgt für die Kinder, wenn sie grösser werden. So schliesst ein Werk sich an das andere an, bis dann die grosse und ernste Sorge der beruflichen Ausbildung der jungen Menschen, die die Schule verlassen haben, herantritt, eine Frage, deren Lösung die Grenzen von Macht und Einfluss der Stadtverwaltung leider überschreitet." Der Bürgermeister schloss seine Ansprache mit dem Wunsche, dass die Frauen und Mädchen, die in diesem neuen und schönen Heim Zuflucht finden, dieses an Leib und Seele gestärkt und lebensmutig verlassen mögen.

Nach dem Weiheakt besichtigten der Bürgermeister und die Festgäste die Räumlichkeiten, deren Einrichtungen und Ausstattung lebhaft Anerkennung fanden.

## Gleichfeier beim städtischen Neubau Ziegelofengasse.

Nach Demolierung der städtischen Althäuser im 5. Bezirk, Ziegelofengasse 12-14, lässt dort die Stadtverwaltung mit Hilfe des Kleinwohnungsbauförderungsgesetzes ein fünfstöckiges Wohnhaus aufführen, das 54 Wohnungen und 4 Geschäftslokale enthalten wird. Der Neubau steht rund 6 Meter hinter der alten Baufucht, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Ziegelofengasse erzielt wurde. Bei der heutigen Gleichfeier sprach in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Waldsam, worauf Baumeister Peter Brich, Bauarbeiter Kraus und Bezirksvorsteher Hofrat Jakob mit Dankesworten erwiderten.

## Einführung von Schneearbeiterkarten.

Der Magistrat wird zufolge Entschliessung des Bürgermeisters vom 28. November d.J. zu Schneesäuberungsarbeiten in der kommenden Winterperiode ausschliesslich in Wien wohnhafte Personen heranziehen, die auf Grund ihrer Bedürftigkeit mit Schneearbeiterkarten beteiligt wurden. Anspruch auf eine Schneearbeiterkarte haben demnach grundsätzlich nur Besitzer eines Fürsorgebuches.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Personen, die sich um eine Schneearbeiterkarte bewerben wollen, haben sich unter Mitnahme ihres Fürsorgebuches und eines Personaldokumentes an das Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes zu wenden. Die Inhaber eines Fürsorgebuches haben ihren Anspruch an den nachstehend angeführten Tagen je nach dem Anfangsbuchstaben ihres Namens in der Zeit von 15 Uhr bis 17 Uhr geltend zu machen: A bis E am 6., F bis H am 7., J bis L am 9., M bis P am 10. und Q bis Z am 13. Dezember.

Die Besitzer von Fürsorgebüchern mit den Buchstaben B bis D werden zu einem späteren Zeitpunkte aufgerufen.

Die Bewerber erhalten bei der Anmeldung im Fürsorgeamte einen Bezugschein auf eine Schneearbeiterkarte. Die Schneearbeiterkarte selbst wird erst zu einem späteren Zeitpunkte, der neuerlich verlautbart wird, in den Bezirkskanzleien der städtischen Strassenpflege gegen Einziehung des Bezugsscheines ausgefolgt.

-----

## Einführung einer Gehstrecke auf der Strassenbahnlinie 40.

Wie die Strassenbahn-Direktion mitteilt, ist von nun an das Umsteigen zwischen der Linie 40 und den durch die Billrothstrasse und Döblinger Hauptstrasse verkehrenden Strassenbahnlinien trotz Zurücklegung einer Gehstrecke durch die Gymnasiumstrasse oder durch den Währinger Park erlaubt. Die Fahrgäste, die diese Gehstrecke benützen, ersparen den Umweg über den Gürtel, wenn sie von der Linie 40 nach Grinzing, Sievering, zur Hohen Warte oder umgekehrt gelangen wollen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

308

Wien, am 6. Dezember 1937

## Sitzungen im Rathaus.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft hält in dieser Woche Donnerstag und Freitag Sitzungen ab. Tagesordnung: Beratung des Voranschlages der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen. Zur Verhandlung kommen noch die Voranschläge des Wohnungsamtes, Bauamtes, Wirtschaftsamtes und der Arbeitsbeschaffung sowie die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen.

## Strassenbahnfahrpreis am 8. Dezember.

Uebermorgen, Mittwoch (Feiertag), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für die Strassenbahn und Bundesbahn gelten während der ganzen Betriebszeit.

Der Autobusbetrieb durch die Innere Stadt ist am Feiertag eingestellt. Betrieben werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 15 Uhr 30 und die Sonntagslinie P, Hietzing-Stephansplatz-Praterstern von 14 Uhr bis 19 Uhr 10.

## Die Lebensmittelzufuhren auf den Wieher Märkten.

Wie die städtische Marktamts-Direktion berichtet, langten auf den Wiener Märkten in der letzten Woche ein 19.741 Zentner Grünwaren, um 874 Zentner weniger als in der Vorwoche, 8.825 Zentner Kartoffeln, um 1.572 Zentner weniger als in der Vorwoche, 12.476 Zentner Obst, um 139 Zentner mehr als in der Vorwoche, 4.668 Zentner Agrumen, um 3377 Zentner mehr als in der Vorwoche, 17 Zentner Pilze, um 4 Zentner weniger als in der Vorwoche, 195 Zentner Butter, um 1 Zentner weniger als in der Vorwoche und 732.000 Stück Eier, um 7000 Stück weniger als in der Vorwoche.

An Auslandsgemüse lieferten Belgien Spargel, Bleichsellerie, Zichorie, die Canarischen Inseln Tomaten, Holland Schwarzwurzeln, Tomaten, Italien Kochsalat, Fisolen, Erbsen, Artischocken, Finnocchi, Karfiol, Tomaten, Häuptelsalat und Ungarn Kren.

Auf dem Rinderhauptmarkt war lebhafter, auf dem Schweinehauptmarkt ruhiger Geschäftsvorkehr. Die Gesamtzufuhren in der Abteilung für Fleischwaren <sup>in der Grossmarkthalle</sup> betragen in der Berichtswoche 59 Tonnen, um 6 Tonnen weniger als in der Vorwoche. Im Grosshandel war der Verkehr bis auf den Donnerstagmarkt durchaus schleppend.

Auf dem Zentralfischmarkt wurden insgesamt 110.806 Kilogramm Fische zugeführt, um 9.824 Kilogramm mehr als in der Vorwoche. Von den letzten Zufuhren waren 71.551 Kilogramm lebende Karpfen aus Ungarn und 11.000 Kilogramm lebende steirische Karpfen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

II. Blatt

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

---

## Die Geschäftszeiten am 8. und 12. Dezember 1937.

Der Magistrat teilt mit: Am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) gelten die gewöhnlichen Ausnahmen von der Feiertagsruhe, das heisst, es können an diesem Tage lediglich die Lebensmittelhandelsgeschäfte und Friseure von 8 Uhr bis 11 Uhr vormittag offenhalten.

Am Silbernen Sonntag ( 12. Dezember) können die Detailgeschäfte mit anderen Waren als Lebensmitteln von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis 18 Uhr geöffnet bleiben. Für Lebensmittelhandhändler gilt die Geschäftszeit von 8 Uhr bis 11 Uhr und von 16 Uhr bis 19 Uhr. Milchverschleiss schon von 7 Uhr früh an.

Die Friseure haben an diesem Tage geschlossen zu halten.

Ueber den Ladenschluss am 24. Dezember (Weihnachtsabend) und über die Geschäftszeiten an den übrigen Sonn- und Feiertagen im Dezember und am Neujahrstage wird rechtzeitig eine Verlautbarung des Wiener Magistrates folgen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

309

Wien, am 7. Dezember 1937.

## Wintersport-Unfalldienst in Wien und Umgebung.

Wie in den Vorjahren werden auch im kommenden Winter von der Arbeitsgemeinschaft für den Wintersport-Unfalldienst im Berggelände von Wien und Umgebung Rettungswachen aufgestellt. Der Arbeitsgemeinschaft, die auch von der Stadt Wien gefördert wird, gehören der Verband der Freiwilligen Feuerwehren Wiens (im Auftrage des Landesvereines vom Roten Kreuz), die Frontmiliz-Landesmilizkommando Wien und die Landesstelle Wien für alpines Rettungswesen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines an. Sie steht unter der Leitung des Direktors Adolf Nossberger. Die technischen Angelegenheiten obliegen dem technischen Leiter Hans Nemecek mit den Führern der beteiligten Verbände.

Jeder Schihilfsplatz wird je nach der Oertlichkeit und dem Bedarf mit dem erforderlichen Rettungsmaterial eingerichtet und mit vier bis sieben Rettungsmännern besetzt, die in Stand- und Streifgruppen eingeteilt sind und ständig miteinander Fühlung halten. Der Dienst auf den Schihilfsplätzen beginnt bei Schneewetter an Sonn- und Feiertagen um 9 Uhr vormittag und endet anderthalb Stunden nach Einbruch der Dunkelheit. Die Mitarbeit beim Wintersport-Unfalldienst ist ehrenamtlich und freiwillig.

In dem für den Wintersport in Betracht kommenden Gebiet werden insgesamt 59 Hilfsplätze aufgestellt, die durch Tafeln und Flaggen gekennzeichnet sein werden, während grosse rote Pfeile den Weg zu den Hilfsplätzen weisen werden.

Die Hilfsplätze des Verbandes der Freiwilligen Feuerwehren Wiens sind im 13. Bezirk Bad Eden, Ochsenkopf, Satzberg, und Neuer Satzberg, im 16. Bezirk Steinbruch und Jubiläumswarte, im 17. Bezirk Heuberg, Schottenhof, Heustadlwiese und Hameau, im 18. Bezirk Sommerheideweg und Dreimarkstein, im 19. Bezirk Leopoldsborg, Josefsdorf, Josefinnensteig, Weberhütte, Villa Körner, Kleine Schweiz, Eichelhof, Beethovenaussicht, Wildgrube, Krapfenwaldl, Villa Herz (Eiserne Hand), Häuserl am Berg, Jägerwiese und Rohrerwiese, in Niederösterreich Knödelhütte, Augustinerwald und Weidlingau (Sprungschanze Jägerwirt);

die Hilfsplätze der Landesstelle Wien für alpines Rettungswesen sind im 17. Bezirk Sophienalpe und in Niederösterreich Mostalpe, Troppberg, Wienerwiese, Kammersteinerhütte (Josefswarte), Kugelwiese, Gaisberg, Hüllenstein, Neuweg und Aggsbachklause;

die Hilfsplätze der Frontmiliz-Landesmilizkommando Wien sind im 17. Bezirk Rohrerhütte und Neuwaldegg, im 19. Bezirk Sprungschanze Kobenzl und in Niederösterreich Rieglerhütte, Bisamberg, Kaltenleutgeben, Weidling am Bach, Mauerbach, Hochramalpe, Roppersberg, Bierhäuselberg, Perchtoldsdorfer Heide, Sulz-Stangau, Hyrtlallee Perchtoldsdorf, Gablitz, Mühlberg b. Purkersdorf, Kleiner Pfalzberg und Hinter-Tullnerbach.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

310

Wien, am 8. Dezember 1937.

## Rascher Fortgang der Bauarbeiten in Hasenleiten.

Die Bauarbeiten in der Wohnsiedlung Hasenleiten schreiten programmgemäss vorwärts. Die neue Wohnsiedlung, die zur Aufnahme der meisten dortigen Barackenbewohner sowie anderer Wohnungssuchender bestimmt ist, wird nach ihrer Fertigstellung eine kleine Stadt für sich sein. Vorgesehen sind insgesamt 28 Baublöcke mit zusammen 1.200 Wohnungen, ein Kindergarten- und Hortgebäude, eine zentrale Badeanlage, Bücherei, Räume für die Jugend- und für die Erwachsenenfürsorge, Mutterberatung, Josefstisch, für den Arzt, für die Vaterländische Front usw. Während die Wohnhäuser zweistöckig aufgeführt werden, sind für die Wohlfahrtseinrichtungen durchwegs einstöckige Bauten geplant, die die alte Holzkirche in Hasenleiten in einem Viereck umgeben werden.

Von den 1.200 Wohnungen sind bereits 118 in zwei Baublöcken und einem Teil des dritten Baublockes fertiggestellt und bereits besiedelt, während 101 Wohnungen im Baublock 4 in einigen Wochen fertiggestellt sein werden. Nunmehr haben die Bauarbeiten am restlichen Teil des Baublockes 3 mit 30 Wohnungen und am Baublock 5 mit 67 Wohnungen sowie am Kindergarten- und Hortgebäude die Hauptgleiche erreicht, die übermorgen, Samstag, in Anwesenheit des Bürgermeisters gefeiert werden wird.

Der Kindergarten wird 8 Spielzimmer und 2 Bewegungsräume, der Kinderhortlo Zimmer und 2 Säle umfassen. Das in einem Zubau untergebrachte Fürsorgerinnenheim wird 32 Wohnräume für die dort beschäftigten geistlichen Schwestern enthalten.

## Die Wiener Kinos für die Josefstische.

Ueber dankenswerten Beschluss der Wiener Sektionen des Gremiums der Lichtspielunternehmer Oesterreichs "Bund der Wiener Lichtspieltheater" und "Verband der Klein- und Mittelkinos" sind übermorgen, Freitag, die 7 Uhr-Vorstellungen in allen Wiener Kinos eine Wohlfahrtsveranstaltung zugunsten der unter der Führung der Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, stehenden Josefstisch-Aktion.

Die Josefstische, die grösste Wiener Tisch-Aktion, haben im Vorjahre rund 30.000 Mahlzeiten täglich an bedürftige Mitbürger, insbesondere kinderreiche Familien, verabreicht. Mit Beginn der hourigen Aktion ist diese Zahl bereits um 5000 überschritten, so dass weitere beträchtliche Gelanmittel erforderlich sind, um das grosse Hilfswerk restlos erfüllen zu können.

Wer daher am kommenden Freitag die 7 Uhr-Vorstellung in einem Wiener Kino besucht, ist Förderer der Josefstisch-Aktion, weil das gesamte Ertragnis der 7 Uhr-Vorstellungen den Josefstischen zufließt.

\*

Die Josefstisch-Aktion musste infolge der grossen Zahl von Anmeldungen im 19. Bezirk zwei neue Abgabestellen errichten, und zwar im Pfarrhof Managetttagasse und im Pfarrhof Kahlenbergerdorf.

Gleichzeitig gibt die Leitung bekannt, dass die Abgabestelle Heiligenstädterhof von Stiege 14 nach Stiege 36 verlegt wurde.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Die Kartoffelaktion der Bundeswinterhilfe.

Die Geschäftsstelle der Wiener Winterhilfe teilt auf vielfache Anfragen mit, dass die Kartoffelabgabestellen der Bezirke sich die Ware bei jenen Grosshändlern beschaffen wollen, denen sie zugewiesen sind. Die Grosshändler für die Bezirke 1 bis 9, 20 und 21 sind Hermine Pürzlmayer, Naschmarkt, Stand 891/893, Klemens Krejci, Naschmarkt, Stand 860/861, und Brüder Schick, Naschmarkt, Stand 741/742, für die Bezirke 10 und 11 Hans Hois, Viktor Adler-Markt, Stand 50, für die Bezirke 12 bis 15 Anton Schindler & Sohn, Meidlinger Markt, für die Bezirke 16, 17, 18 und 19 Franz Schmöllnerl, Grossmarkt Yppenplatz, Stand 83, und Franz Schachenhuber, Grossmarkt Yppenplatz, Stand 30. Die Geschäftsstelle macht ferner darauf aufmerksam, dass die Ware den Abgabestellen von den Grosshändlern zugestellt wird. Ebenso werden die Abgabestellen-Tafeln bei der Zustellung der Ware von den Grosshändlern beigelegt.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

311

Wien, am 9. Dezember 1937.

## Sitzung der Wiener Bürgerschaft.

9. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz eine nichtöffentliche Sitzung ab, in der unter anderem nachstehende Stadtgesetzentwürfe eingebracht wurden:

Aenderung des Ankundigungsabgabegesetzes und des Anzeigenabgabegesetzes: Die derzeit geltende Ermässigung der Ankundigungsabgabe und der Anzeigenabgabe ist bis 31. Dezember 1937 befristet. Die Gesetzentwürfe verlängern die Wirksamkeit der Ermässigung bis 31. Dezember 1938 und erteilen überdies dem Bürgermeister die Ermächtigung, im Verordnungswege die Wirksamkeit der Ermässigung weiter zu erstrecken;

Aenderung des Fürsorgeabgabegesetzes: Der Gesetzentwurf regelt die Verlängerung der mit Ende 1937 befristeten Ermässigung der Fürsorgeabgabe für Goldinstitute. Diese Ermässigung soll zunächst bis 31. Dezember 1938 erstreckt werden. Nach diesem Termin ist die Verlängerung der Ermässigungswirksamkeit im Verordnungswege durch den Bürgermeister vorgesehen. Um die Zahl zum Teil verstreut kundgemachter Vorschriften einheitlich zusammenfassen zu können, ist eine Wiederverlautbarung des Fürsorgeabgabegesetzes in Aussicht genommen;

Aenderung der Mietaufwandsteuerverordnung: Der Gesetzentwurf sieht eine Erweiterung der für gast- und schankgewerbliche Betriebe enthaltenen Begünstigungen vor. Nach der geltenden Regelung findet für Betriebe dieser Art mit Sälen im Ausmasse von mindestens 300 Geviertmetern eine besondere Art der Bemessung statt, wonach die monatliche Steuer bei bloss zeitweiser Benützung der Säle unter bestimmten Voraussetzungen niedriger als mit dem vollen Monatsbetrage bemessen werden kann. In Zukunft soll diese begünstigte Art der Bemessung schon für Säle mit einem Ausmass von mindestens 250 Geviertmetern zur Anwendung kommen. Diese Erweiterung der Begünstigung kommt einem von den beteiligten Kreisen vorgebrachten Wunsche entgegen;

Aenderung des Hausgroschenabgabegesetzes: Hier wird klargestellt, dass als Boden- und Kellerräume die das übliche Zubehör zu Wohnungen und Geschäften bildenden Dachboden- und Kellerabteile anzusehen sind.

Der Gesetzentwurf über die Befreiung von Anliegenbeiträgen sieht die Verlängerung der Geltungsdauer der Bestimmungen über die Befreiung von Anliegerbeiträgen zur Förderung der Herstellung von Häusern mit Klein- oder Mittelwohnungen, die bis 31. Dezember 1937 befristet ist, bis 31. Dezember 1938 vor;

Nachlass der Fremdenzimmerabgabe: Der Gesetzentwurf stellt eine Erneuerung der Begünstigungen dar, die die der Fremdenzimmerabgabe unterliegenden Betriebe bei Investitionen schon bisher genossen haben. Sie besteht in einem Abgabennachlass bis zu 50 vom Hundert. Dadurch soll die Modernisierung der Betriebe, die der Fremdenzimmerabgabe unterliegen, gefördert werden. Ausserdem verfolgt diese Massnahme auch noch den Zweck, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Stadt Wien zur Belebung der Wirtschaft beizutragen;

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Gesetzentwurf betreffend den Schutz des keimenden Lebens: Der Gesetzentwurf betrifft das Ausführungsgesetz der Stadt Wien, das nach den Bestimmungen des Bundesgrundsatzgesetzes zum Schutze des keimenden Lebens gemäss den Ausführungsgesetzen der Länder <sup>spätestens mit 1. Jänner</sup> <sub>im Zusammenhange</sub> 1938 in Kraft treten muss. Das Bundesgesetz bezweckt/mit der gleichzeitig erlassenen Strafgesetznovelle vom Jahre 1937 die Eindämmung der massenhaft vorkommenden, gewissenlos geschäftsmässig betriebenen Fruchtabtreibungen, für die als Begründung vorgeschützt wird, dass die Einleitung der Fehlgeburt zur Rettung der Frau geboten gewesen sei.

Die Gesetzentwürfe werden mit Ausnahme des Stadtgesetzentwurfes betreffend den Schutz des keimenden Lebens, der der Kommission zur Vorberatung der Gutachten der Wiener Bürgerschaft zu Gesetzentwürfen zugewiesen wird, dem Haushaltsausschuss zur Vorberatung übermittelt.

Die Bürgerschaft genehmigte sodann eine Aenderung der Satzungen der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die im Zusammenhang mit der in Gründung begriffenen Girovereinigung der Sparkassen notwendig ist, ferner Rechenschaftsbericht und Bilanz 1936 der städtischen Versicherungsanstalt sowie schliesslich die Verleihung der Goldenen Salvator-Medaille an den Fürsorgetrat des Fürsorgeamtes Landstrasse Carl Woyrich in Anerkennung seines nahezu 30jährigen, verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete des Fürsorgewesens der Stadt Wien.

-----  
Ehrongrab für Professor Molisch.

Auf Anordnung des Bürgermeisters widmet die Stadt Wien dem verstorbenen weltbekannten Botaniker Professor Dr. Hans Molisch ein Ehrongrab im Zentralfriedhof.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

31F 312

Wien, am 10. Dezember 1937.

## Der Voranschlag 1938 der Stadt Wien.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte Donnerstag abend unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Schmitz und des Vizebürgermeisters Dr. Kresse die Budgetberatung fort.

Obersenatsrat David berichtete über das Kapitel "Wohnungsamt", dass die Nachfrage nach Wohnungen noch immer sehr stark ist. Derzeit sind beim Wohnungsamt rund 7.500 Wohnungsansuchen in Vormerkung, von denen nicht weniger als 4.000 sich auf ihre Dringlichkeit wegen Baufälligkeit oder schlechter gesundheitlicher Beschaffenheit und dergleichen, oder gar wegen Obdachlosigkeit berufen können. Die Bautätigkeit der Stadt Wien wird programmässig fortgesetzt und zum jetzigen Wohnungsstand werden im Laufe des nächsten Jahres 1.665 Wohnungen neu hinzukommen. Das Wohnungsamt verwaltet derzeit rund 71.000 Wohnungen und 3.855 Geschäftslokale. Die Zahl der vom Wohnungsamt im Vorjahre infolge Zuwachs oder Wechsel der Mieter vorgenommenen Neuvermietungen betrug etwa 2.300.

Frau Rat Dr. Motzko urgiert die Einführung eines Wohnungsnachweises für Wien. - Rat Dr. Ing. Hengl beschäftigt sich mit dem Pächterschutz. - Rat Ing. Gross erörtert die gegenwärtige Lage des Baugewerbes, die Notwendigkeit einer Herabsetzung der hohen Baukosten und tritt für die Bevorzugung jungverheirateter Ehepaare vor anderen Bewerbern bei der Wohnungszuweisung ein. Rat Dr. Foglar-Deinhardstein verweist auf den Zusammenhang zwischen Wohnbedarf und Mieterschutz und verlangt die Ermittlung des tatsächlichen Wohnbedarfes in Wien mit Berücksichtigung unter anderem auch der Ueberalterung sehr vieler Häuser und der fortschreitenden Vergreisung der Bevölkerung. - Rat Diestler äussert Bedenken gegen den Einbau von Geschäftslokalen in Neubauten. - Rat Ing. Herrmann bezeichnet das Problem der Wohnbauförderung als sehr dringlich und schwierig und ersucht um Vorstellung bei den massgebenden Bundesfaktoren, ein geeignetes Wohnbauförderungsgesetz zu erlassen.

In seinem Schlusswort beantwortet der Berichterstatter verschiedene an ihn gestellte Anfragen und bemerkt unter anderem, dass bezüglich des Wohnungsnachweises bereits ein Stadtgesetzentwurf ausgearbeitet ist. Die Zinse in den Familienasylen sind sehr niedrig gehalten und betragen z.B. im Familienasyl St. Richard für Zimmer und Küche im Normalausmass 13 Schilling 40 und für Zimmer, Kabinett und Küche im Normalausmass 17 S 30.

Nunmehr referierte Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil über das Kapitel "Bauamt" sowie über die Ausgabeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung". In seinem umfassenden Bericht legte der Stadtbaudirektor die vielseitigen Aufgaben und die mannigfache Tätigkeit des Stadtbauamtes, insbesondere bei der Arbeitsbeschaffung dar. Er behandelte ausführlich die Hochbautätigkeit der Stadt Wien und anschliessend daran die Förderung der Privatbautätigkeit durch den Assanierungsfonds und durch den Hausreparaturfonds. Das Kuratorium für den Hausreparaturfonds erledigte heuer von rund 5.000 Ansuchen 4.600 aufrecht und bewilligte hierfür eine Fondshilfe im Gesamtbetrage von 2 Millionen S. In den Jahren 1936 und 1937 wurden 619 Hauskanalauswechslungen, 11.402 Klosettauswechslungen durchgeführt sowie 249 Klosette überhaupt erst neu geschaffen, ebenso 344 Badezimmer oder Badensichen und 214 Waschküchen. Ferner wurden 92 Neuanschlüsse für Gas, 83 für Wasser und 212 für elektrisches Licht hergestellt, 91 stillgelegte Aufzüge instandgesetzt oder überhaupt erst neu eingebaut. Heuer kamen im Besonderen noch hinzu 1.381 Geviertmeter Deckenauswechslungen und 26.770 Geviertmeter

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Trockenlegung feuchter Mauern, schliesslich noch der Umbau von 3.216 Fenstern und 12 Fundamentunterfangungen.

Hinsichtlich des Assanierungsfonds stellt der Referent fest, dass heuer nicht weniger als 29 grosse Bauführungen in Betrieb waren, von denen 12 im Vorjahre begonnen und in der Zwischenzeit bereits fertiggestellt wurden. 9 Umbauten wurden heuer begonnen und auch schon vollendet; 8 Fertigstellungen reichen in das nächste Jahr hinüber. Durch diese 29 grossen Bauten wurden der Bauwirtschaft nicht weniger als 25'8 Millionen S zugeführt, wobei der Assanierungsfonds 10'28 Millionen S in Form zweiter Hypotheken bereitstellte. Ferner wurden heuer aus dem Assanierungsfonds noch 31 Familienhausbauten gefördert, was einem weiteren Umsatz von 1'33 Millionen Schilling gleichkommt.

Seit 1934 befriedigte der Hausreparaturfonds nicht weniger als 20.130 Ansuchen mit einer Gesamtfondshilfe von 10'5 Millionen S und einem Gesamtumsatz von 87'71 Millionen S. Der Assanierungsfonds ermöglichte in der gleichen Zeit die Niederlegung von 49 störenden alten Häusern und deren Ersatz durch moderne Bauten. Die vom Assanierungsfonds gewährten zweiten Hypotheken erreichten den Betrag von 18'7 Millionen S, der erzielte Umsatz beträgt einschliesslich der 88 Einfamilienhäuser 46'45 Millionen S.

Ueber die Strassenbautätigkeit berichtet der Stadtbaudirektor, dass hierfür im Vorjahre 1,236.000 Stück Pflastersteine, 45'2 Kilometer Randsteine, 1.400 Waggons Kleinsteine, 91.000 Kubikmeter Schotter, 143.000 Kubikmeter Sand und 27.000 Tonnen Zement benötigt wurden. Das Bauamt hatte im Vorjahre einschliesslich der im Hochbau erforderlichen Mengen insgesamt 44.800 Waggons Baustoffe im Werte von 11'5 Millionen S <sup>zu</sup> verschaffen. Der Berichterstatter gibt einen Ueberblick über die derzeit im Zuge befindlichen Strassenbauten und hebt hervor, dass im nächsten Jahre der Umbau der Heiligenstädterstrasse zwischen dem Heiligenstädterhof und dem Nussdorferplatz, ferner die Ausgestaltung der Ringstrasse zwischen Schwarzenbergplatz und Parlament in Angriff genommen werden soll. Ausserdem werden unter anderem auch Teile der Schüttaustrasse und der Langobardenstrasse sowie die Linzerstrasse von der Samptwandnergasse bis zur Stadtgrenze umgebaut. Schliesslich sind noch für das kommende Jahr die Regulierung des Vorplatzes beim Meidlinger Südbahnhof und der Hernalser Hauptstrasse bei der Taubergasse sowie die Verbreiterung und der Anschluss der Artariastrasse an die Höhenstrasse als Verbindungsglied für den Anschluss der Höhenstrasse nach Hütteldorf in Aussicht genommen.

Die Höhenstrasse ist bis zum Gipfel des Dreimarksteines seit längerer Zeit fertig. Der letzte Abschnitt, der bis zur Artariastrasse bei Neustift am Walde reicht, bedarf noch der Ueberwinterung, damit sich die frisch geschütteten Dämme setzen können. Dann erst kann die endgültige Decke aufgebracht werden. Der Höhenweg ist bereits zur Gänze fertiggestellt und wird von den Fussgängern sehr gerne benützt. Der Burghof auf dem Leopoldsbau hat verschiedene Verbesserungen erfahren, unter anderem wurde dort auch ein alter Turm als Aussichtswarte eingerichtet.

Rat Dr. Ing. Hengl anerkennt die grossen Leistungen des Stadtbaumeisters, beschäftigt sich dann mit den Bemühungen der Stadtverwaltung um die Erhaltung von Grinzing und stellt fest, dass die jetzige Verkehrsdichte in Grinzing nur eine vorübergehende ist, die mit der Eröffnung der Höhenstrasse in ihrer Gesamtlänge sicherlich abnehmen wird. In diesem Zusammenhang verweist der Redner auf den in Durchführung begriffenen Wettbewerb und er-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

sucht, der Meinung der Volksjury möglichst entgegenzukommen und dieser auch die Möglichkeit zu geben, weiterhin an der Ausgestaltung von Grinzing mitzuarbeiten.-Rat Ing. Gross bringt einige Bezirkswünsche vor, verlangt die Bevorzugung der manuellen gegenüber der Maschinarbeit und ersucht schliesslich um eine mehr entgegenkommende Haltung der Verkehrsabteilung.-Rat Ing. Herrmann stellt fest, dass die Bemühungen des Wiener Stadtbauamtes die volle Anerkennung der Technikerschaft verdienen.-Rat Ing. Hofbauer ersucht in Interesse der Geschäftswelt um möglichste Verkürzung der Dauer der Strassenbauarbeiten, verlangt ein Verbot der freien Garagierung insbesondere von Lastkraftwagen und Schwerfuhrwerken in den Strassen Wiens zur Nachtzeit und verlangt schliesslich eine Aenderung des Strassenpolizeigesetzes dahingehend, dass die Altersgrenze für Jugendliche zur Führung eines Handwagens von 18 auf mindestens 16 Jahre herabgesetzt werde, wie dies auch heute schon für die Landwirtschaft gilt.-Rat Hanzal würdigt die Bedeutung der Stahlbauindustrie und ersucht in diesem Zusammenhang um Fortsetzung der Brückenbautätigkeit.-Rat Effenberger lenkt die Aufmerksamkeit des Bauamtes auf die wilde Siedlung oberhalb des Stürzelwassers, die bei Hochwasser eine schwere Seuchengefahr bedeutet. Er beschäftigt sich dann mit dem Problem des Umbaus der Mariahilferstrasse und mit dem Ausbau der Verkehrsstrassen zum Asperner Flugfeld und gibt seiner Meinung Ausdruck, die Erzherzog Karl-Strasse als Hauptverkehrsstrasse heranzuziehen.-Rat Ing. Petravic stellt fest, dass von dem veranschlagten Gesamtaufwand der Stadt und ihrer Unternehmungen für die Arbeitsbeschaffung im Betrage von 169'7 Millionen S nicht weniger als 105 Millionen S der Bauindustrie und dem Baugewerbe zufließen werden. Es wäre daher wohl die Ueberlegung notwendig, inwieweit die öffentliche Hand der übrigen Industrie helfen könne.-Rat Rechberger spricht sich lobend über die Ausgestaltung des Platzes beim Burgtheater aus und ersucht um Entfernung von Wasserrasten insbesondere auf der Galizinstrasse, die dort den Autoverkehr sehr erschweren.

Nach einigen Bemerkungen des Bürgermeisters, insbesondere über die Frage des Rechtsfahrens, nimmt der Stadtbaudirektor zu einigen in der Debatte aufgegriffenen Problemen Stellung, worauf die Ansätze des Kapitels "Stadtbauamt" und die Ausgabenposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" genehmigt wurden.

## Besichtigung der Stiegenanlage Am Gestade durch den Bürgermeister.

Heute vormittag besichtigte Bürgermeister Schmitz die neuerrichtete Stiegenanlage Am Gestade. Hierzu hatten sich Vizebürgermeister Waldsam, die Räte der Stadt Wien, Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil mit den leitenden Beamten des Bauamtes und zahlreiche Bezirksvorsteher eingefunden.

Der Bürgermeister gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick und verwies dann darauf, dass die zur Freilegung der Kirche Maria am Gestade, eines der schönsten Baudenkmäler der Stadt Wien, notwendige Abtragung der alten und baufälligen Häuser Tiefer Graben 36 und Am Gestade 8 die erste Auswirkung des vor mehr als drei Jahren geschaffenen Assanierungsfonds war. Dann wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, dessen bestes Projekt, der Entwurf des Architekten F.H. Matuschek, nunmehr ausgeführt ist.

Die Stiegenanlage wie auch der zur Belebung des Platzes nach den Entwürfen des Architekten F.H. Matuschek und des Bildhauers R. Schmidt aufgestellte Denkmalbrunnen fanden allgemeinen Beifall und Anerkennung.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Die Freilegung der Kirche Maria Am Gestade wurde mit der Abtragung der baufälligen und hässlichen Häuser Tiefer Graben 36 und Am Gestade 8 in Angriff genommen, während die eigentlichen Bauarbeiten an der Stiegenanlage nach Erneuerung des Kanales und nach den auf Grund des Entwurfes erforderlichen Umlegungen von Gas- und Wasserleitung am 21. Juni d. J. begonnen wurden. Beim Aushub für die Fundamente des Mauerwerkes nächst dem Passauerplatz wurden gut erhaltene Mauerreste aus der Römerzeit aufgeschlossen sowie zugeschüttete Kellerräume alter Gebäude, was zu besonderen Fundierungsmassnahmen zwang. Beim Fundamentaushub für den Figurenblock des Brunnens, der bis zum tragfähigen Grund in einer Tiefe von 7 Metern durchgeführt werden musste, wurden Topfscherben und unversehrte Krüge aus dem späteren Mittelalter gefunden.

Für die Anlage wurden rund 200 Geviertmeter Hackelsteine aus Lindabrunner Material, rund 350 Meter Stufen, rund 650 Geviertmeter Granitplatten sowie 500 Kubikmeter Sand und 120.000 Kilogramm Zement verwendet.

Auf dem neugewonnenen Platz zwischen der Stiegenanlage und dem Tiefen Graben steht jetzt der "Hanaken-Brunnen". Er wurde an der Stelle aufgestellt, an der einst das Haus eines Hanaken namens Servan stand, der Bader war und seine Heilkunst mit solchem Erfolg ausführte, dass er unter dem Namen Hanakankönig bekannt war. Die Legende erzählt, dass der Bader in dem seinerzeitig zum Ottakringer Bach abfallenden und mit Steinblöcken und Erdlöchern übersäten Terrain zur Nachtzeit, wenn der Sturm die Laterne verlöschte, den Passanten Prügel vor die Füsse <sup>werfen liess</sup> und ihnen auf solche Weise zu Bein- und Armbrüchen verhalf. Dann eilte der Bader rasch aus seinem Haus, nahm sich der Gestürzten an, die sich selbstverständlich sogleich in seine Behandlung begaben. Der geschäftstüchtige Bader soll schliesslich wegen dieser seiner Verfehlungen verurteilt worden sein.

-----

## Ausbau der Wiener städtischen Elektrizitätswerke.

In den Wiener städtischen Elektrizitätswerken steht gegenwärtig die Inbetriebsetzung neuer grossartiger Einrichtungen zur Sicherung der Stromversorgung unmittelbar bevor. Diese Einrichtungen, die das Neueste auf dem Gebiete der Wärmetechnik darstellen und bisher noch nirgends auf der Welt ausgeführt wurden, bilden eine wichtige Ergänzung der Wasserkraftwerke und bestehen aus einer Höchstdruck-Dampfspeicheranlage nach den Patenten der Wiener Lokomotiv-Fabriks A. G., Floridsdorf, einem La Mont-Dampfkessel der Simmeringer Maschinen- und Waggonbau-Fabriks A. G. und einem Eigenbedarfs-Dampfturbosatz, der von der Oesterreichischen Brown Boveri-Werke A. G. geliefert wurde.

Der Höchstdruckspeicher wird in Verwendung genommen, wenn eine Unterbrechung in der Lieferung der Wasserkraftwerke eintritt und die dabei ausfallende Energie von den in den Wiener Dampfkraftwerken laufenden Dampfturbinen gedeckt werden muss. Das erfordert plötzlich ungeheure Dampfmen gen, die nunmehr im Speicher ständig bereitstehen und daher augenblicklich freigegeben werden können. Der grosse Fortschritt gegenüber den bisher bekannten Speicheranlagen liegt in der Verwendung von Höchstdruck, der es ermöglicht, diese gewaltigen Dampfmen gen in einem bedeutend kleineren Raume zu speichern, sie also mit viel geringeren Anschaffungskosten, als bisher bekannt war, bereitzustellen. Mit der erstmaligen Anwendung des Höchstdruckes für Speicherzwecke hat die Wiener Lokomotiv-Fabriks A. G. in der Speicherfrage neue Wege beschritten, die das Verwendungsgebiet der Dampfspeicher bedeutend vergrössern werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Gleichfalls eine Erstaussführung in seiner Art stellt der von der Simmeringer Maschinen- und Waggonbau-Fabrik A.G. gebaute La Mont-Dampfkessel dar, der die fast gleiche Dampfleistung wie der Speicher hat und der bisher grösste ausgeführte Kessel ist, der nach den Zwangsumlaufverfahren arbeitet. Der Kessel besteht aus einer ausserhalb der Einmauerung liegenden geschweissten Kesseltrommel von über 1'5 Meter Durchmesser sowie aus Stahlrohren von etwa 3 cm Durchmesser, die den Feuerraum vollkommen auskleiden, so dass keinerlei Schamottemauerwerk den Flammen ausgesetzt ist. Die Kesselrohre haben insgesamt eine Länge von etwa 17 Kilometern, also mehr als die Strecke Wien-Südbahnhof bis Mödling. Die Beheizung des La Mont-Kessels erfolgt nur mit österreichischen Kohlen, die in unmittelbar an den Kessel angebauten Mühlen zu Staub vermahlen werden, der die Feinheit von allerfeinstem Mehl hat. Während des Mahlvorganges wird die Kohle mit Heissluft und heissen Rauchgasen in der Mühle getrocknet. Der Kohlenstaub wird vermisch mit heisser Luft als brennfertiges Staubluftgemisch in den Feuerraum eingeblasen. Die Grösse dieses Kessels und die besonderen Anforderungen, die an ihn gestellt werden mussten, machten neuartige Ausbildungen der Hilfseinrichtungen notwendig. Ausser der Kohlenstaubfeuerung erhielt dieser Kessel auch eine Oelfeuerung, die besonders bemerkenswert ist, weil sie die erste Ausführung für eine so grosse Leistung von 10.000 Kilogramm Oel in der Stunde darstellt. Erwähnenswert ist ferner eine neuartige Ausführung der Steuer- und Ueberwachungseinrichtungen für diesen Kessel, die von der Oesterreichischen Brown Boveri-Werke A.G. entwickelt wurde; sie ermöglichen es einem einzigen Bedienungsmann, ohne jede physische Arbeitsleistung, die Dampferzeugung des Kessels mit zwei Fingern nach Belieben zu regeln. Die ganze Kesselanlage ist insoferne auch bemerkenswert, als sie trotz doppelter Dampfleistung nicht einmal die Hälfte des Raumes in Anspruch nimmt, der für die, ebenfalls im Kraftwerk Simmering stehenden, noch immerhin neuen Kessel aus dem Jahre 1928 notwendig ist.

Der neue Dampfturbosatz, dessen dampftechnischer Teil von der Oesterreichischen Brown Boveri-Werke A.G. und dessen elektrotechnischer Teil von den Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werken geliefert wurde, dient lediglich für die Stromversorgung des Kraftwerkes, das so wie eine grosse Fabrik für den Antrieb vieler Pumpen, Förder- und Gebläse usw. sehr viel Strom verbraucht. Auch dieser Eigenbedarfs-Turbosatz ist mit einer neuartigen Mess- und Ueberwachungseinrichtung ausgestattet, die von der Wiener Firma Siemens und Halske A.G. entwickelt wurde.

Damit ist das Kraftwerk Simmering von allen äusseren Einwirkungen im öffentlichen Leitungsnetz unabhängig und die Stromlieferung des Simmeringer Werkes, die in erster Linie von der Betriebssicherheit der Eigenanlage abhängt, auf den höchsten Grad der Sicherheit gebracht.

Die gesamten Lieferungen, an denen fast alle einschlägigen Maschinenbau- und Elektrofirmer sowie einige Hochbau-Firmer beteiligt waren, erforderten einen Aufwand von 3'7 Millionen S. Sie wurden von österreichischen Ingenieuren entworfen und, so weit es irgendwie möglich war, aus heimischen Werkstoffen und mit österreichischen Arbeitskräften innerhalb einer Bauzeit von anderthalb Jahren hergestellt.

Die neuen Einrichtungen des Kraftwerkes Simmering, die kommenden Sonntag in Anwesenheit des Bürgermeisters feierlich dem Betrieb übergeben werden, stellen Spitzenleistungen der Technik dar, die der Fachwelt in vieler Hinsicht Neues gebracht haben und den überall anerkannten guten Ruf der österreichischen Techniker neuerdings bestätigen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

313

Wien, am 11. Dezember 1937.

## Autobusverkehr am Silbernen Sonntag.

Morgen, Sonntag, verkehren von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die Autobuslinien Schottenbor-Stefansplatz-Weiskirchnerstrasse, Karlsplatz-Stefansplatz-Schwedenplatz und Bellaria-Stefansplatz-Börse. Nachmittags wird die Linie Karlsplatz-Stefansplatz-Schwedenplatz durch die Sonntagslinie Hietzing-Stefansplatz-Praterstern ersetzt. Auf den übrigen Tag-Autobuslinien ist mit Ausnahme der Linien nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof und auf den Kahlenberg der Verkehr eingestellt.

## Kleidersammlung der Garnison Wien zugunsten der Wiener Winterhilfe.

Vom 14. bis einschliesslich 17. Dezember findet wie in den Vorjahren eine Sammlung von Bekleidungsgegenständen zugunsten der Wiener Winterhilfe durch die Garnison Wien statt. Gesammelt werden nur Kleider, Schuhe, Wäsche und sonstige Textilien. Die Aktion wird bezirksweise durchgeführt, und zwar am 14. Dezember im 1., 3., 5., 7. und 9. Bezirk, am 15. Dezember im 2., 4., 6., 12. und 20. Bezirk, am 16. Dezember im 8., 11., 13., 15. und 18. Bezirk und am 17. Dezember im 10., 14., 16., 17., 19. und 21. Bezirk. An alle Bewohner Wiens wird die Bitte gerichtet, alle entbehrlichen Bekleidungsgegenstände dem Hilfswerke zur Verfügung zu stellen. Die Spenden werden ausschliesslich Wohlfahrtszwecken zugeführt.

## Abschluss der Budgetberatung im Wiener Haushaltsausschuss.

Der Haushaltsausschuss der Wiener Bürgerschaft beendete unter dem Vorsitz der Vizebürgermeister Dr. Kresse und Waldsam in einer von Freitag 5 Uhr nachmittag bis heute, Samstag, 1 Uhr früh währenden Sitzung die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen. Mit welcher Verantwortlichkeit und Gründlichkeit der Haushaltsausschuss von seinem Budgetrechte Gebrauch machte, zeigt die Tatsache, dass in vier Sitzungen mit einer Gesamtdauer von 23 Stunden abgesehen von den Vorträgen der Referenten und wiederholten grundsätzlichen und aufklärenden Bemerkungen des Bürgermeisters 60 Redner zum Voranschlagsentwurf und Rechnungsabschluss eingehend Stellung nahmen.

Zur Verhandlung gelangte zunächst das Kapitel "Wirtschaftsamt", worüber Obersenatsrat Dr. Fenzl referierte. Aus seinem Bericht ist erwähnenswert, dass die städtischen Marktgebühren schon vor längerer Zeit die Neufassung der Marktordnung und der Landparteienkundmachung in Angriff genommen haben, wobei bereits sämtlichen Interessenten Gelegenheit gegeben wurde, zu dieser die Belange des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft berührenden Frage Stellung zu nehmen. Der Magistrat ist derzeit beschäftigt, unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen, zum Teil freilich vollkommen entgegengesetzten Anregungen den Entwurf einer Marktordnung auszuarbeiten. Auf Grund des Entwurfes werden dann die unmittelbaren Verhandlungen mit den berufständischen Körperschaften aufgenommen. Im Zusammenhang mit der Erlassung einer neuen Marktordnung besteht auch die Absicht, den allgemeinen Marktgebührentarif in möglichster Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse zu novellieren. Im Schweineschlachthof und in der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Wiener Kontumazanlage steht die obligatorische Einführung der elektrischen Betäubung der Schweine vor der Schlachtung unmittelbar vor der Verwirklichung. Die Apparaturen sind bereits angeschafft und installiert, ebenso ist das zur Bedienung bestimmte Personal schon ausgebildet. Gleichzeitig mit der Einführung der elektrischen Betäubung wird auch eine neue Haus- und Betriebsordnung für den Schweineschlachthof in Kraft treten.

Rat Effenberger spricht über die städtischen Betriebe, Rat Dr. Hengl dankt der Stadtverwaltung für das Entgegenkommen gegenüber der Wiener Landwirtschaft und bringt einige Wünsche bezüglich der Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat und der Wiener Landwirtschaftskammer vor, worauf Rat Ing. Petravie die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Statistik anerkennend hervorhebt und eine Ausgestaltung der statistischen Verlautbarungen anregt.

Senatsrat Dr. Leppa berichtet sodann über die Einnahmeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" und erklärt, dass die mit rund 50'6 Millionen S veranschlagten Ausgaben fast zur Gänze durch Hypothekarkredite gedeckt werden.

Die Räte Dr. Foglar-Deinhardstein und Ing. Petravie nehmen zur Frage der Bedeckung sogenannter unechter Investitionen durch Hypothekarkredite Stellung, während Rat Ing. Hofbauer die Ausgestaltung der elektrischen Beleuchtung auf den Vorplätzen des Westbahnhofes und des Südbahnhofes als wünschenswert erklärt.

Direktor Ing. Güntner berichtet hierauf über die städtischen Gaswerke, dass diese einen Gebarungsüberschuss von 10'4 Millionen S veranschlagen. Ende 1936 beschäftigten die Gaswerke 644 Angestellte und 2.075 Arbeiter, für die an Löhnen und Gehältern 12'20 Millionen S und an Ruhegehältern 2'05 Millionen S ausbezahlt wurden.

Frau Rat Dr. Motzko begrüsst die Aktion der Auswechslung veralteter Gasgeräte durch zeitgemässe, Rat Dr. Hengl erkundigt sich nach dem Stande der Versuche über Entgiftung und Odorisierung des Leuchtgases, Rat Ing. Petravie ersucht um möglichste Kontinuität der Arbeitsvergebungen, Rat Diestler spricht über den Detailkoksverkauf im Simmeringer Werk und Rat Ing. Hofbauer hebt hervor, dass die Arbeit der Gasgemeinschaft bei allen interessierten Gewerbetreibenden die volle Wertschätzung findet, worauf Direktor Ing. Güntner unter anderem erwidert, dass die Versuche bezüglich der Gasentgiftung noch nicht abgeschlossen sind.

Der Berichterstatter über die städtischen Elektrizitätswerke Direktor Ing. Beron teilt mit, dass der Wirtschaftsplan 1938 einen Gebarungsüberschuss von 10 Millionen S ausweist. Er bespricht die Investitionen der Werke und verweist dabei insbesondere auf den Ausbau des Simmeringer Werkes.

Die Räte Effenberger und Frau Dr. Motzko regen eine Intensivierung der Aktion der Reklambelichtung an, Rat Ing. Petravie ersucht um eine möglichst gleichmässige und zeitgerechte Vergabung der Arbeiten, Rat Dr. Hengl meint, dass die Beleuchtung der Gebäude und Anlagen auf dem Leopoldsborg eine besondere Attraktion für den Fremdenverkehr wäre, worauf Rat Ing. Gross die Anschlussgebühren bei Ein- und Zweifamilienhäusern erörtert.

Direktor Ing. Werner referiert nun über den Wirtschaftsplan und die Bilanz der städtischen Strassenbahnen. Er bespricht eingehend die Verkehrsleistungen des Unternehmens im Bilanzjahr 1936 und teilt sodann für das Budgetjahr mit, dass für Strassenbahn und Stadtbahn mit einer Beförderungsleistung von 466 Millionen Fahrgästen gerechnet wird, die nur um etwa 2'4 Millionen Fahrgäste hinter der nach den bisherigen Erfolgswerten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

im Jahre 1937 zu erwartenden Frequenz zurückbleibt. Der Wirtschaftsplan des Unternehmens schliesst mit einem Gebarungsabgang von rund 6'96 Millionen S.

In einer eingehenden Wechselrede beschäftigen sich die Räte Dr. Foglar-Deinhardstein, Ing. Herrmann, Rechberger, Dr. Ing. Hengl, Dr. Alma Motzko, Effenberger, Cykanek, Ing. Petravic, Ing. Hofbauer und Diestler mit der Lage des Unternehmens und nehmen hiezu vom budgetären wie betriebstechnischen Standpunkte Stellung. Die Ausführungen aller Redner gipfelten darin, dass die finanzielle Lage der städtischen Strassenbahnen zu schweren Bedenken Anlass gibt und eine durchgreifende Reform des Unternehmens nötig erscheinen lässt. In seinem Schlusswort erklärt Direktor Ing. Werner, dass die Strassenbahndirektion sich über die zur Sanierung des Unternehmens von ihrem Standpunkte aus erforderlichen Massnahmen im klaren ist. Diese reichen aber weit über die Kompetenz des Unternehmens hinaus, ein Umstand, der bei der Betrachtung aller mit einer Sanierung zusammenhängenden Fragen nicht übersehen werden darf.

Ohne Debatte werden hierauf die Wirtschaftspläne und Bilanzen des städtischen Brau <sup>hauses</sup> (Berichterstatter Vizedirektor Kirner), der städtischen Leichenbestattung (Referent Direktor Ing. Raschendorfer) und der städtischen Ankündigungsunternehmung (Berichterstatter Direktor Pikolon) genehmigt, ferner ein Antrag des Rates Dr. Foglar-Deinhardstein, gleich anderen Bundesländern zur Förderung der Errichtung und Führung einer katholischen Universität in Salzburg eine jährliche Beitragsleistung von 20.000 S zu bewilligen, und schliesslich die in der letzten Bürgerschaftssitzung eingebrachten Gesetzentwürfe über Erstreckung verschiedener Abgabenermässigungen.

Rat Langer dankte sodann im Namen des ganzen Ausschusses dem Bürgermeister für seine erfolgreichen Bemühungen um die Stadt Wien und sprach ihm zu seinem bevorstehenden Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aus.

-----

## Ehrung von Jubilaren der Arbeit.

Bürgermeister Richard Schmitz überreichte heute im Rathaus 35 landwirtschaftlichen Arbeiterinnen und Arbeitern Wiens, die mindestens zehn, viele aber mehr als fünfundzwanzig Jahre in einem und demselben landwirtschaftlichen Betrieb treu ihre Pflicht erfüllt haben, die ihnen von der Wiener Landwirtschaftskammer verliehenen Anerkennungsdiplome und Geldprämien, wobei auch Kammerpräsident Rat Dr. Ing. Hengl im Namen der Wiener Landwirtschaftskammer, Vizepräsident Oekonomierat Rasser für Reichsbauernführer Landeshauptmann Reithor, Kammerrat Gassner im Namen der Ausgezeichneten und der Landarbeiterführer Vizepräsident Wanek in Vertretung der Wiener Landarbeiterschaft Ansprachen hielten. Der Feier wohnten ua. in Vertretung des Landwirtschaftsministers Ministerialrat Dr. Beil, der Rektor der Hochschule für Bodenkultur Prof. Dr. Zoderbauer, Obersenatsrat Dr. Fenzl, Senatsrat Dr. Loppa sowie alle Mitglieder der Wiener Landwirtschaftskammer bei.

-----

## Gleichenfeier in Hasenleiten.

Die Bauarbeiten in der Wohnsiedlung Hasenleiten schreiten programmgemäss vorwärts. Von den vorgesehenen 1.200 Wohnungen sind 118 bereits bestellt, während 101 Wohnungen in einigen Wochen fertiggestellt sein werden. Nunmehr haben die Bauarbeiten an zwei weiteren Baublöcken mit insgesamt 97 Wohnungen sowie am Kindergarten- und Hortgebäude die Hauptgleiche erreicht, die heute gefeiert wurde.

In Anwesenheit zahlreicher Festgäste verwies der in Vertretung des Bürgermeisters erschienene Vizebürgermeister Dr. Kresse auf die Bedeutung der städtischen Bautätigkeit und der Schaffung von Wohnraum, insbesondere für kinderreiche Familien, die bisher notdürftig untergebracht sind, worauf für die Baufirma Baurat Prof. Sooser und für die Belegschaft Bauarbeiter Kofler mit Dankesworten für die grosszügige Arbeitsbeschaffung erwiderten.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: \*L. 314  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 12. Dezember 1937.

## Budgetsitzungen der Wiener Bürgerschaft.

Nach Verabschiedung des Voranschlages der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938 und des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 im städtischen Haushaltsausschuss tritt die Wiener Bürgerschaft in der kommenden Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag in jeweils um 17 Uhr beginnenden öffentlichen Sitzungen zur Budgetberatung zusammen.

-----

## Bürgermeister Schmitz über die Aufgaben der städtischen Grossunternehmungen.

Heute vormittag fand im Simmeringer Elektrizitätswerk ein feierliches Festakt statt, bei dem neue grossartige Einrichtungen zur Sicherung der Stromversorgung Wiens in Betrieb gesetzt wurden. Diese Einrichtungen, die das Neueste auf dem Gebiete der Wärmetechnik darstellen und in dieser Art und Grösse bisher noch nirgends ausgeführt worden sind, bilden eine wichtige Ergänzung der Wasserkraftwerke und bestehen aus einer Höchstaruck-Dampfspeicheranlage nach den Patenten der Wiener Lokomotiv-Fabriks-A.G., Floridsdorf, einem La Mont-Dampfkessel der Simmeringer Maschinen- und Waggonbau-Fabriks A.G. und einem Eigenbedarfs-Dampfturbosatz, der von der Oesterreichischen Brown Boveri-Werke A.G. geliefert wurde.

An der von der Dienststellenorganisation Wien-Frontwerk "Neues Loben" durchgeführten Feier nahmen teil: Bürgermeister Richard Schmitz, Magistratsdirektor Dr. Hiesmaseder, Obersenatsrat Dr. Hornek, der Generalsekretär des V.F. Werkes "Neues Loben" Ing. Kloss, in Vertretung des Rektors der Wiener Technischen Hochschule Prof. Dr. Lösel, zahlreiche Räte der Stadt Wien, Generaldirektor a. D. Ing. Menzel, die Unternehmungsdirektoren, Vertreter der Landesführung V.F. Wien und die Bezirksführer der V.F., die Leitungsglieder der Dienststellenorganisation Wien der V.F. und der Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten, die Direktoren der Lieferfirmen, Vertreter des Handelsministeriums, des Verbandes der österreichischen Elektrizitätswerke, des Wiener Industriellenverbandes, des Elektrotechnischen Vereines, des Ingenieur- und Architektenvereines, des Technischen Gewerbemuseums sowie der Gewerkschaften der Arbeiter in den metallverarbeitenden Betrieben, der Arbeiter in der Metall- und Elektroindustrie und der Arbeiter im Baugewerbe, die Obmänner der Arbeitsgemeinschaften des Elektrizitätswerkes sowie die gesamte dienstfreie Belegschaft.

In seiner Begrüßungsansprache dankte Direktor Ing. Beron dem Bürgermeister und der Wiener Bürgerschaft für das grosse und fördernde Interesse, das sie dem Ausbau der Elektrizitätswerke stets entgegenbringen, und hob hervor, dass die gesamte neue Anlage von Ingenieuren der Elektrizitätswerke projektiert und fast zur Gänze aus heimischen Werkstoffen und mit österreichischen Arbeitskräften hergestellt wurde.

Wizedirektor Ing. Frisch verwies nach einer technischen Erläuterung der neuen Einrichtungen darauf, dass von den Gesamtkosten der neuen Anlage im Betrage von 317 Millionen S nicht weniger als 82 Prozent dem inländischen Arbeitsmarkt zuflossen. Im Bewusstsein der hohen Verantwortung der Technikerschaft wurden in Gemeinschaftsarbeit zwischen Industrie und Elektrizitätswerken die neuen Einrichtungen geschaffen, die in ihrer Art erstmalig ausgeführt wurden. Damit ist ein kühner Schritt in technisches Neuland getan, der gewiss auch dazu beitragen wird, den altbewährten Ruhm der österreichischen Technikerschaft und den trefflichen Ruf der öster-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

reichischen Arbeiterschaft weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinauszutragen.

Im Namen der Lieferfirmen dankte Rat der Stadt Wien Generaldirektor Baurat h. c. Ing. Demmer dem Bürgermeister und den städtischen Unternehmungen für die allzeitige Förderung der Privatwirtschaft und betonte, dass die Ausführung der Höchstdruckspeicheranlage und Höchstdruckspeicherlokomotive für das Gaswerk Leopoldau seinerzeit bereits Erstlieferungen auf der ganzen Welt waren, zu denen sich jetzt die Höchstdruck-Schnellbereichsanlage mit dem Höchstdruckspeicher als ein neuer Markstein der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung der Spitzendeckungskraftwerke zugesellt. Generaldirektor Demmer bat den Bürgermeister, auch weiterhin der österreichischen Industrie nach Möglichkeit derartige Aufträge zu erteilen, um ihren Ingenieuren und Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Leistungsfähigkeit und ihr hohes technisches Können zu beweisen und damit im besonderen Masse zur Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer technischen und wirtschaftlichen Kapazität beizutragen.

Nach einer von Amtsrat Hintermayr verfassten und von Amtsrat Ensföllner vorgetragenen Rezitation mit einem von jungen Arbeitern ausgeführten Sprechchor ergriff, von stürmischem Beifall begrüsst, Bürgermeister Richard Schmitz das Wort und führte unter anderem aus:

"Die heutige Feier ist eine Antwort auf die Irrlehre, nach der alles Unheil und Elend in der Welt überwunden werden könnte, wenn man sich ausschliesslich auf eine Verfeinerung der Materie stützen wollte. Unsere heutige Feier ist darauf eine tröstliche Antwort, denn dieses Fest der Arbeit <sup>von Anfang bis Ende erfüllt von Gottesglaube und Gottvertrauen und</sup> ~~ist erfüllt~~ von dem Stolze, was die österreichischen Arbeiter des Geistes und der Hand und die österreichische Technik überhaupt zu leisten vermögen. Wir Oesterreicher können mit einem berechtigten Selbstbewusstsein in die Welt blicken, weil unsere Leistungen, unsere Begabung, unser Fleiss und unsere Tüchtigkeit beweisen, dass wir die Anerkennung, ja die Bewunderung der anderen Völker und Staaten verdienen.

Ein herzerwärmender Gedanke ist es, sich daran zu erinnern, dass solche grosse Werke, wie sie die städtischen Unternehmungen sind, der öffentlichen Wohlfahrt, der werktätigen Liebe und Fürsorge für unser gesamtes, seit langer Zeit so schwer heimgesuchtes Wienervolk dienen. Jeder Groschen, der hier durch Fleiss und Tüchtigkeit der Ingenieure, Beamten und Arbeiter durch eine sparsame und wirtschaftliche Führung erarbeitet wird, wandert in Form vielfältiger Leistungen der Stadtverwaltung, insbesondere auch in der Fürsorge, wieder in die Taschen der Wiener zurück. Dies rechtfertigt auch das Verlangen, dass immer wieder alles geschehe, um die städtischen Werke niemals hinter den Fortschritten der Technik zurückbleiben zu lassen, sondern sie vielmehr zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit zu führen. Dass unsere Unternehmungen ihre grosse Aufgabe gegenüber der Gemeinschaft erfüllen, ist ein Symbol für unser ganzes Schaffen in Wien und Oesterreich. Denn auch dort, wo Unternehmen im Sinne privatwirtschaftlicher Zielsetzung tätig sind, gilt das Prinzip, das schon von Lueger verkündet, seit Dollfuß aber zu einem tragenden Grundgedanken unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, das Grundprinzip "Gemeinwohl geht vor privatem Nutzen". Das erhellt aus der Tatsache, dass Oesterreich überall weithin sichtbar in seiner Gesetzgebung und in seinen Einrichtungen einer der sozialsten Staaten Europas ist.

Solange Menschen leben, wird es unter ihnen immer wieder Mei-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

nungsverschiedenheiten und Gegensätze geben, dabei aber kommt es darauf an, in welchem Geiste sich die Menschen bemühen, diese Gegensätze und Schwierigkeiten zu überwinden. Wir in Wien und in Oesterreich sind der Ueberzeugung, dass sie mit dem Willen überwunden werden müssen, der Gemeinschaft, der Heimat, dem Volk und dem Vaterland zu dienen. In dieser Gesinnung übergebe ich nun das <sup>neue</sup> Werk österreichischer Arbeit dem Botriob!" (Stürmischer Beifall.)

Der Rede des Bürgermeisters folgten die Bundshymne und das Lied der Jugend, worauf der Obmann der Arbeitsgemeinschaft der Kollektivist<sup>en</sup> Zahalka den Bürgermeister bat, im Sinne seines bisherigen Programmes zum Wohle der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung weiter zu wirken. Nach der feierlichen Inbetriebnahme der neuen Einrichtungen nahm der Bürgermeister die Vorstellung der technischen Leiter der Lieferfirmen entgegen, worauf die Festgäste mit der Arbeiterschaft gemeinsam ein einfaches Gabelfrühstück einnahmen.

## Das Wiener Jugendhilfswerk 1937.

In einer unter dem Vorsitz des Obersenatsrates Dr. Maly kürzlich stattgefundenen Sitzung des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes berichtete Obermagistratsrat Dr. Breunlich, dass im heurigen Sommer von 117 Wiener Organisationen 270 Ferienaktionen durchgeführt wurden, bei denen 30.130 Kinder mit 843.600 Verpflegstagen betreut wurden. Von den hierzu notwendigen drei Millionen S wurden 300.000 S von der Stadt Wien, 600.000 S von den Krankenkassen, 100.000 S von der Kinderrettungswoche und der Wijug-Lotterie beigesteuert, während die restlichen 2 Millionen S von den privaten Organisationen im Verein mit der Bevölkerung aufgebracht wurden.

Die segensreiche Tätigkeit des Wiener Jugendhilfswerkes für die Wiener Jugend beweist die Tatsache, dass seit dem Bestande des Wiener Jugendhilfswerkes nicht weniger als 415.744 Kinder jeweils einen Monat in Ferienheimen und Tageserholungsstätten verbracht haben.

## Fremdenbesuch im Wiener Rathaus.

Im November l. J. besichtigten insgesamt 432 Reisende die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses. Es waren dies 97 Einzelbesucher und 335 Besucher in Gruppen. Die Gäste stammten aus den österreichischen Bundesländern, ferner aus Ungarn, der Tschechoslowakischen Republik, England, Frankreich, Holland, Italien, Belgien, Schweiz, Deutschland, Amerika, China und Indien.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 315  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Dezember 1937.

## 516 Preisträger der Aktion "Wien im Blumenschmuck".

Sonntag fand im Festsaal des Rathauses die feierliche Ueberreichung der von der Stadt Wien gewidmeten Geldpreise und der Wanderpreise der Wiener Landwirtschaftskammer an die Preisträger der heurigen Aktion "Wien im Blumenschmuck" statt. Der beliebten Aktion war auch heuer ein voller Erfolg beschieden, denn das Preisgericht konnte bei 1.016 Anmeldungen nicht weniger als 516 Preis zuerkennen. Der in Vertretung des Bürgermeisters erschienene Vizebürgermeister Major a. D. Lahr richtete an die Versammlung eine herzliche Ansprache und überreichte hierauf den ersten drei Preisträgern die Wanderpreise der Wiener Landwirtschaftskammer, und zwar die "Goldene Rose" Herrn Andreas Haslinger, 12., Rauchgasse 7, die "Silberne Rose" Herrn Franz Müllner, 10., Wienerbergstrasse 18, und die "Bronzene Rose" Herrn Franz Hofer, 12., Steinbauergasse 26, während die anderen Preisträger ihre Preise aus den Händen von Magistratsbeamten empfangen. Im Namen der Ausgezeichneten dankte sodann Oekonomierat Hofmann.

An der schönen Feier nahmen Senatsrat Dr. Leppa, die Mitglieder des Preisgerichtes, mehrere Räte der Stadt Wien, der Präsident der Oesterreichischen Gartenbaugesellschaft Baron Hennet und Vertreter der Wiener Landwirtschaftskammer teil.

## Freie Arztstelle.

Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz ist an der dermatologischen Abteilung die Stelle eines Abteilungsverstandes zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und mehrjährige fachärztliche Ausbildung. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M. D. P. 6557/37 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Vorwendungszeugnissen bis spätestens 31. d. M. bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

## Die Kleidersammlung des Bundesheeres für die Winterhilfe.

Die Kleidersammlung des Bundesheeres zugunsten der Wiener Winterhilfe wird morgen, Dienstag, in den Bezirken 1, 3, 5, 7 und 9 durchgeführt. Die Bevölkerung wird gebeten, die dem Winterhilfswerk zugedachten Kleiderspenden auf einem von der Hausinhabung angegebenen Platz bereitzustellen, damit der Abtransport raschest veranlasst werden kann.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

316

Wien, am 11. Dezember 1937

## Ueberreichung des Neujahrsglücksgröschön an den Bürgermeister.

Bürgermeister Richard Schmitz empfing heute im Rathaus in Anwesenheit seiner Gemahlin und des Vizebürgermeisters Dr. Kresse den Innungsmeister der Rauchfangkehrer Kommerzialrat Quöster, Zunftmeister Feldkeller sowie Gehilfenobmann Schneider mit zwei Wiener Rauchfangkehrergehilfen, die in ihrem Berufskleid erschienen waren. Der Gehilfenobmann richtete an den Bürgermeister Worte des Dankes für die allzeitige Förderung des Wiener Gewerbes und überreichte ihm einen Neujahrsglücksgröschön, den der Bürgermeister dankend entgegen nahm.

## Die Geschäftszeiten am Goldenen Sonntag und am Weihnachtsabend.

Der Magistrat teil mit: Am Sonntag, den 19. Dezember 1937 (Goldener Sonntag), dürfen die Lebensmitteldetailgeschäfte von 8 Uhr bis 11 Uhr und von 16 Uhr bis 19 Uhr offen halten. Milchverschleiss schon von 7 Uhr früh an.

Der Warenverschleiss im kleinen mit andren Waren als Lebensmitteln ist an diesem Tage von 10 Uhr bis 18 Uhr gestattet.

Am 24. Dezember (Weihnachtsabend) müssen alle Geschäfte um 18 Uhr schliessen. Lediglich der Kleinhandel mit Zuckerwaren und Zuckerbäckerwaren sowie mit Naturblumen ist in den einschlägigen Betrieben bis 19 Uhr gestattet.

Die Gasthäuser, Restaurants, Weinstuben, Automatenbuffetts etc. haben am Weihnachtsabend um 22 Uhr, die Kaffeehäuser, Bars etc. um 20 Uhr zu schliessen.

\*

## Vergnügungsruhe am 24. Dezember.

In der Zeit von Mitternacht des 23. bis Mitternacht des 24. Dezember sind Veranstaltungen zu Vergnügungszwecken, die unter das Wiener Theatergesetz fallen, unzulässig.

## Vortrag des Prof. Dr. Johannes Messner.

Den zweiten Vortrag in der vom Volksbildungsamt der Stadt Wien veranstalteten rechts- und staatswissenschaftlichen Vortragsreihe hielt heute vor einer erlesenen und zahlreichen Zuhörerschaft Univ. Prof. Dr. Johannes Messner, der über den Gedanken der berufsständischen Ordnung in der Neuzeit sprach. Als wesentliche Aufgabe der berufsständischen Ordnung bezeichnet er die Herstellung einer besseren Gemeinwohlordnung durch die Einordnung selbstständiger Leistungsgemeinschaften in die grosse Gemeinschaft des gesamten Staatsvolkes. Von diesem Gesichtspunkte aus betonte er besonders, dass es sich bei der berufsständischen Ordnung nicht darum handelt, Gruppeninteressen öffentlich-rechtlich zu organisieren, sondern darum, der einzelnen Persönlichkeit durch ihre Bindung in der Leistungsgruppe die volle gesellschaftliche Wirksamkeit zu verbürgen. Auch bei der Verwirklichung der berufsständischen Ordnung handelt es sich um die Anwendung der grössten Kunst der Politik, nach einem Worte von Dollfuß, Freiheit und Ordnung in Einklang zu bringen. An einer solchen Verwirklichung der berufsständischen Idee hat gerade die Arbeiterschaft das grösste Interesse, weil ihr nur so die Eingliederung in die Gesellschaft, die wirtschaftliche Existenzsicherheit und die entsprechende Gleichberechtigung gewährleistet wird.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 317  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 15. Dezember 1937.

## Abschluss des Grinzinger Wettbewerbes.

Gestern, Dienstag, fand die Schlusssitzung im Grinzinger Wettbewerb statt, bei der erfreulicherweise eine vollkommene Einstimmigkeit zwischen den fachlichen Preisrichtern und der Volks-Jury erzielt wurde. Zwei Entwürfe wurden mit einem Preise von je 900 Schilling ausgezeichnet; die Preisträger sind Egon Fridinger und Architekt Rudolf Perthen. Ferner erhielten zwei Entwürfe einen Preis von je 650 Schilling; die Preisträger sind Ing. Wilfried Poszpisily und Ing. Rudolf Poszpisily sowie Architekt Ing. Karl Wioninger. Ausserdem beschloss das Preisgericht den Ankauf von vier Entwürfen zu je 200 Schilling von den Teilnehmern Architekt Z.V. Josef Proksch und Ing. Wilhelm Fabian, Architekt Z.V. Franz E. Oppolzer, Ing. Fritz Böhm und Architekt Oskar Lautischar sowie von Professor Alfred Keller.

Die beiden Preisgerichte brachten zum Ausdruck, dass, wenn auch interessante Vorschläge erstattet wurden, doch keiner der preisgekrönten Entwürfe voll befriedigt.

Besonderen Nachdruck legten die Preisrichter auf die tunlichst unveränderte Erhaltung des Ortsbildes. Daher sei, falls ein Bauwerk infolge Ueberalterung beseitigt werden muss, der Ersatzbau möglichst in einer dem bisherigen Eindruck gleichkommenden Form anzustreben. Vielfach bestand der Eindruck, dass die Verkehrsbedürfnisse von den Wettbewerbsteilnehmern überschätzt wurden, da sehr weitgehende Vorschläge nach Umfahrungsstrassen erstattet wurden. Die Auffassung des Preisgerichtes geht aber dahin, dass nach vollständiger Fertigstellung der Höhenstrasse eine bessere Verteilung des Verkehrs über mehrere Zufahrtsstrassen erfolgen wird. Wenn es überhaupt zu einer Umfahrungsstrasse kommen sollte, dann solle sie in Anlehnung an den amtlichen Vorschlag ausgeführt werden, um das Ortsbild zu schonen. Die Ausserkraftsetzung des Bebauungsplanes und der alten, in den Baubestand stark eingreifenden Baulinien soll je eher je besser erfolgen und der endgültige Regulierungsentwurf wiederum der Volks-Jury unterbreitet werden.

Bürgermeister Richard Schmitz wurde der Dank ausgesprochen für die Art und Weise, wie diese Lebensfrage Grinzings behandelt worden ist.

## Die Belieferung Wiens mit Christbäumen.

Nach einem Bericht des Marktamtes sind bis einschliesslich 14. Dezember auf dem Nordbahnhofe 35 Waggon Christbäume mit 27.203 Tannen und 28.600 Fichten und auf dem Westbahnhof 11 Waggon mit 7.287 Tannen und 22.600 Fichten eingelangt. In Nussdorf sind auf dem Donauwege bisher 4.880 Tannen und 2.440 Fichten eingetroffen. Auf dem Franz Josefs-Bahnhof wurden 9 Waggon mit 6.814 Tannen und 3.280 Fichten ausgeladen. Auf dem Aspang-Bahnhof sind bisher 1.700 Tannen und 1.250 Fichten angekommen. Auf dem Nordbahnhof sind noch 50 Bund mit etwa 500 Bäumen angemeldet.

Insgesamt sind sonach 106.054 Bäume, nämlich 47.884 Tannen und 58.170 Fichten eingelangt. Die Mengen bewegen sich, soweit es sich bis jetzt beurteilen lässt, auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre, doch haben sich bisher weniger Kleinhändler als im Vorjahr um Christbaumplätze beworben, weil im Vorjahre viele Händler ein nur schwaches Geschäft machten oder gar mit Verlust abschlossen.

Die Engross-Preise bewegten sich im allgemeinen in den Grenzen des vorjährigen Verkehrs. Die Grosshändler haben die in Wien eingelangte Ware bei lebhafter Nachfrage bereits zur Gänze an die Kleinhändler verkauft.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Die Preislage im Grosshandel war anfangs fest, dann schwach rückgängig; als die Nachfrage schliesslich lebhaft einsetzte, haben die Preise stark angezogen.

Der Kleinhandel wird vermutlich erst in den nächsten Tagen einsetzen, weshalb derzeit nur von einem sehr schwachen Geschäftsverkehr gesprochen werden kann.

## Ersatz der Bärenmühlgasse durch Bärenmühdurchgang.

Bei der städtebaulichen Neugestaltung der Freihausgründe wurde die alte Bärenmühlgasse verbaut. An ihrer Stelle wurde durch das Haus Rechte Wienzeile 1 ein Durchgang errichtet, der den Freihausplatz mit der Rechten Wienzeile verbindet. Der neue Durchgang wurde nunmehr "Bärenmühdurchgang" benannt. Die Erläuterungstafel wird folgende Aufschrift tragen: "An dieser Stelle stand schon im Mittelalter eine Mühle, die später "Bärenmühle" genannt wurde".

## Die Sammlung des Bundesheeres für die Winterhilfe.

Die Kleidersammlung des Bundesheeres zugunsten der Wiener Winterhilfe wird morgen, Donnerstag, in den Bezirken 8, 11, 13, 15 und 18 durchgeführt. Die Bevölkerung Wiens wird gebeten, die dem Winterhilfswerk zugedachten Kleiderspenden auf einem von der Hausinhabung angegebenen Platze im Erdgeschoss bereitzustellen, damit der Abtransport raschest veranlasst werden kann.

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 23 Filme, davon 8 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, die auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates mit einer Ausnahme die Vorführungsbewilligung erhielten. 16 Filme, davon 2 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung von Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen der Grossfilm "Guter Kamerad".

## Der Lainzer Wasserbehälter.

Die Bauarbeiten am neuen Lainzer Wasserbehälter müssen nunmehr anbetragt der bevorstehenden Probefüllung fertiggestellt werden, weshalb, wie seinerzeit bereits angekündigt, die Besichtigung mit 16. Dezember eingestellt wird.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 318  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. Dezember 1937.

## Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft

Bericht über die Sitzung vom 15. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft begann Mittwoch abend unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Lahr die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Die Generaldebatte und zugleich Spezialdebatte über das Hauptstück "Finanzamt" leitete der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa mit einer ausführlichen Uebersicht über den Voranschlag 1938 ein. Der Berichterstatter besprach die Abänderungen, die sich im Aufbau und in der Gliederung des Voranschlages gegenüber dem Rechnungsabschluss 1936 ergeben, ferner die erst im Laufe des Jahres 1936 genehmigten Kredite sowie die nichtpräliminierten Einnahmen.

Nach Erstattung des Referates des Senatsrates Dr. Leppa ergriff Bürgermeister Richard Schmitz das Wort zu einer grossangelegten Rede, in der er sich zunächst mit dem neuen Finanzausgleich beschäftigte. "In Finanzfragen ist immer die Summe wesentlich", sagte der Bürgermeister. "Wien bekommt leider nicht mehr, als es nach dem bisherigen Finanzausgleich zu beanspruchen hatte; die ihm zugemessenen Anteile an dem Wiener Ertrag der gemeinsamen Abgaben haben keine Veränderung erfahren, wenn wir vom Wehrbeitrag absehen. Das sei ohne Genugtuung und ohne Bitterkeit gesagt. Schon der Finanzausgleich des Jahres 1934 war nur eine Verlängerung des ungünstigsten Finanzausgleiches, den die frühere Verwaltung im Jahre 1931 abgeschlossen hatte. Die Veränderungen des jetzigen Ausgleiches sind fast nur formaler Natur. Die bisherige pauschale Prozentziffer wurde durch die genaue Bestimmung des Wiener Anteiles an jeder einzelnen Abgabe ersetzt. Das hat schon seine Bedeutung. Dadurch ist die Stadt Wien aus der Situation der Pauschalzuweisung herausgekommen, die scheinbar einfacher, jedoch nicht ungefährlich war. Bei den Verhandlungen für den Finanzausgleich 1934 konnte ich folgende Formel durchsetzen: Wenn die Abgabenerträge über die Summe hinausgehen, die im Voranschlag 1935 vom Bund vorgesehen waren, dann wird zur Berechnung des Wiener Anteiles das System des Finanzausgleiches vom Jahre 1931 angewendet, dann wird der Voranschlag wieder beweglich und die Stadt Wien bekommt das ihr zustehende Plus dazu. (Lebh. Zustimmung). Diese Formel hat sich später wohltuend ausgewirkt. Der Nachteil war, dass sie mit einem sonst toten Gesetz verknüpft blieb. Nun ging es darum, ob eine weitere Erhöhung erreichbar erschien. Im neuen Finanzausgleich konnte ich nach langwierigen Verhandlungen erreichen, dass die Stadt Wien, wenn die Abgabenerträge in Wien über die Ziffern hinausreichen, die der Bund für das Jahr 1938 vorgesehen hat, nicht nur die vorgesehene Anteile, sondern noch 7 Prozent dazu bekommt, die die Entschädigung für die bewegliche Formel von 1934 darstellen. Eine gewisse Erleichterung erfuhr das städtische Finanzwesen schliesslich durch die Einrechnung der Unternehmungsbilanzen in die Haushaltssumme bei Aufnahme von Krediten. Alles in allem kann die Stadt Wien aber den Finanzausgleich, der ihr nicht die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nach Erhöhung ihres Anteiles an dem Wiener Steueraufkommen gebracht hat, nicht als befriedigend bezeichnen.

Wenn Sie unseren Voranschlag als Ganzes anschauen, so werden Sie finden, dass für ihn der doppelte Gesichtspunkt charakteristisch ist. Arbeits-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

beschaffung und Fürsorge. Diese beiden Lichtpunkte strahlen überall aus dem Gesamtbilde heraus. So tritt der eminent soziale Charakter unseres Budgets in Erscheinung. Die Art und Weise, wie die Stadtverwaltung ihre Steuerhoheit gegenüber den Steuerträgern handhabt, wird gewiss in Einzelfällen zu Rekrinationen führen. Im allgemeinen habe ich aber im abgelaufenen Jahre den Eindruck gewonnen, dass man allgemeine Klagen über die Methoden zu führen keinen Grund mehr hat. Andere Stellen halten unserer Finanzverwaltung sogar vor, sie sei zu entgegenkommend. Dieser Vorhalt ist zweischneidig; vom Steuerträger gesehen ist er ein Lob, von Verwaltung aus unter Umständen ein Tadel. Der Vorhalt, die Finanzverwaltung sei zu milde, muss daher Gegenstand gründlicher Ueberlegung sein. Wir sind zum Schlusse gekommen, dem Vorhalte dadurch zu begegnen, dass wir die Gesetze der milderen, wirtschaftsfreundlichen Praxis anpassen. Diese Gesetzentwürfe sind schon beschlussreif gemacht.

Ein sehr ernstes Wort muss ich sagen: wir haben fast keine Reserven auf der Einnahmenseite, so dass wir tatsächlich genötigt sind, mit wachsamen Augen unsere Einnahmen zu hüten. Wir sind nicht in der Lage, leicht hin auf Einnahmen zu verzichten. Der Abgang in der laufenden Gebarung wird sich durch die Verträge, die wir im letzten Augenblick, wahrscheinlich morgen, zu beschliessen haben, auf ungefähr 9 bis 10 Millionen S erhöhen. Sicherlich ist dieser Abgang nicht erfreulich. Niemals kann ein Abgang in der laufenden Gebarung erfreulich sein. Auch mir wäre es viel lieber gewesen, ein in der laufenden Gebarung vollkommen ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Messen wir den Abgang an dem Gesamtumfang unseres Voranschlages, so bedeutet er etwas über 2 Prozent. Eine Gefährdung des inneren Gleichgewichtes muss also nicht befürchtet werden. Weniger Kopfzerbrechen macht es mir, dass wir die Arbeitsbeschaffung ausschliesslich mit Krediten bedecken müssen, weil der Kredit der Stadt Wien gottlob noch lange nicht ausgeschöpft ist und weil in Zeiten ungewöhnlicher Notlage auch die Verwendung ungewöhnlicher Einnahmen berechtigt erscheint. Ich fasse zusammen, der Voranschlag für 1938 buht auf zuverlässiger Grundlage. Er ist nicht so erfreulich, wie wir ihn alle wünschen möchten, bietet aber auch keinen Grund zu ernster Besorgnis. Er fordert aber eine gewissenhafte Finanzgebarung.

Ich komme nun zum zweiten Kapitel: Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung. Zu Beginn des Herbstes hatte ich Gelegenheit, anlässlich einer Gleichfeier in Hasenleiten über die Auswirkung der Arbeitsbeschaffung der Bundesregierung sowie der Rüstungskonjunktur und der Weltkonjunktur auf Oesterreich zu sprechen. Ich musste damals feststellen, dass Wien weder von der Rüstungskonjunktur noch von der Weltkonjunktur einen besonderen Nutzen hat. Vor einigen Wochen liess ich eine statistische Analyse der Wiener Arbeitslosen ausarbeiten. Rechnet man den Anteil der verschiedenen Berufsgruppen an der Arbeitslosigkeit in Prozenten aus, so ergibt sich, dass von hundert Wiener Stellensuchenden rund ein Drittel Hilfsarbeiter sind, über 16 Prozent, also ein Sechstel entfällt auf die Eisen- und Metallverarbeitung, die drittgrösste Gruppe ist das Baugewerbe mit etwas über 9 Prozent. Wenden wir die gleiche Methode auf die unterstützten Arbeitslosen an, dann verändert sich das Bild nur wenig, doch immerhin bedeutsam: Die Zahl der Hilfsarbeiter sinkt auf rund 26 Prozent, die Zahl der Eisen- und Metallarbeiter steigt auf fast 18 Prozent und die der Bauarbeiter auf nahezu 11 Prozent. Das also sind die drei grössten Gruppen der Wiener Arbeitslosigkeit. Wie können wir helfen? Hilfsarbeiter brauchen Arbeiten, für die keine besondere Vorbildung des Arbeiters erforderlich ist, wie Erdarbeiten, Wasserarbeiten usw. Solche sind leider in einer Zweimillionenstadt seltener als auf dem Lande. Bei der Höhenstrasse und bei dem grossen Wasserbehälter kommen ja sehr grosse Erdbewegungen in Betracht, weniger schon bei der Wientalstrasse. Der Hoch- und

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Tiefbau erfordert in Wien bereits eine gutgeschulte Arbeiterschaft. Der Begriff Hilfsarbeiter ist vieldeutig. Für die etwa 50.000 Arbeitslosen dieser Gruppe besitzen wir kein genügendes Wissen über ihre wirtschaftliche Verwendbarkeit. Schon vor längerer Zeit habe ich deshalb mit dem zuständigen Ministerium gesprochen, um die Zustimmung zu einer Ueberprüfung dieser Gruppe der Hilfsarbeiter zu erhalten. Mir geht es darum, festzustellen, welche von ihnen für bestimmte Verwendungen Kenntnisse oder Fähigkeiten besitzen oder sie nachträglich noch erlernen könnten, damit ihre Versorgung mit Arbeit erleichtert wird. Mir geht das schreckliche Elend dieser Unglücklichen zu nahe, als dass ich ruhig zusehen könnte. Ist doch fast jeder zweite Hilfsarbeiter Wiens ausgesteuert, so dass er nicht einmal mehr die Arbeitslosenunterstützung oder Notstandsunterstützung bekommt! Von dieser Entwicklung bin ich so beunruhigt, dass ich alles, was in meinem Bereiche liegt, tun will, um dieser grössten Gruppe der Wiener Arbeitslosen helfen zu können, und ich bitte alle Räte der Stadt Wien, diese Bemühungen zu unterstützen. (Gr. Beifall).

Die Gruppe der Metall- und Eisenarbeiter entzieht sich grösstenteils dem Einfluss der Stadt Wien auf dem Arbeitsmarkt, weil die Arbeitslosigkeit hier grösstenteils mit der Entwicklung der Ausfuhr zusammenhängt. Wenn wir unsere Auslandsmärkte zurückbekommen, so könnten diese fast durchaus gelernten Arbeiter von guter Qualität wieder in Arbeit gestellt werden. Die Stadt Wien hat es nicht verabsäumt, die Metall- und Eisenarbeiter bei ihrer Arbeitsbeschaffung zu berücksichtigen, die Stadt Wien kann aber den fehlenden Export nicht ersetzen.

Die drittgrösste Gruppe ist die der Bauarbeiter in Industrie und Gewerbe. Hier sehe ich die Möglichkeit, durch eine stärkere Berücksichtigung der Bautätigkeit in der Arbeitsbeschaffung eine wohltätige Wirkung zu erzielen, die überdies auch einer Anzahl von grösseren und kleineren Betrieben zugute kommen, deren Erzeugnisse für die Bauführung notwendig sind. Darum habe ich geglaubt, die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung vor allem auf die Förderung der Bautätigkeit lenken zu sollen. Die neue Stadtverwaltung war immer bemüht, die gewerblichen und industriellen Betriebe, die von der Bautätigkeit abhängen, mit Aufträgen zu bedenken. Ein Rückblick auf die Arbeitsbeschaffung seit dem Beginn der neuen Verwaltung liefert dafür sinnfällige Beweise. Einschliesslich der Ziffern des Voranschlages 1938 wurden bisher 6 Millionen S für Brückenbauten, 47<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen S für Strassenbauten, 10<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen S für die Höhenstrasse, 5 Millionen S für die Wientalstrasse und 5<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Millionen S für neue Strassendecken ausgegeben. Die Ausgaben für Strassenbau erreichen also die stattliche Höhe von 68<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen S. Dies ist in den paar Jahren eine Leistung, die wir 1934 nicht ohneweiters erwartet hätten. Dennoch wird mancher Klage erheben, dass viele Strassen noch nicht in gutem Zustande seien, man darf aber nicht übersehen, dass fünfzehnjährige Vernachlässigungen sich nicht so leicht nachholen lassen, zumal durch die gesteigerte Motorisierung des Fuhrwerkes eine stärkere Abnutzung eingetreten ist. Gleichwohl wurde eine gewaltige Leistung vollbracht, auf die wir stolz sein können.

Im Hochbau haben wir in diesem Jahren 3 neue Schulen um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Millionen S, Wohnhäuser um 28<sup>1</sup>/<sub>1</sub> Millionen S, Familienasyls und Fürsorgeheime um 10<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Millionen S errichtet, so dass wir also mit den Beträgen für die Assanierungs- und Hausreparaturfonds für den Hochbau, nicht gerechnet andere einschlägige Arbeiten, die beträchtliche Summe von 76<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Millionen S bisher aufgewendet haben. Dazu kommen z. B. noch verschiedene Instandsetzungen mit einer Aufwendung von 12 Millionen S, der Lainzer Wasserbehälter mit mehr als

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

4 Millionen S, die Kanalbauten mit 8 Millionen S, durchwegs Aufträge für die Bauunternehmungen. Da darf man wohl sagen: auch hier hat die Stadtverwaltung eine ganz ungewöhnliche Leistung in dieser schweren Zeit vollbracht, um der bedrängten Wiener Wirtschaft und der notleidenden Arbeiterschaft zu Hilfe zu kommen. Private Fabriks- und Werkstättenbauten spielen leider vorläufig keine grosse Rolle, weil wir noch leerstehende Fabriken haben und wenig Bedarf nach Neubauten besteht. Das ist zu bedauern. Das Baugewerbe würde eine gesteigerte Beschäftigung finden und neue Fabriken würden die Hoffnung erwecken, dass doch durch Pflege neuer Wirtschaftszweige ein grosser Teil unseres kostbaren Schatzes, die brachliegende Arbeitskraft, wieder in den Kreislauf der Wirtschaft eingeschaltet würde. Solange dafür die Aussichten nicht befriedigen, müssen wir uns dem anderen Kapitel, das immer das grössere der Bautätigkeit war, der Schaffung von Wohnraum, widmen. Diese Sorge würde ich gerne der Privatinitiative überlassen, wenn diese nur in halbwegs ausreichendem Umfange zu bemerken wäre! Das Schreiben dicker Bücher und Abhalten wochenlanger Sitzungen zur Erforschung der Ursachen ändert nichts an der betrüblichen Tatsache. Vor einem himmelblauen Optimismus, der radikale und radikalste Lösungen vorschlägt, muss man sich in Acht nehmen. Ein Zustand, der sich in 20 Jahren entwickelt hat, kann auch mit der grössten Energie und dem besten Willen nicht während kurzer Zeit in das Gegenteil umgekehrt werden. Vielmehr bedarf es in solchen Fällen einer langen Uebergangszeit, damit ohne neuerliche Erschütterungen in anderen Teilen der Wirtschaft eine Verteilung der Kaufkraft erfolgen kann, die eine Belebung der Wohnbautätigkeit fördern könnte. Von dieser Zwangslage darf man die Augen nicht verschliessen, wenn sie auch noch so unangenehm ist. Nur wer mit offenen Augen sieht, finden den zielführenden Weg. Das Ziel aller Wirtschaftspolitik ist und bleibt die allgemeine Wohlfahrt; dies ist auch der Masstab der Wirtschaftspolitik.

Die Stadt Wien hat sofort nach Erlassung des Wohnbauförderungsgesetzes ihre Ansprüche in reichem Masse angemeldet. Eine grosse Reihe solcher Bauten wurde aufgeführt, nicht Riesenbauten wie früher, sondern vor allem kleinere und mittlere Bauten, die Baulücken ausfüllen und baufällige Häuser durch neue ersetzen. Damit wurde ein nützliches und gutes Beispiel gegeben. Auch private Unternehmer-leider nicht zahlreich genug-haben diesen Weg beschritten. Neben dem Wohnhausbau <sup>werden</sup> 1938 mehrere grosse Zweckbauten in Wien begonnen oder beendet. Ich verweise da auf den geplanten Neubau eines Gebäudes für die Generalpostdirektion, der mit Beginn des Jahres 1938 in Angriff genommen wird, <sup>und</sup> auf die zwei bedeutenden Bauten der V.F..

Das Stadtbauamt hat mir eine Uebersicht der 1938 zu erwartenden Bautätigkeit ausgearbeitet. Die Wohnraumschaffung stellt dabei den weitaus grössten Teil. Der Bürgermeister nennt einige Ziffern, er erwähnt die 26 städteigenen Wohnhausbauten, den Bau in Hasenleiten, das Familienasyl im 10. Bezirk, die zusammen 2.222 neue Wohnungen enthalten werden. Die für 1938 vorgesehenen Assanierungsbauten weisen 868 Wohnungen aus, schliesslich sind in privaten Wohnhausbauten zusammen 1.800 neue Wohnungen zu erwarten. Insgesamt werden im nächsten Jahre 4.910 Wohnungen fertiggestellt werden.

Die rein privaten Mittel haben an dieser Wohnbautätigkeit einen Anteil von 36 Prozent, die gemischte öffentliche-private Finanzierung 18 Prozent und die rein öffentliche 46 Prozent. Mehr als die Hälfte des Wohnungsbaues kommt also nur durch Beistellung öffentlicher Mittel zustande. Wenn man die ~~gesamte~~ Bautätigkeit einschliesslich Schulen, Postdirektion, Fronthäuser usw. zusammennimmt, so ergibt sich, dass die Stadt Wien allein 1938 mehr als 37 Millionen S für die Bautätigkeit ausgibt und dass im kommenden Jahre ein gesamt-ter Bauaufwand von rund 90 Millionen S zu erwarten ist. Diese Ziffern rechtfertigen, dass man dem Pessimismus entgegentritt, der immer noch laut

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

wird. Bautätigkeit in Wien bedeutet allerdings nicht, dass die aufzuwendende Summe ganz in Wien umgesetzt wird. Ein erheblicher Teil wird ausserhalb Wiens in Baustoffen investiert. Nach Schätzungen werden 20 Prozent, das sind 18 Millionen S, der Wirtschaft ausserhalb Wiens zugute kommen. Eine annähernde Berechnung des Lohnanteiles ergibt, dass von den 90 Millionen rund 55 Millionen auf Löhne und Gehalte entfallen. Das wird alle jene Wirtschaftskreise interessieren müssen, die ein Interesse an der Kaufkraft der Bevölkerung haben. In Arbeitstage zu 8 Stunden umgerechnet, ergibt das in runden Zahlen 2'5 Millionen Arbeitstage für Bauarbeiter und über 2 Millionen Arbeitstage für die Bauhandwerker.

Noch eine interessante Frage möchte ich kurz beleuchten. Sie erinnern sich, dass ich 1934 den Standpunkt vertreten habe, die Stadtverwaltung müsse sich bemühen, ein Zusammenwirken der öffentlichen Mittel mit dem Privatkapital zu erreichen. Diese fruchtbare Idee wurde im Assanierungsfonds- und Hausreparaturfonds verwirklicht und hat zu ganz neuartigen Einrichtungen der Gemeinschaftsarbeit von Zweigen der städtischen Verwaltung mit Gruppen der Privatwirtschaft geführt. Die erste derartige Einrichtung war die Gasgemeinschaft. Das Ergebnis des Jahres 1934 sah wie ein Versager aus, schon im Jahre 1935 aber wurde der Umsatz auf rund 800.000 und 1937 auf voraussichtlich mehr als 2 Millionen S gesteigert. Sodann bespricht der Bürgermeister die Elektrovereinigung, die bisher einen Umsatz von 1'8 Millionen S erzielte. Nun soll eine dritte Arbeitsgemeinschaft neu geschaffen werden, um die Modernisierung veralteter Klosetts zu fördern. Die bisherigen Versuche haben gezeigt, dass ein sicherer Erfolg zu holen ist, wenn die beteiligten privatwirtschaftlichen Kreise mehr Initiative, mehr Kundenwerbung anzuwenden lernen.

Abschliessend bemerkt der Bürgermeister zum Kapitel Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit, dass die Aufstellung des Programmes aus einer ernsten und gewissenhaften Prüfung des Arbeitsmarktes und dessen Einzelproblemen hervorgegangen ist, um die voraussichtlich erfolgreichsten Verwendungsmöglichkeiten zu ermitteln. Möge das Jahr 1938 unsere Hoffnungen erfüllen!

Zum Kapitel der Familienpolitik übergehend, verwies der Bürgermeister auf die Bemühungen, die Haupteinrichtung der städtischen Familienpolitik, nämlich die Familienasyle, für Religion und Staat, Volk und Vaterland so wichtigen Zweck möglichst restlos dienstbar zu machen. Grosse Sorge bereitete uns die Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Familienerhalter. Im Jahre 1937 ist es uns gelungen, immerhin 385 dieser Familienväter mit einer Saisonarbeit zu versorgen. Damit konnte ihnen wenigstens das lähmende Gefühl, rettungslos und aussichtslos verloren zu sein, genommen werden. (Beifall.) Wir wissen, dass diese Ziffer nur einen ersten Erfolg bedeutet und des Ausbaues bedarf. Daher ist es unser Bestreben, im Jahre 1938 die Beschäftigung der in Betracht kommenden kinderreichen Familienväter wesentlich zu steigern. Leider sind wir fast ausschliesslich auf Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung angewiesen und werden von dem Facharbeitsnachweisen noch zu wenig unterstützt (Zwischenrufe! Leider!) Ich will das nicht als einen Vorwurf vorbringen, doch muss ich die Wahrheit sagen, denn der Erfolg könnte weit grösser sein, wenn es möglich wäre, ein Zusammenwirken aller Behörden zu erreichen (Zustimmung). Auch in dieser Richtung werden wir unsere Bemühungen fortsetzen. Was wir für die Familien in den Asylen brauchen, sind mehr als 800 Arbeitsplätze! Väter kinderreicher Familien werden in diesem Winter - das ist auch eine Neuerung - bei der Zuweisung von Schneearbeit begünstigt werden. Im allgemeinen werden sich meldende Besitzer von Fürsorgebüchern A und

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

B in erster Linie berücksichtigt werden. Durch die Erfahrungen der letzten Schneesaison belehrt, wenden wir nun das bewährte System der Fürsorgebücher an. Hier kommen keine politischen Gesichtspunkte in Betracht, sondern, wer die grössere Bedürftigkeit erleidet, der kommt zunächst dran (Bravo-Rufe). Der Bürgermeister bespricht auch Versuche asozialer Elemente, die in einem Familienasyl beobachtet wurden, und erklärt, dass bei aller Güte auch die erforderliche Autorität angewendet wird. Insassen, die dem Fürsorgepersonal gegenüber ein aggressives Verhalten zeigen sollten, erweisen sich des Aufenthaltes in den Familienasylen als unwürdig. (Lebhafte Zustimmung). Im übrigen werden wir unsere Familienpolitik, wie wir sie bisher betrieben haben, nicht nur fortsetzen, sondern mit der gebotenen Klugheit ein neues Gebiet betreten. Unter der Voraussetzung der erforderlichen Bewegungsfreiheit habe ich die Absicht, den Magistrat zu beauftragen, mit den internen Vorarbeiten zu einer Reform des städtischen Dienstrechtes zu beginnen, um modernen Grundsätzen, vor allem dem der heute überall als notwendig anerkannten Familienpolitik auch im städtischen Dienstrecht Geltung zu verschaffen. (Grosser Beifall). Diese Vorarbeiten werden wohl geraume Zeit brauchen, denn es wird mit der Bundesregierung und schliesslich mit der Angestellten-schaft zu verhandeln sein. Angesichts der heutigen Finanzlage wird die finanzielle Auswirkung zunächst nur bescheiden sein können, der Umbau solcher Grundsätze erscheint aber notwendig, sollte ihre praktische Verwirklichung auch nur etappenweise erfolgen.

Der Bürgermeister verweist auf Anregungen, <sup>die</sup> in der "Reichspost" erschienen waren, jungen Brautpaaren finanzielle Beihilfen usw. zu gewähren, und erklärt, er werde die Magistratsdirektion beauftragen, diese Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit in budgetärer und organisatorischer Hinsicht raschestens zu prüfen. Die Schliessung junger Ehen zu fördern, sei heute eine schöne und dankenswerte Aufgabe der Stadtverwaltung, die dabei zunächst nur an die jungen städtischen Angestellten denkt.

Dann wendet sich der Bürgermeister der Jugendfürsorge zu und sagt: Immer und immer wieder habe ich im Hauhaaltungsausschuss und bei anderen Gelegenheiten die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die bedrohliche Lage unserer schulentlassenen Jugend gelenkt. In der Beurteilung der Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieser Tatsache bestehe keine Meinungsverschiedenheit. Das ist freilich nur ein kleiner Trost; denn sofort steigen die Schwierigkeiten auf, wenn ich mich bemühe, die Erkenntnis praktisch zu verwerten. Grundsätze, die auf dem Papier theoretische Entschliessungen bleiben, haben für Jugend und Vaterland wenig Wert. Mich bedrückt es, zusehen zu müssen, wie die Zahl der berufslosen Jugendlichen Jahr für Jahr wächst. Viele Tausende schulentlassener Jugendlichen haben wenig Aussicht, sich in einem Berufe auszubilden. Da muss ein Weg gefunden werden, um diesen Tausenden zu helfen. (Lebh. Zustimmung). Diese Erscheinung ist freilich keine österreichische Spezialität, sie ist auch in anderen Grosstädten wahrzunehmen. Das hat mit Politik nichts zu tun. Ich denke nicht im Traume daran, das Institut der bewährten Meisterlehre anzulasten. Ich habe aber die ernsteste Besorgnis, dass sehr viele gewerbliche Betriebe sich in ihrem Wesen so verändert haben, dass sie heute die Ausbildung von Lehrlingen nicht mehr zu übernehmen vermögen. Mit Steuerermässigungen allein, wie angeraten worden ist, kann da nicht geholfen werden. Der Bürgermeister erklärt mit Nachdruck: Ich bin bereit, 1938 einen Antrag auf Ermässigung der Fürsorgeabgabe zu stellen, aber nur dann, wenn die Garantie erbracht wird, dass damit auch wirklich prak-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

tischer Nutzen gestiftet würde, das heisst, wenn die Garantie der Unterbringung einer genügend grossen Zahl von Lehrlingen erbracht wird. In der Lehrlingsfrage ist bisher fast kein Fortschritt erzielt worden, das muss man offen einbekennen. Wir müssen also einen Weg suchen und wir werden ihn mit ernstem Willen auch finden. In ihrem eigenen Wirkungskreis hat die Stadt Wien durch Subventionen nach Möglichkeit versucht, für arbeitslose Jugendliche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Mehr als 1 Million S wurde dafür aufgewendet, auf die Dauer werden diese Mittel nicht ausreichen. Sie sind auch nur als eine bittere Not überbrückende Zwischenlösung gedacht, die wirkliche Lösung muss daher bald gefunden werden. Der Bürgermeister erklärt, er habe selbst die Vorschläge zur Lehrlingsfrage, die von Gewerbe, Handel, Industrie, Gewerkschaftsbund und von der Jugend selbst gemacht worden sind, geprüft und daraus die Anregungen, die in dem Bereich der Stadtverwaltung fallen, zusammengestellt; diese werden nun auf ihre Durchführbarkeit mit den Mitteln der Stadtverwaltung geprüft. "Teilen Sie mit mir das Bewusstsein der Verantwortung, die wir, die Generation von heute, vor Volk und Vaterland für die Generation von morgen zu tragen haben", sagt der Bürgermeister, "und helfen Sie mir, einen Weg zu finden, der die Schulentlassenen ins Berufsleben führt, damit sie gute Oesterreicher werden. Alle die vielen Verschönerungen unseres geliebten Wien, alle Erleichterungen des Lebens unseres Volkes, auch die Erweiterungen des Wald- und Wiesengürtels sollen ja nicht nur uns Freude machen, sondern vor allem unseren Kindern, der Jugend von Wien, der Zukunft von Oesterreich, der Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes! (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Rat Ing. Elsinger dankt der Finanzverwaltung für ihre vorsichtige Finanzgebarung und für die grossen Mittel, die sie trotzdem immer wieder und im kommenden Jahre sogar in leicht erhöhter Masse der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellt. Es sei das Wichtigste, Massnahmen zu ergreifen, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit führen. Redner tritt der Ansicht entgegen, dass die Industrie die Aufnahme von Arbeitslosen sabotiere und die Aufträge, die ihr durch die öffentliche Hand zukommen, nur durch Rationalisierung und Überstunden bewältige. Die Überstunden in ganz Oesterreich betragen insgesamt nur 5 Prozent der Arbeitszeit, überschreiten also nicht das gesetzlich zulässige Mass. Der Redner bespricht sodann die Möglichkeiten, der Gesamtindustrie einen entsprechenden Auftrieb auf gesunder Grundlage zu verschaffen. Dies wäre durch Hebung der Kaufkraft im Inneren und durch eine Hebung des Exports möglich. Er erörtert Vorschläge dafür und bittet den Bürgermeister, seinen Einfluss in diesem Sinne geltend zu machen.

Rat Engelbrecht wünscht die Ermässigung der Fürsorgeabgabe im Bankgewerbe von 6 auf 4 Prozent, das die Steuer, die zur Zeit einer guten Konjunktur gerechtfertigt schien, heute nicht mehr ertrage.

Rat Ing. Herrmann begrüsst es, dass im Voranschlag für das Jahr 1938 Vorsorge für eine erhöhte Arbeitsbeschaffung getroffen wurde. Mit Genugtuung stelle er als Vertreter des Baugewerbes und der Technik fest, dass Wünsche dieser Standesgruppe berücksichtigt worden sind, insbesondere durch die Novellierung der Bauordnung und die Schaffung eines Zwischenkreditinstitutes. Es wäre zu wünschen, dass der Bürgermeister zugunsten einer Novellierung des Wohnaufförderungsgesetzes interveniere, weil das Gesetz in der jetzigen Form nicht genügend erscheine.

Rat Simon bespricht die Not des Wiener Taxigewerbes; vielleicht wäre den Kleinunternehmern dadurch zu helfen, dass ihnen der Kreditverein der Zentralsparkassa einen Kredit auf die Dauer von 8 Jahren zuwende und als

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

Sicherstellung sich mit der Lizenz begnüge.

Rat Dr. Trautzl weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung darauf bedacht ist, auch die kulturellen Angelegenheiten zu fördern. Durch die Erhöhung der Post für die Arbeiterbüchereien um 60000 S ist eine überaus wertvolle Leistung geschehen, denn für schwergeplagte oder arbeitslose Mitbürger, die schon am Verzweifeln sind, bedeutet die Lektüre eines guten Buches einen wertvollen Halt für ihr Leben. Des weiteren möchte Redner auf eine Budgetpost aufmerksam machen, die jeden, der die Verhältnisse kennt, mit schwerer Besorgnis erfüllen muss. Es sind die Bezüge der Lehrer um rund 26000 S niedriger angesetzt als im Vorjahre. Das bedeutet nicht, dass die Entlohnung der Lehrer geringer geworden ist, sondern dass die Zahl der Schüler so bedeutend abnimmt, dass eine grössere Anzahl der Lehrkräfte nicht mehr verwendet werden kann. In fünf Jahren werden 750 Klassen weniger notwendig sein und mindestens 600 Lehrer überflüssig werden. Ueberdies wird auch eine grössere Zahl von Schulpersonen und Handwerkern, die an der Schule beschäftigt sind, nicht mehr gebraucht werden. Das Geburtendefizit von 3000 Kindern bedeutet 10.000 Arbeitslose mehr. Alle Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu unterdrücken, sind erfolglos, wenn infolge des Geburtenrückganges neue Arbeitslose entstehen müssen. Wir begrüßen es daher, wenn durch Beihilfen für kinderreiche Familien endlich das Bewusstsein hervorgerufen wird, dass der weitere Geburtenrückgang den Tod des Volkes bedeutet. Die Ursache für den Geburtenrückgang liegt aber nicht nur in der wirtschaftlichen Lage. Dort, wo der Geburtenrückgang am allergrössten ist, dort ist die grösste Wohlhabenheit zu finden. Einzig und allein die Bequemlichkeit vieler Menschen ist schuld daran. In den Mittelschulen ist nicht mehr die Auslese der besten Kinder, heute gibt es ja in den meisten Familien nur ein Kind, das in das Studium hineingezwungen wird. Ich möchte daher die Bitte an den Herrn Bürgermeister richten, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass unsere Jugend in das Berufsleben hineingeführt werde, dass die kinderreichen Familien gefördert werden und dass den jungen Männern die Möglichkeit gegeben werde, eine Familie zu gründen. Damit werden wir der Sorge der Arbeitslosigkeit am besten begegnen.

Die Sitzung wird hierauf in später Nachtstunde abgebrochen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 319

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe

Wien, am 16. Dezember 1937.

## Wiener Berufsfeuerwehr erringt 101 Sportabzeichen.

Der Dienst bei der Feuerwehr ist, wie allgemein bekannt, körperlich sehr anstrengend. Jeder Feuerwehrmann muss daher über ein hohes Mass von Kraft und Ausdauer verfügen, um den vielen und schweren Anforderungen seines Berufes voll entsprechen zu können. Die körperliche Ertüchtigung steht schon mit an der Spitze der allgemeinen Ausbildung eines jeden Feuerwehrmannes und ständige Leibesübungen sorgen dafür, dass sie immer erhalten bleibt. Zu diesem Zweck findet auf allen Feuerwachen ein Dienstturnen statt und in der Freizeit gibt die Sportvereinigung der Berufsfeuerwehr allen Feuerwehrangestellten die Möglichkeit zu reichlicher sportlicher Betätigung auf fast allen Gebieten des Leibesübungen. Die Sportvereinigung verfügt über eine Handballmannschaft, eine Fussballmannschaft sowie über Fachgruppen für Leichtathletik, Schwimmen, Kraftsport, Fechten und dergleichen.

Die Wiener Feuerwehrmänner sind jederzeit der Parole der körperlichen Ertüchtigung im Interesse ihres schweren Dienstes mit Eifer gefolgt. Darüber hinaus haben sie in Erfüllung eines wirklich idealen Sportgeistes aber auch noch die Erwerbung des Oesterreichischen Sport- und Turnzeichens angestrebt. Tatsächlich ist es nun einem Offizier und hundert Mann innerhalb eines halben Jahres gelungen, diese Auszeichnung der Oesterreichischen Sport- und Turnfront zu erwerben. Die erfolgreiche Ablegung der Prüfungen im Laufen, Springen, Schwimmen und Werfen ist ein schlagender Beweis dafür, dass die Wiener Feuerwehr gerade in den für ihren Dienst so wichtigen Sparten vorzüglich ausgebildet ist.

Bürgermeister Richard Schmitz überreichte heute im Rathaus den ausgezeichneten Feuerwehrmännern die Sportabzeichen. Nachdem der städtische Fachreferent für Feuerlöschwesen und Luftschutz Generalmajor d.R. Zar dem Bürgermeister für die allzeitige Förderung der sportlichen Betätigung der Wiener Berufsfeuerwehr gedankt hatte, betonte Bürgermeister Schmitz, dass der Sport im Leben des Menschen eines der Mittel ist, die der Mensch anzuwenden hat, um einen Einklang und Ausgleich seiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte zu erreichen. Dies ist vor allem für den Feuerwehrmann von allergrösster Bedeutung, der in Stunden der Gefahr Geschicklichkeit, Gewandtheit und sonstige Fähigkeiten wie überhaupt die Herrschaft über seinen Körper im Dienste am Gemeinwohl einzusetzen hat. Namens der ausgezeichneten dankte Brandadjunkt Ing. Lurf.

Dem Festakt wohnten Magistratsdirektor Dr. Hiessmansoder, in Vertretung der Turn- und Sportfront/Dr. Proiss und Branddirektor Ing. König bei.

## Spendet für die Winterhilfe!

Morgen, Freitag, und übermorgen, Samstag, wird in Wien eine Strassensammlung der Wiener Winterhilfe durchgeführt.

Um die erforderlichen Geldmittel für diese wichtige Wohlfahrtsaktion aufzubringen, wird die Wiener Bevölkerung eingeladen, sich an der Strassensammlung rege zu beteiligen und sie durch reichliche Spenden zu fördern.

Jeder Spendenbetrag fliesst unmittelbar den Notleidenden unserer Stadt zu.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

320

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Dritte Ausgabe.

Wien, am 16. Dezember 1937.

## Wiener Bürgerschaft

Bericht über die nichtöffentliche Sitzung vom 15. Dezember.

### Errichtung eines Wohnungsnachweises der Stadt Wien.

Die Wiener Bürgerschaft hielt Mittwoch abends eine nicht-öffentliche Sitzung ab, in der unter anderem ein Stadtgesetzentwurf über die Errichtung von Nachweisstellen für Mieträume und die Pflicht zur Ankündigung der zu vermietenden Räume eingebracht wurde. In den Erläuterungen zu diesem für die Wiener Wohnpolitik äusserst bedeutungsvollen Stadtgesetzentwurf heisst es unter anderem:

Veranlasst durch die Häufigkeit der von der Bevölkerung, insbesondere aber von den weniger bemittelten Kreisen immer wieder erhobenen Klagen, dass einerseits auf dem privaten Wohnungsmarkte zahlreiche Wohn- und Geschäftsräume angeblich leer stehen, andererseits aber mangels einer objektiven Uebersicht die Wohnungssuchenden auf grosse Schwierigkeiten stossen, sowie durch die Notwendigkeit, die tatsächliche Lage des Wohnungsmarktes endlich einwandfrei beurteilen können, bewogen, hat die Stadtverwaltung die Erlassung eines Stadtgesetzes über die Errichtung von Nachweisstellen für Mieträume und die Pflicht zur Ankündigung der zu vermietenden Räume ins Auge gefasst. Eine Uebersicht auf dem Wohnungsmarkte ist umso notwendiger, als die Meinungen über den Bedarf an Wohnungen weit auseinander gehen. Bereits im Jahre 1901 wurden durch Gemeinderatsbeschluss vom 27. März 1901 in den Kanzleien der Bezirksvertretungen des IV. und V. Gemeindebezirkos probeweise Wohnungsnachweisämter errichtet, die mit 1. Mai 1901 ins Leben traten. Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 17. Juli 1902 wurden dann auch in den Kanzleien der übrigen Bezirksvertretungen Wohnungsnachweisämter eingeführt. Für die Anmeldung wurde eine Gebühr eingehoben, die nach Jahres- und Monatswohnungen abgestuft war. Die Auskünfte an Mietslustige waren gebührenfrei. Der Nachweis erstreckte sich auch auf Geschäftslokale, die in Bezug auf Gebühren den Wohnungen gleich behandelt wurden. Dieser erste in Wien bestandene Wohnungsnachweis war nur ein freiwilliger (fakultativer).

Im Jahre 1914 wurde in Wien eine Wohnungszählung veranstaltet, die im April 1917 wiederholt wurde. Letztere diente nicht bloss der Vorbereitung des bereits im Jahre 1914 vom damaligen Wiener Gemeinderate beschlossenen obligatorischen Wohnungs- und Geschäftsnachweises, sondern sie sollte auch durch den Vergleich ihrer Ergebnisse mit jenen der unmittelbar vor Kriegsbeginn veranstalteten Zählung die Beurteilung der Frage ermöglichen oder doch erleichtern, welchen Einfluss der Krieg auf das Wohnungswesen in Wien ausgeübt hat.

Auf Grund dieser Zählung wurde, und zwar in einer Millionenstadt zum erstenmale, ein allgemeiner obligatorischer Wohnungsnachweis eingerichtet, dem es nicht in letzter Linie zu danken war, dass bis in das Jahr 1918 hinein trotz des immer knapper gewordenen Wohnungsbestandes das Wohnungsbedürfnis halbwegs befriedigt werden konnte. Die Einführung des obligatorischen Wohnungsnachweises war das Ergebnis des Studiums der Organisation und des Geschäftsbetriebes der besten vorliegenden Einrichtungen in deutschen Städten, woselbst der Wohnungsnachweis öffentlich, das heisst, nicht nur allen Bevölkerungsschichten leicht zugänglich war, sondern auch unter der Autorität der öffentlichen Verwaltung geführt wurde. Er erstreckte sich dort auf alle Wohnungen, war obligatorisch und zentral organisiert.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

*T. Blatt*

Wien, am .....

Vor der Einführung des allgemeinen obligatorischen Wohnungsnachweises war der Magistrat an die Regierung mit der Bitte herangetroten, noch vor Schaffung eines allgemeinen Wohnungsgesetzes die Verpflichtung zur An- und Abmeldung aller gekündigten oder sonst frei werdenden Wohnungen, Geschäftslokale und Werkstätten durch ein besonderes Gesetz festzulegen. Von der Regierung ist aber weder eine Verfügung noch irgendeine Stellungnahme erfolgt. Da jedoch die Erfahrungen des Krieges, noch mehr aber die Vorsorge für die Zeit nach dem Kriege es dringend wünschenswert machte, unabhängig von Regierungsmassnahmen zur Durchführung des im Jahre 1914 vom Gemeinderate beschlossenen allgemeinen Wohnungs- und Geschäftsnachweises zu gelangen, beschloss der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 6. Februar 1917, ohne die von der Regierung seit vielen Jahren in Aussicht gestellte Erlassung des Wohnungsgesetzes abzuwarten, die Errichtung eines Wohnungsnachweises, bei dem auf Grund des Gemeindestatutes die Meldepflicht für leerstehende Wohnungen festgesetzt wurde.

Der Gemeinderat verfügte mit diesem Beschlusse, dass der Wohnungsnachweis als Unterabteilung des städtischen Wohnungsamtes errichtet werde, der Nachweis für die Vermieter hinsichtlich leerstehender Räumlichkeiten zwangsweise (obligatorisch), hinsichtlich gekündigter freiwillig (fakultativ) sowie für Mieter und Vermieter unentgeltlich sei; die Geschäfte des Wohnungsnachweises wurden in einer Zentrale des Wohnungsamtes und in Filialen, als welche die Bezirksstellen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes mitverwendet wurden, geführt. Der Wohnungsnachweis, der auf Grund des erwähnten Beschlusses errichtet wurde, ist am 2. Mai 1917 eröffnet worden. Er hat wenigstens insofern erspriessliche Dienste geleistet, als er es ermöglichte, jeweils mit Klarheit die Lage des Wohnungsmarktes überblicken zu können. Dagegen konnte er mit zunehmender Wohnungsnot immer unzulänglicher seiner zweiten Aufgabe gerecht werden, nämlich, den Mietl<sup>u</sup>stigen entsprechende Wohnungen und den Vermietern dauernde zu vermitteln. Gleichzeitig wurde mit der Einführung des allgemeinen Wohnungsnachweises die Auflassung der eingangs erwähnten, in den Kanzleien der Bezirksvertretungen seit 1901 bestehenden Wohnungsnachweisämter, deren Tätigkeit eine sehr geringe war, verfügt.

Da der Wohnhausbau mit Kriegsbeginn vollständig zum Stillstande gekommen war, ergab sich nach dem Umsturze ein ausserordentlicher Mangel an Wohnungen, der gleich in der ersten Nachkriegszeit hinsichtlich der Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes zu Massnahmen führte, die in dem heftig bekämpften Wohnungsanforderungsgesetze ihre Spitze erreichten.

Freilich wurde dadurch allein die Wohnungsnot nicht behoben. Als nun am 31. Dezember 1925 das Wohnungsanforderungsgesetz ausser Wirksamkeit gesetzt wurde und auf dem Gebiete der Wohnungsvermietung volle Freiheit eintrat, erachtete es die damalige Stadtverwaltung, gestützt auf die in der Zwischenzeit erlassene Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 27. Oktober 1919 für zweckmässig, den bereits im Jahre 1918 eingeführten und in den Nachkriegsjahren infolge ungenügender privater Bautätigkeit und dadurch bedingten Mangels an verfügbaren Wohnungen nicht mehr gehandhabten allgemeinen Wohnungsnachweis wieder einzuführen, um die vermietbaren Wohnungen zu erfassen. Die erwähnte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 27. Oktober 1919 hatte nämlich auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die Landesregierungen ermächtigt, für die Gemeinden der Gebiete, in denen eine empfindliche Wohnungsnot besteht, die Vorschriften der Vollzugsanweisung über den Wohnungsnach-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

weis in Kraft zu setzen. Die Vollzugsanweisung verpflichtete die Landesregierungen, bei Entfall der ausserordentlichen Verhältnisse, ihre Anordnungen ausser Wirksamkeit zu setzen.

Auf Grund dieser Vollzugsanweisung sind mit Kundmachung des Bürgermeisters als Landeshauptmann vom 30. Dezember 1925 Vorschriften für die Errichtung eines Wohnungsnachweises in Wien neuerlich erlassen worden. Auch diese Vorschriften sind in der Folgezeit kaum gehandhabt worden, nicht nur weil die fast gänzliche Unterbindung jeder privaten Wohnbautätigkeit infolge der Erstellung immer neuer Wohnungen durch die Gemeinde ein solches Institut als überflüssig erscheinen liess, sondern wegen der Schwächen der bisherigen Vorschriften, die keine praktische Bedeutung erlangen konnten, da sie weder Wahrheitspflicht, noch entsprechende Strafsanktionen für deren Verletzung festlegten.

Abgesehen davon, dass ein amtlicher obligatorischer Wohnungsnachweis Klarheit auf dem Wohnungsmarkt schaffen soll, ist ein solcher auch aus anderen Gründen sehr zweckmässig. Von den Wohnungssuchenden wird es als grosser Nachteil empfunden, dass ein Nachweis über verfügbare Wohnungen nicht besteht. Es gibt zwar private Wohnungsbüros, die jedoch nicht imstande sind, alle verfügbaren Wohnungen restlos zu erfassen; um den wirtschaftlichen Verkehr auf dem Wohnungsmarkte zu regeln, soll ein allgemeiner amtlicher Wohnungsnachweis eingeführt werden, der die Vermieter (Hausigentümer und Untervermieter) gesetzlich verpflichtet, freiwordende Mietobjekte anzumelden.

Der Gesetzentwurf soll neben diesem Zwecke auch einem anderen dienen und zwar der statistischen Erfassung der Veränderungen auf dem Wohnungsmarkte. Die bestehenden Statistiken sollen auf Grund der für die An- und Abmeldung von Wohnungen im Gesetzentwurf vorgeschriebenen Daten erweitert und so zu einem brauchbaren Behelfe ausgestattet werden.

Ausserdem sollen durch den amtlichen Wohnungsnachweis sämtliche finanziellen Mietbedingungen dem wohnungssuchenden Publikum bekanntgemacht werden. Hat sich doch gezeigt, dass im selben Ausmasse, in dem die Zahl der der Stadt Wien zur Verfügung stehenden Wohnungen abnimmt, die von privaten Hausigentümern unter was immer für einem Titel geforderten Ablösen und Goldzinse steigen.

Obwohl gemäss § 17 Mietengesetz eine Ablöse ungiltig und verboten ist, ist deren Forderung doch eine amtsbekannte Tatsache; die Fälle, in denen für Zimmer-Küche-Wohnungen bis zu 1500 Schilling Ablöse ohne jede Gegenleistung gefordert werden, sind, wie dem Wohnungsamte aus den Angaben seiner Wohnungswerber bekannt ist, nicht gering. Nach der gegenwärtigen Rechtsprechung der Obergerichte sind zwar Vereinbarungen erlaubt, wonach sich der Vermieter und der frühere Mieter Leistungen versprechen lassen, sofern ihnen eine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht, so z.B. eine einmalige Pauschalleistung anstatt des Neuvermietungszuschlages, Abschluss eines Mietvertrages auf längere Dauer, Herstellung in der Wohnung u.s.w. Bei verschiedenen Prozessen hat sich aber gezeigt, dass diese finanziellen Forderungen nichts anderes als reine Ablösen sind, für die oft keinerlei Gegenleistung erbracht wird.

Auch hier soll das neue Gesetz wenigstens indirekt Abhilfe schaffen, da nun jeder Vermieter genauestens anzuführen hat, welche Leistungen von ihm für besondere mit dem Mietvertrag nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehende Forderungen geboten werden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Viertes Blatt.

Wien, am.....

Der Gesetzentwurf sieht als An- und Abmeldestelle die Bezirksverwaltungsbehörde vor. Anzumelden sind alle Wohn- und Geschäftsräume, die aus was immer für einen Grund frei werden. Desgleichen hat ihre Abmeldung zu erfolgen, wenn sie entweder vom Vermieter selbst oder einem Dritten, sei es durch Miete oder aus einem andern Rechtsgrunde, in Benützung genommen worden. Die Anmeldung hat binnen drei Tagen nach Eintritt der Wirksamkeit der Kündigung oder des gerichtlichen Auftrages oder nach Rechtskraft des Urteiles zu erfolgen, in allen anderen Fällen binnen drei Tagen nach der Räumung durch den bisherigen Benützer, bei Räumen, die bisher in Eigenbenützung des Vermieters gestanden sind, binnen drei Tagen nach Veröffentlichung der Absicht, den Raum zu vermieten. Als Abmeldefrist wurde eine Frist von 24 Stunden festgesetzt, um vermietete Wohnungen sofort auscheiden und den Wohnungssuchenden unnötige Wege ersparen zu können. Zur Erleichterung der Vermietung wurde die Bestimmung getroffen, dass bei Wohnungen, die noch vor Ablauf der dreitägigen Anmeldefrist vermietet werden, die An- und Abmeldung zugleich erfolgen kann. Die An- und Abmeldungen müssen schriftlich erstattet werden. Zwecks wirksamer Ausgestaltung des Nachweises wird für die An- und Abmeldungen die Wahrheitspflicht eingeführt. Unrichtige, unvollständige oder unwahre Angaben und Erklärungen werden als Übertretungen dieses Gesetzes bestraft.

Die Anbringung von Ankündigungszetteln <sup>auf den Häusern</sup> für frei werdende und weiter der Vermietung oder Untervermietung zugeführten Bestandsobjekte wird als Verpflichtung festgesetzt. Auf den Ankündigungszetteln sollen auch neben der Angabe, ob das Mietobjekt dem Mietengesetze unterliegt oder nicht, der Mietzins und der Anteil an den Betriebskosten und öffentlichen Abgaben angeführt sein. Bei Untervermietungen werden sich die Angaben auf die Anführung des Monats-Untermietzinses beschränken können.

Auch hier werden unrichtige und unvollständige oder unwahre Angaben mit Strafe bedroht.

Die Bestimmungen des Gesetzes kommen nicht zur Anwendung bei Gebäuden des Bundes, eines Landes, der Stadt Wien oder eines von diesen Körperschaften verwalteten Fonds oder Stiftung, ferner bei Betrieben des Gewerbes der Fremdenbeherbergung bezüglich der zum Geschäftsbetrieb gehörigen Räume, dann auf die von Vereinen für ihre Mitglieder geschaffenen und betriebenen Arbeiter-, Gesellen-, Lodigen- und Erholungsheime, auf Werks- und Dienstwohnungen eines bestimmten Betriebes oder einer bestimmten Anstalt, solange sie ihrem widmungsmässigen Zweck erhalten bleiben, für Räume von Heil- und Pflegeanstalten und endlich auf die Dienstwohnungen der Hausbesorger gemäss der Hausbesorgerordnung.

Die Wiedereinführung eines Wohnungsnachweises soll vor allem dazu dienen, der Bevölkerung bei der Wohnungs- oder Geschäftssuche eine verlässliche Handhabe zu bieten, aber auch den Vermietern Gelegenheit zu geben, der gesamten Öffentlichkeit zur Vermietung in Betracht kommender Mietobjekte mit allen Mietbedingungen zur Kenntnis zu bringen und auf diese Weise den Abschluss von Bestandverträgen zu erleichtern. Gleichzeitig ermöglicht der An- und Abmeldezwang auch eine Erfassung aller freistehenden und künftig frei werdenden Mietobjekte, so dass einmal Klarheit geschaffen wird, wieviele Mietobjekte jeweils in Wien leer stehen, wieviele innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes frei und wieviele wieder vermietet oder nicht mehr der Vermietung zugeführt wurden. Man kann auf diese Weise somit alle Veränderungen auf dem Wiener Wohnungsmarkte genau festhalten und daraus wertvolle Schlüsse für eine weitere Regelung und Verbesserung des Wiener Wohnungswesens ziehen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

321

Wien, am 17. Dezember 1937

## Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft

Bericht über die Sitzung vom 16. Dezember 1937.

In Fortsetzung der Generaldebatte in der Budgetberatung stellte Rat Reher die Bitte, dass gleich am Beginn der neuen Bausaison ein grosser Teil der Arbeiterschaft in den Produktionsprozess eingebaut werde. Es sei bedauerlich, dass die Arbeitsbeschaffung der Bundesregierung im Wiener Bereich so wenig fühlbar sei. In den Bundesländern sei von der Arbeitslosigkeit doch weniger zu spüren. Er bitte daher den Bürgermeister auf diese Bedenken, die auch in der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen, Rücksicht zu nehmen. Bezüglich des Fürsorgebudgets kann gesagt werden, dass der Fürsorgebetrieb um ein Vielfaches besser geworden ist. Namentlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Wir danken dem Herrn Bürgermeister, dass er sich der Jugend so angenommen hat. Die Leistungen der "Jugend in Not" und "Jugend in Arbeit" sind sehr erfolgreich, denn es kommt nicht darauf an, dass der Mensch irgendein warmes Heim und eine Jause bekommt, sondern dass <sup>auch</sup> die geistige und seelische Obdachlosigkeit eingedemmt werde. Sodann sprach Redner über das Problem der Lehrlings- und Jugendfrage über das man nicht mit Konferenzen und Besprechungen hinwegkommt, sondern nur durch entsprechende Leistungen. Es sind noch zu wenig ernste Bemühungen vorhanden, um die Jugend in den Arbeitsprozess einzubauen. Man hat zu wenig Mut aufgebracht gewisse Dinge zu tun, auch wenn sie unpopulär sind. Wenn wir uns heute bemühen, die Situation für die Jugend zu meistern, dann ist auch die politische Situation des neuen Oesterreich sichergestellt. Die Mehreinstellungen in den letzten Jahren stehen in keinem Verhältnis zur nachwachsenden Jugend, die nach einem Lehrplatz lechzt. Wir lehnen als junge Menschen den Vorwurf ab, dass wir nicht arbeiten wollen. Wir müssen für die Jugend, die nach Absolvierung ihrer Lehrzeit keine Möglichkeit hat in den Arbeitsprozess einzutreten, nicht nur Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst geben, sondern wir wünschen und bitten darum, dass man Einrichtungen schafft, die den jungen Menschen für seinen Beruf erziehen. Wir müssen eine gewisse Jugendfeindlichkeit feststellen, es gibt eine Reihe von Branchen, wo Jugend ohne Gefährdung für die Alten eingestellt werden könnte. Es kommt vor, dass als Lehrgeld tausend bis zweitausend Schilling verlangt werden. Das empfinden wir nicht als neu österreichische und die Volksgemeinschaft fördernd, sondern als <sup>unzulässige</sup> Härte. Leider gibt es Berufsgruppen, die sich um die Einstellung von Lehrlingen gar nicht bemühen, sondern einfach Hilfsarbeiter beschäftigen. In Anbetracht dieser Tatsachen müsste man darüber nachdenken, ob es nicht möglich wäre in aufnahmefähigen Berufsgruppen eine gewisse Zwangseinstellung vorzunehmen und Betriebe, die das ablehnen, zu besteuern. Namens der jungen Arbeiter Wiens bittet der Redner schliesslich die Bürgerschaft, verantwortungsbewusst an die Lösung dieses brennenden Problems zu schreiten.

Frau Rat Strechmayer sagt, die Berufsnot der schulentlassenen Jugend schliesst auch seelische Not in sich und daran hat die weibliche Jugend ein ziemlich grosses Mass beizutragen. Dem Bürgermeister ist für bisher getroffenen Hilfsmassnahmen zu danken und man dürfe sich freuen, dass auch die private Initiative sich um Abhilfe bemüht. Bei diesen Hilfswerken dürfe man aber nicht stehen bleiben, sondern es muss das Augenmerk der Berufsfürsorge gewidmet werden. Wir teilen mit dem Herrn Bürgermeister ~~den~~ Standpunkt, dass ein Weg gefunden werde, seinem grossen Optimismus, dass dieser Weg sehr bald gefunden sein wird, wenn wir

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweites Blatt.

Wien, am \_\_\_\_\_

uns mit Ernst dieser Frage widmen. Berufsschulen zu erhalten und zu fördern ist eine sehr dankenswerte Aufgabe. Rednerin weist auf die Notwendigkeit einer öffentlichen Hausgehilfenschule hin. Die ohnehinbereite Jugend setze ihre Hoffnung auf die Schaffung eines Familienlohns, der katholischer Auffassung über Familie und Kindererziehung entspricht. Mit der Widmung von Weihnachtsgaben für kinderreiche Familien städtischer Angestellter ist der Bürgermeister hier beispielgebend in der praktischen Ausführung dieses Gedankens vorangeschritten. Unsere Jugend stehe hinter dieser Sozialpolitik des Bürgermeisters. Schliesslich bittet die Rednerin bei Besetzung freier Stellen auch nicht der weiblichen Kräfte zu vergessen, denn bei aller Familienpolitik dürfe man nicht ausser Acht lassen, dass auch die ledige Frau ein Anrecht auf Erwerb habe.

Rat Knellinger bringt die Wünsche der Wiener Handelsangestellten als deren Vertreter zum Ausdruck. Bei der Einstellung von Lehrlingen

sei die sorgfältige Auswahl bei der Zulassung zum Beruf, die Benützung der Lehrstellenvermittlung und eine wirklich berufsmässige Ausbildung <sup>notwendig und unerlässlich.</sup> Die Gewerkschaft der Handelsangestellten vertritt die Auffassung, dass alle diese Fragen, **so weit möglich**, durch Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Geiste einer gerechten Lohnpolitik behandelt werden müssen. Bei Besprechung der Sonn- und Feiertagsruhe erklärt der Redner, es müsse das Ziel der vollständigen Sonn- und Feiertagsruhe erreicht werden, alle Versuche, die Sonntagsruhe in Wien zu umgehen, sind entschieden abzulehnen. Auf die Ereignisse am Leopolditag hinweisend, erklärt er, dass diese eines katholischen Staates nicht würdig seien und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass diese Unsicherheiten und Unklarheiten endlich beseitigt und im nächsten Jahr eine der Tradition entsprechende Lösung gefunden sein werde.

Die Handelsangestellten haben den ernstesten Willen, <sup>in</sup> ihren Unternehmen nicht nur Verantwortungsbewusste Kaufleute zu sein, sondern sie auch zu fördern, sie sind unbedingte Anhänger des sozialen Friedens, dazu gehören aber auch Gleichberechtigung, weshalb sie in ihrem Berufsstande ehestens die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit erwarten.

Rat Kastl bespricht mit Worten höchster Anerkennung vom Standpunkt der Sorge um die jüngere Generation aus die Personalpolitik der Stadtverwaltung, die von dem systematischen Bestreben geleitet wird, im Rahmen des möglichen Jahr für Jahr viele neue Kräfte einzustellen. Die Stadt Wien geht hier allen anderen Faktoren öffentlichen ~~und~~ wie privaten Charakters mit gutem Beispiel voran. Von allen Menschen, die in den Dienst der Stadt Wien treten ist ein vorbehaltloses Bekenntnis zu Oesterreich <sup>des Dienstrechtes im Sinne</sup> notwendig. Die Reform / der Familienpolitik verlangt, sehr schwierige und umfangreiche Vorarbeiten, <sup>aber,</sup> die Verantwortlichen / die hierfür eingreifen und den Weg zu diesem mutigen Vorhaben ebnen, um, wie der Herr Bürgermeister, mit unbegreiflichem Willen Taten zu setzen, verdienen den Dank der Jugend und <sup>des Vaterlandes.</sup> (Beifall). Der Redner

befasst sich sodann mit der Wohnungsfrage und mit dem in Vorbereitung stehenden Stadtgesetz über den Wohnungsnachweis und tritt für eine alle Teile befriedigende Lösung der Wiener Wohnungsfrage ein. Er wendet sich gegen die vielfach noch <sup>vorkommende</sup> unrichtmässige Ablöswirtschaft und stellt fest, dass die Arbeitsbeschaffung der Stadtverwaltung, vor allem auch die Förderung der Hochbautätigkeit im Interesse der Schaffung von Wohnraum für die minderbemittelte Bevölkerung <sup>gelegen ist.</sup> Zum Schluss dankt der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Drittes Blatt.

Wien, am \_\_\_\_\_

Redner dem Bürgermeister für dessen hervorragende Initiative bezüglich der Uebernahme des Praters, der Erwerbung der Unteren Lobau und des Lainzer Tiergarten, um den Wald- und Wiesengürtel zu sichern und zu erweitern, eine Glanzleistung, die mit dem Namen des Bürgermeisters in der Geschichte Wien für alle Zeiten untrennbar verbunden sein wird. (Beifall). Der Redner erwartet eine baldigste ~~und~~ endgültige Regelung der Feiertagsfrage, die dem Empfinden der katholischen Bevölkerung Wiens und den christlichen Grundsätzen besser entsprechen soll, als der jetzige Zustand. (Beifall).

Rat Gurschner spricht zu dem Thema Kunstförderung und bittet den Bürgermeister, die in das Budget eingesetzte Summe von 100.000 Schilling ~~erhöhen~~ <sup>erhöhen</sup> zu erhöhen. Man dürfe nicht vergessen, es sind nicht nur die Künstler, denen dies zugute kommt, es kommt dadurch eine Summe von Menschen zur Arbeit, die heute nichts zu tun haben und ihren Beruf eigentlich verlornen. Die Künstler stehen heute, wo alle Menschen organisiert sind, allein da und es ist höchste Zeit, dass da geholfen werde. Alles schaut nur ~~auf~~ <sup>auf</sup> das Rathaus. Wir sind als Künstler bestrebt, auch in anderer Hinsicht für die Interessen einzutreten, die wir in einem Kulturstaat zu erfüllen haben und ich bin sicher, dass Wien, wenn die Künstler wieder zu tun haben, wieder das sein wird, was es vor dem Kriege war, eine Stätte der Kunst in unserem schönen Oesterreich.

Vizebürgermeister Lahr, der den Vorsitz führt, ergreift zu diesem Gegenstand das Wort und sagt, die Geschmacksbildung ~~fordert~~ <sup>fordert</sup> die Betätigung in der Kunst.

~~Er möchte daher~~ <sup>auch</sup> Er möchte daher <sup>auch</sup> an Gewerbe und Industrie die Bitte richten, die Künstler wieder zur Mitarbeit heranzuziehen, es ist nur zu ihrem Vorteil.

Rat Nathschläger befasst sich mit der ~~Lage~~ <sup>Lage</sup> der Arbeiter des ~~städtischen~~ <sup>städtischen</sup> Ziegelwerkes, das im X. Bezirk an der Stadtgrenze gelegen ist. Das Werk war von 1924 bis 1933 mit einem maximalen Jahreskapazität von 14 Millionen Ziegeln in Betrieb, musste jedoch im Zuge der wirtschaftlich Depression und infolge des Sinkens der Bautätigkeit stillgelegt werden. Dadurch sind jetzt die 180 Arbeiter, mit Familien und Kindern ein Kreis von etwa 600 Personen von der Arbeitslosigkeit betroffen. Da inzwischen die Verhältnisse auf dem ~~Ziegelmarkt~~ <sup>Ziegelmarkt</sup> sich gebessert haben und infolge ~~erhöhter~~ <sup>erhöhter</sup> Bautätigkeit ~~vielleicht~~ <sup>sogar</sup> eine weitere Steigerung des Ziegelabsatzes zu erhoffen ist, bittet der Redner die Frage einer Wiederinbetriebsetzung des ~~Ziegelwerkes~~ <sup>Ziegelwerkes</sup>,

~~zu überprüfen~~ <sup>zu überprüfen</sup>, und auch bis dahin die betroffenen Familien in Bezug auf ~~Tracht~~ <sup>Tracht</sup> und Winterhilfe in Betracht zu ziehen. (Beifall).

Rat Dr. Herbert bespricht namens des Handels eine ~~vorschärfte~~ <sup>vorschärfte</sup> Praxis bei der Einhebung der Reklamo- und Luftsteuer für Plakate, Portalen und Schilder, die einer Erschwerung der Anbringung von neuen Portalen und der Ausgestaltung bestehender Portalen bedeutet. Der Redner verlangt, dass bei den Elektro- und Gasvereinigungen auch der Handel gleichermassen wie das Gewerbe berücksichtigt werde. Die Wiener Buchkaufmannschaft ist der grösste private Schulerhalter Europas mit etwa über 10.000 Schülern in ihren Schulen, für die sie jährlich 2.6 Millionen Schilling eigene Gelder verwendet.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Vierte Blatt.

Wien, am .....

Rat Ing. Gross erörtert die Bodenwertabgabe von  
verbauten Grund.

und bespricht die Lehrlingsfrage. im  
Baugewerbe das Halten von Lehrlingen wegen der damit verbundenen grossen  
Lasten fast unmöglich.

Die Sorge des Bürgermeisters für  
die Belebung der Hochbautätigkeit wird mit grossem Dank entgegengenommen.  
Zur Zeit der Arbeitslosigkeit mögen grosse Baumaschinen ausgeschaltet wer-  
dend damit mehr Arbeiter beschäftigung finden, zumal durch diese Maschinen  
sechsmal so viel Arbeitskräfte erspart werden. Schliesslich bespricht  
der Red-  
ner die vom <sup>Bürgermeister erwähnte</sup> Bewilligung von Ehostandsdarlehen und Kinderzulagen  
an junge Ehepaare im zustimmenden Sinne.

Rat Bauer begrüsst die Belebung des Fremdenverkehrs, leider  
hätten sich gewisse Auswüchse eingenistet, hauptsächlich in der Richtung,  
dass in Wien Fremdenverkehrsbetriebe ohne Konzession geführt werden, de-  
ren Inhaber Kredite auftreiben und dann mit einigen hunderttausend Schilling  
Schulden zugrunde gehen. Redner nennt den Leiter eines solchen Betriebes  
Chaim Ritter, der zwei solcher Betriebe geführt und damit Pleite gemacht  
hat. Hier müsste gründlich Wandel geschaffen werden. (Lobhafte Zustimmung).  
Es ist Hr. Kresse zu danken, dass er eine sehr reinliche Scheidung zwischen  
anständigen und unanständigen Betrieben gemacht hat. Redner bespricht  
sodann die Frage der Trinkgeldablöse im Gastgewerbe und gibt der Hoffnung  
Ausdruck, dass auch in dieser Frage eine günstige Lösung gefunden werden  
kann.

Sicherlich hat  
Rat Schneider: es uns alle tief ergriffen, wie  
unser Herr Bürgermeister einen energischen Appell an die Öffentlichkeit  
gerichtet hat, endlich für die arbeitslose Jugend eine Tat zu setzen. Ge-  
sprochen ist schon viel worden, geklagt noch mehr, mancher Weg wurde ge-  
wiesen, aber praktisch ist noch keine wirkliche Tat gesetzt worden,  
die einen Fortschritt bedeuten würde. Es ist nun keine Zeit mehr zu ver-  
lieren, im Interesse des Rufes Oesterreichs, denn es ist geradezu ein  
Schandfleck für unser Oesterreich, dass wir in dieser Frage noch nicht  
viel weiter gekommen sind. Die Stadtverwaltung allein ist nicht im-  
stande da wirklich vorwärts zu kommen, sie hat getan, was sie konnte. Daher  
anderer  
alle in Betracht kommenden verantwortlichen Faktoren. Ich glaube in dieser  
ze Bürgerschaft wie ein Mann hinter dem Bürger-  
meister

Wenn unsere Gesellschaftsordnung berufständisch aufgebaut ist,  
dann muss der Meister wie der Unternehmer und der Geselle ein Interesse  
daran haben, dass die Jugend nicht verloren geht. Was die Familien-  
gründung anbelangt, hat der Bürgermeister schon Taten gesetzt und neue  
angekündigt, damit  
/ in der Wiener Gemeindeverwaltung die Jungen die den  
Sinn für Familie und Kinder haben, ohne allzugrosse Sorgen an Ehe und Familie denken können.  
Herr Bürgermeister wird es schon durchsetzen und wir danken ihm dafür. Wie schön  
wäre es, wenn auch die/Wirtschaft diesem Beispiel folgen würde!

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

Rat Grabner spricht zur Frage des Familienschutzes und sagt, dass erst durch die Schaffung des eigenen Familienreferates im Wohlfahrtsamte und durch die Errichtung der Familienasyle eine praktische Familienpolitik durch die Stadt Wien ins Leben gerufen wurde. Die Tatsache, dass der Bürgermeister die Stelle des Obmannes des Verbandes "Familienschutz" übernommen hat, lässt hoffen, dass auf diesem Gebiete weiterhin Positives geleistet wird. Der Bürgermeister ist hinsichtlich der Familienpolitik auch gegenüber den Angestellten der Stadt Wien vorangegangen, und es wäre nur zu wünschen, dass auch die anderen Körperchaften öffentlichen Rechtes, insbesondere der Bund, diesem Beispiele folgen.

Rat Diestler schliesst sich namens des Berufsstandes des Handels dem Dank an den Bürgermeister für seine hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Dass sich die Budgetpost für die Bekämpfung des Notstandes von Jahr zu Jahr vergrössere, sei nicht erfreulich, weil dies ein Spiegelbild der Wirtschaftslage sei, von der der Handel am meisten betroffen werde. Es sei begreiflich, dass es solange keine Blüte des Handels gäbe, als breite Massen der Bevölkerung arbeitslos seien. Man müsse also alles vornehmen, um entsprechende Erfolge im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit zu erzielen. Dabei sollen vor allem auch Kleingewerbetreibende und Kleinhandeltreibende berücksichtigt werden, damit diese Kreise nicht auch noch der Fürsorge anheimfallen. Rodner wendet sich dann gegen verschiedene Einrichtungen, zum Beispiel gegen den Kollektiveinkauf, und meint, dass solche Einrichtungen im Interesse des ganzen Volkes unterbleiben sollten.

Die Verhandlungen werden um Mitternacht abgebrochen.

-----

## Autobusverkehr am Goldenen Sonntag.

Am Goldenen Sonntag verkehren von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die Autobuslinien Schottentor-Stephansplatz-Weisskirchnerstrasse, Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenplatz und Belaria-Stephansplatz-Börse. In den Nachmittagsstunden wird die Linie Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenplatz durch die Sonntagslinie Hietzing-Stephansplatz-Praterstern ersetzt.

Auf den übrigen Tag-Autobuslinien ist mit Ausnahme der Linien nach Salmansdorf, auf den Kahlenberg und zum Döblinger Friedhof der Verkehr eingestellt.

-----

## Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 16. d. ausgegebene 17. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1937, enthält die Verordnung des Bürgermeisters vom 14. d. über die Sonntagsruhe im Kleinhandelsgewerbe am 19. Dezember 1937 und die Verordnung des Bürgermeisters vom 14. d. über die Sperrstunde im Gast- und Schankgewerbe am 24. Dezember (Heiliger Abend).

-----

## Die Strassenbahn-Vorverkaufsstellen während der Weihnachtsfeiertage.

Die Strassenbahn-Vorverkaufsstellen sind am Goldenen Sonntag von 8 Uhr bis 14 Uhr und am Freitag, den 24. Dezember, wie an Samstagen geöffnet. Hingegen sind sie am Samstag, den 25. Dezember, und am Sonntag, den 26. Dezember, geschlossen.

Der Verkauf der Fahrscheine in Weihnachtspackung hat bereits begonnen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 322  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe.

Wien, am 17. Dezember 1937.

## Wiener Bürgerschaft

Bericht über die nichtöffentliche Sitzung vom 16. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft hielt Donnerstag unter dem Vorsitz der Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse auch eine nichtöffentliche Sitzung ab, in der eine Reihe von wichtigen Anträgen und Gesetzentwürfen genehmigt wurde.

Bürgermeister Richard Schmitz unterbreitete dem Haus zunächst die für die Erwerbung des Praters, der Lobau und des Lainzer Tiergartens erforderlichen Anträge, wobei er unter anderem ausführte, dass er die Verhandlungen, die nunmehr abgeschlossen sind, zum Teil schon vor mehr als zwei Jahren begonnen habe. Seit langem war es nicht nur seine persönliche, sondern auch die Sorge der Wiener Bürgerschaft und der gesamten Bevölkerung, wie die schweren Einbussen, die der Wald- und Wiesengürtel in der Nachkriegszeit durch Abholzung und Anlage von wilden Siedlungen erlitten hat, wieder gut gemacht werden könnten. Die Stadtverwaltung hat wohl durch die Novellierung der Bauordnung weiteren Verheerungen einen Riegel vorgeschoben, doch das bedeutet leider keinen Ersatz für die vielen Schäden. Daher hat der Bürgermeister jede sich fühlende Gelegenheit benützt, um Prater, dann auch Tiergarten und Lobau für Wien zu gewinnen. Der Prater gehörte bis jetzt teils dem Bund, teils der Stadt Wien und unterstand schon zwei Verwaltungen. Da sich jede Doppelverwaltung ungünstig auswirkt, musste es mein Bestreben sein, den ganzen Prater in das Eigentum oder wenigstens in die Eigenverwaltung der Stadt Wien zu bringen. Mit der Beendigung des Kriegsgeschädigtenfonds ergab sich der Übergang der beiden anderen Güter an Wien wie von selbst.

Der Bürgermeister erörtert sodann eingehend die mit dem Besitzwechsel zusammenhängenden Vertragsbestimmungen, über die bereits ausführlich berichtet wurde. Hinsichtlich der Aufwendungen, die der Prater erfordern wird, erklärt der Bürgermeister, dass diese sehr umfangreicher Art sein werden. Er kündigte bereits für die allernächste Zeit die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes für das zu schaffende Ausstellungs- und Messogelände an, wobei er hervorhob, dass die Raumbedürfnisse der für Wien und Oesterreich so wichtigen Messe innerhalb des Ausstellungsgeländes als dessen Kernstück Befriedigung finden müssen. Trotz der grossen technischen Schwierigkeiten, die einer raschen Lösung entgegenstehen, werde er alles aufbieten, um die Ersatzräume, die die Messe für die Rotunde benötige, so rasch als überhaupt möglich zu sichern. Der Plan des Ausstellungsgeländes aber wird Wien in Zukunft wirtschaftliche Möglichkeiten bringen, die bisher nicht zugänglich waren und auf die wir nicht verzichten dürfen. Der Bau zeitgemässer Ausstellungs- und Messegebäude erfordert selbstverständlich sehr beträchtliche Summen, weshalb nichts überstürzt werden dürfe und alles gut überlegt werden müsse.

Bezüglich des Volkspraters erklärte der Bürgermeister, dass die Stadtverwaltung auch hier vor einer Fülle von Aufgaben steht. Sobald die Strassendecke der Hauptallee instandgesetzt sein wird, wird das Verbot des Befahrens der Hauptallee fallen, um auch auf diese Weise den Prater dem Grosstadtverkehr anzuschliessen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Nach weiteren aufklärenden Bemerkungen über die Lobau und den Lainzer Tiergarten schloss der Bürgermeister seine Ausführungen mit den Worten: "Ich hege die frohe Zuversicht, dass die Wiener Bürgerschaft durch die Annahme der vorliegenden Anträge der Stadt Wien und ihrer gesamten Bevölkerung für unabschbare Zeit hinaus ein unvergängliches Verdienst erweisen wird." (Stürmischer Beifall).

Hierauf referierten der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa über die ebenfalls schon mitgeteilte Aenderung verschiedener Abgabengesetze, die zum Teil die Verlängerung von bisher gewährten Abgabenermächtigungen und Begünstigungen beinhalten, Rat Ing. Herrmann über den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Frist für die Befreiung von Anliegerbeiträgen, Senatsrat Dr. Schindler über zwei das Personalwesen betreffende Stadtgesetzentwürfe, Rat Prof. Dr. Donk über den Stadtgesetzentwurf betreffend den Schutz des keimenden Lebens, Rat Dr. Strobl über den Stadtgesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Wohnungsnachweises in Wien und Rat Dr. Foglar-Deinhardstein über den Antrag, zur Förderung der Errichtung und Führung der katholischen Universität in Salzburg eine jährliche Beitragsleistung im Betrage von 20.000 Schilling zu bewilligen.

Die Anträge und Gesetzentwürfe wurden genehmigt und sodann die Gesetzesvorlagen in öffentlicher Sitzung widerspruchslos zum Beschluss erhoben.

-----

## Oesterreichisches Schrifttum von heute.

Die vom Wiener Volksbildungswerk herausgegebenen "Wiener Bücherbriefe" bringen soeben eine Sonderfolge über das "Oesterreichische Schrifttum von heute" heraus. In diesem Heft sind die Werke von 59 repräsentativen österreichischen Schriftstellern vom volksbildnerischen Standpunkte aus gewürdigt. Daneben geben zwei Sammelbesprechungen Auskunft über den österreichischen Kriegsroman und die österreichische Lyrik. Das Heft ist zum Preise von 30 Groschen vom Volksbildungsamt der Stadt Wien, 8., Schmidtgasse 18, Fernruf A 25-0-52 und A 25-0-53, zu beziehen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

323

Wien, am 17. Dezember 1937.

## Wiener Bürgerschaft.

Bericht über die Sitzung vom 17. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute in öffentlicher Sitzung die Budgetberatung fort.

Als nächster Redner in der Generaldebatte, die zugleich Spezialdebatte über das Kapitel "Finanzamt" ist, beschäftigt sich Rat Nedomansky mit der Lage des Wiener Hotelgewerbes und verweist darauf, dass Wien als Fremdenverkehrsstadt infolge der Abwertungsmaßnahmen zahlreicher Staaten und des schweren Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Städten in eine Defensivstellung gedrängt worden sei, die besondere Massnahmen zur Wiederbelebung des Fremdenverkehrs erfordere. Der Redner begrüsst die Erneuerung des Investitionsbegünstigungsgesetzes bezüglich der Fremdenzimmerabgabe, wofür das Hotelgewerbe wie auch alle mit der Hotellerie zusammenhängenden Gewerbe der Stadtverwaltung besonders dankbar sind. Der Redner befasst sich dann ausführlich mit der Fremdenzimmerabgabe.

und kommt dann auf das Vergnügungsleben von Wien zu sprechen. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass das Badner Spielkasino dem Wiener Vergnügungsgewerbe sehr abträglich ist. Ferners gibt er die Anregung, dass zur Zeit der Messe- und Festwochen die Stadt Wien durch allgemeine Beflaggung ein festlicheres Bild zeigen möge, <sup>damit</sup> die Fremden sehen, dass sie in Wien herzlich empfangen werden. Die Stadt Wien ist bemüht, dem Fremdenverkehr zu dienen, ich will hier nur die Höhenstrasse und die Wientalstrasse hervorheben. Weiters beschäftigt sich der Redner mit der Ankündigungsabgabe und

ersucht die Finanzverwaltung, die Fremdenzimmerabgabe und die Ankündigungsabgabe einer Prüfung zu unterziehen.

Rat Rauch beschäftigt sich mit der Marktamtskontrolle und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass nicht wegen jeder Lapalie eine Anzeige erstattet werde, die zu einer bezirksgerichtlichen Bestrafung des Angezeigten führt. Er regt an, in solchen Fällen eine schriftliche Verwarnung durch das Marktamtsorgan vornehmen zu lassen, die von der Partei rückbestätigt wird. Zur Familiengründung sei nur eines zu sagen: Wenn man den jungen Leuten keine Mittel gibt, können sie auch keine Familien gründen. Aeltere Beamte erklären, dass ihnen in ihrer Jugend sehr geholfen gewesen wäre, wenn sie nur einen Teil ihres Endgehaltes damals gehabt hätten. (Lebhafte Zustimmung).

Rat Petravic beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Problemen, die von allen anderen Problemen zu setzen sind. Träger der Wirtschaft ist das private Unternehmertum. Alle Massnahmen zur Abhilfe der Wirtschaftsnot müssen von diesem Grundgedanken ausgehen. Dazu gehören eine vernünftige Lohnpolitik, Ausschaltung aller Zwangsmassnahmen, die die Unternehmerschaft binden, denn dadurch werde die Sicherheit der Kalkulation untergraben, weiter Unterbindung unlauteren Wettbewerbes und Anerkennung des Leistungsprinzips, sofern es sich nicht zum Nachteil und Schaden der Gesamtheit auswirkt. Hier können Berufsständische Organisationen erzieherisch eingreifen. Betriebsfremde Eingriffe sind auszuschalten, dem Unternehmer dürfe keine Verantwortung aufgelastet werden, auf die er nicht Einfluss zu nehmen vermag und die ihn in seiner weiteren Tätigkeit wesentlich hemmen könnte. Es sei ungerecht, den Unternehmer dafür zu strafen, wenn eine Anzahl seiner Mitarbeiter nicht der Gewerkschaft angehört, wo er gar keine Möglichkeit hat, sie dazu zu verhalten. Das wirtschaftliche Prinzip muss in allen Zweigen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

zum Durchbruch kommen, eine Entbürokratisierung in der Verwaltung der Berufsstände ~~muss~~ eintreten. Der Wirtschaft müssten zur Behebung des drückenden Kapitalmangels Betriebskredite zur Verfügung gestellt werden. Die Vergabung öffentlicher Arbeiten durch den Staat und die Stadt soll nicht eine reine geschäftliche Angelegenheit sein, hierbei sind auch volkswirtschaftliche Erwägungen zu berücksichtigen. Redner erklärt die Forcierung auf Einhaltung bestehender Kollektivverträge für durchaus gerechtfertigt, doch sei es unrichtig, wenn verlangt wird, dass öffentliche Aufträge nur an solche Firmen erteilt werden, <sup>bei denen</sup> ~~damit~~ ein Kollektivvertrag besteht. Unzweckmässig und verfehlt und wirtschaftshemmend sei es, auch durch bestimmte Massnahmen den Kapitalsertrag zu verringern. Hier müsse manches Unrecht der Vergangenheit gut gemacht werden.

Rat Rechberger spricht sich gegen die Meinung aus, dass heute nicht genügend Sicherheiten für die wirtschaftliche Kalkulation gegeben seien. Wir haben eine viel zu lange Zeit der uneingeschränkten wirtschaftlichen Freiheit hinter uns, die in der ganzen Welt dazu geführt hat, dass so viele Millionen Menschen brotlos und arbeitslos sind. Es ist nicht gut, wenn man glaubt, wegen der Sicherheit der Kalkulation heute auf einmal von der Feiertagsbezahlung nicht mehr reden zu sollen. Ich bin der Meinung, dass diese Frage, mit einigem gutem Willen betrachtet, sicherlich kein solches Mass von Belastung bedeutet, dass die wirtschaftliche Kalkulation dadurch erschüttert werden sollte. Redner spricht sodann von der rücksichtslosen Rationalisierung und hält die Behauptung für berechtigt, dass mehr Sympathie und Verständnis für die Einstellung der menschlichen Arbeitskräfte in den Betrieben aufgewendet werden sollen. Für den Handel gibt es keine andere Rettung, als dass wieder die menschliche Arbeitskraft in den Produktionsprozess eingeschaltet werde. Schliesslich spricht sich Redner für die allgemeine Einführung der Kollektivverträge aus, denn die Sicherheit des Lohnempfanges verbürgt auch die Sicherheit des Konsums.

Rat Ing. Dommer befasst sich mit Problemen der Wirtschaft, die das primäre ist. Wenn wir in Oesterreich die wirtschaftlichen Fragen lösen ~~oder~~ bessern können, so werden wir auch in allen anderen, so auch in innerpolitischen Fragen, Vorteile haben. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Arbeiterschaft, die in erster Linie eine Sicherung ihrer Existenz, d.h. Arbeit und Verdienst erwartet. Unsere grosse Sorge und Aufgabe muss es sein, hier zu helfen und Arbeit zu schaffen. Wir müssen alles vermeiden, was der Wirtschaft unnütze Belastungen oder Erschwerungen bringen würde, da hiedurch nur die Arbeitslosigkeit steigen müsste. Was dem Arbeiter rechtmässig zukommt, muss ihm gegeben werden, da, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, Oesterreich der sozialste Staat bleiben will. Zur Frage der Rationalisierung erklärt der Redner namens der österreichischen Industrie, dass diese nicht daran denke, nur auch blinder Profitgier <sup>wegen</sup> zu rationalisieren oder nur um die Arbeiter auszubeuten, sondern es handle sich darum, rückständiger Verhältnisse im Maschinen, Einrichtungen und Organisationsfragen zu bessern, um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie ~~na~~ dadurch auch die Sicherung der Arbeitsplätze zu erhalten. Schliesslich befasst sich der Redner mit der Feiertagsfrage vom Gesichtspunkte der Bezahlung, den Kollektivverträgen und der Lehrlings- und Jugendfrage.

Die Sitzung dauert fort.

Nächster Bericht morgen, Samstag.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

324

Wien, am 18. Dezember 1937.

## Wiener Bürgerschaft

Bericht über die Sitzung (Fortsetzung) vom 17. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte Freitag abends in öffentlicher Sitzung die Budgetberatung fort.

In der Generaldebatte spricht als nächster Redner RatDr. Ehrlich, der seiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck gibt, dass die Finanzen unserer Stadt sich in gesunder Lage befinden, dass die Stadtverwaltung sich nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lässt, dass auf dem Gebiete der konstruktiven Arbeitsbeschaffung so viel als nur möglich geleistet wurde und dass die Stadtverwaltung sich in ruhigen und gesunden Bahnen bewegt. Alles, was in Wien, in der Hauptstadt unseres Staates auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung geschehen ist, ist durch die Stadtverwaltung geschehen. Der Redner befasst sich dann mit der Frage der Möglichkeit eines Abbaues gewisser Zwecksteuern. Wenn wir uns die Frage aufwerfen, welche von den grösseren Steuern abgebaut werden können, so kommen wir leider darauf, dass wir die Frage nicht in positivem Sinne beantworten können. Insbesondere gelte dies für die Fürsorgeabgabe, von der, wenn sie schon da ist, wir nur wünschen müssen, dass sie sich in einer aufsteigenden Linie bewege. In Besprechung der Verordnung über Befreiungsmöglichkeiten von der Mietaufwandsteuer gibt der Redner die Anregung, dem Ermessen des Magistrates im Interesse der sittlich-religiösen Erziehung in Bezug auf Religionsgemeinschaften, religiöse Vereine und Schulen einen weiteren Spielraum einzuräumen. Zur Hebung des Fremdenverkehrs sind im Voranschlag grössere Summen vorgesehen. Redner bemerkt, dass, solange die Bundesbahnen die starre Kilometerpolitik aufrecht erhalten, an eine wirkliche Hebung des Fremdenverkehrs nicht zu denken, vom Fremdenverkehr sollten auch alle konfessionellen und rassischen Angelegenheiten fern gehalten werden. In dem grössten Touristenverein Oesterreichs bestehe seit Jahren der Arierparagraph und in der letzten Hauptversammlung hat die Leitung des Vereines es für notwendig befunden, zu erklären, dass dieser Paragraph nunmehr mit besonderer Rigorosität gehandhabt werde. Das mag eine freundliche Aufmerksamkeit gegenüber Gästen aus einem Nachbarbereich gewesen sein, ist aber nicht geeignet, den Fremdenverkehr zu heben.

Zur Besprechung der Personalpolitik übergehend, bedauert der Redner, dass die Zulassung von Juden in den Gemeindedienst nicht erfolgt. Solange unsere Verfassung konfessionelle Unterschiede nicht zulässt, bin ich berechtigt, darüber Beschwerde zu führen, dass Angehörige meiner Religionsgemeinschaft vom öffentlichen Dienst fern gehalten, wenn nicht gar ausgeschlossen bleiben. Unter 22.611 aktiven Angestellten und 13.608 Pensionisten befinden sich nach den mir zuteil gewordenen Informationen 54 Juden.

Zwischenruf: Wieviel befinden sich darunter Konfessionslose?

Vorsitzender Vizebürgermeister Lahr: Ich bitte, der Herr Rat Ehrlich hat das Wort.

Rat Ehrlich: Die Konfessionslosen sind bereits aus den Diensten der Gemeinde Wien entlassen worden und ich weine ihnen keine Träne nach. Der Anteil der Juden an den Dienstnehmern der Stadt Wien beträgt ungefähr ein Viertel Prozent. Man wird zugeben müssen, dass dieses Verhältnis weder unserer Zahl, noch der Steuerleistung, noch unserem Anteil an den sonstigen öffentlichen Lasten entspricht. Unter den 4.765 städtischen Lehrpersonen befinden sich nur zehn Juden. Von einem Jahr wurden an den Schulen Parallelklassen eingerichtet. Es gibt also auch jüdische Parallelklassen, jüdische Lehrer wurden nicht angestellt. Als besonders traurig bezeichnet Redner das Los der jüdischen Jung-Ärzte. An den Fondsspitalern ist diesen jüdischen Jung-Ärzten längst die Möglichkeit ihrer fachlichen Ausbildung vollständig genommen. Seit dem Jahre 1934 ist im städtischen Lainzer Spital mit einer Ausnahme kein einziger jüdischer Arzt, Hilfsarzt oder Aspirant ernannt worden. Die städtischen Anstalten werden künftighin keinen einzigen Aspiranten aufweisen, das gleiche gilt für die Kinderspitäler. Wir sind in der Frage für

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

die Existenz dieser jungen Menschen von grösster Sorge erfüllt. Auch unsere Jugend leidet unter den Verhältnissen, aber für sie sind tatsächlich sämtliche Türen und Tore verschlossen, und ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, wenn er für die Jugend etwas tut, möchte er dafür sorgen, dass auch in das trostlose Dunkel der jüdischen Jugend etwas Licht hineinfällt. Die jüdische Bevölkerung von Wien und Oesterreich hat sich in loyaler Weise in die neue Ordnung eingegliedert ohne besondere politische Aspiration, ohne den Wunsch, irgendeine führende Stellung einnehmen zu wollen. Was wir aber haben müssen, ist etwas Lebensraum für uns und unsere Kinder.

Kollege Rat Rauch hat davon gesprochen, dass das Gewerbe unter unlauterem Wettbewerb viel zu leiden hat. Er hat hier Vizebürgermeister Kresse dafür gedankt, dass er den unlauteren Wettbewerb, die Schmutzkonkurrenz, bekämpft. Auch ich verurteile jeden unlauteren Wettbewerb, auch ich verurteile jede Schmutzkonkurrenz, und wenn mir vorgeworfen wird, dass der oder jener, der mir der Abstammung nach nahesteht, an solchen Dingen beteiligt ist, werde ich nicht auf ihn stolz sein. Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat seine Agitation unter der Devise begonnen: Christen, kauft bei Christen! (Händeklatschen). Die Folge dieser Agitation war die Ausstellung des Gewerbes im 9. Bezirk, die unter dieser Devise eröffnet worden ist. Ob es nun heisst, Christen kauft nur bei Christen, oder ob das Wörtchen "nur" weggelassen wird, die jüdischen Gewerbetreibenden erblicken in dieser Parole und in ihrer Auswirkung den Boykott der jüdischen Gewerbetreibenden. Man hat gesagt, es sei notwendig, auch die christliche Bevölkerung daran zu erinnern, dass es christliche Gewerbetreibende gibt. Ich weiss nicht, ob es in Wien sehr viele gibt, die ein Geschäft nur deshalb aufsuchen, weil es in jüdischen Händen ist, und die nicht wissen, dass es auch in Wien christliche Geschäfte gibt. Sie sind schon durch die Agitation daran erinnert worden. Wozu dann noch die Ueberschwemmung von ganz Wien mit diesen Streuzetteln? Muss darin nicht der jüdische Gewerbetreibende eine schwere Schädigung seiner Interessen erblicken? Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat nach Zeitungsberichten in der Ausstellung erklärt, dass die Gewerbetreibenden, und hier meinte er die, die durch ihn vertreten sind, wissen, was sie dem Vaterland schuldig sind. Ich bestreite das nicht, aber ich habe den Wunsch festzustellen, dass auch die jüdischen Gewerbetreibenden wissen, was sie dem Vaterlande schuldig sind, dass sie ihre Pflichten dem Vaterlande gegenüber immer erfüllen und auch künftig erfüllen werden. Man sagt uns, der und jener habe das und jenes begangen. Warum macht man uns aber nur für unsere Lumpen verantwortlich? Wenn jemand von uns eine Uebeltat begeht, wird die auf unserem Schuldkonto genau registriert. Aber unsere gemeinnützigen Leistungen, unsere Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kultur, der Literatur, des Handels, der Industrie und des Gewerbes, die verschwinden auf dem Konto der Allgemeinheit. Deswegen bitte ich Sie, dass Sie von Pauschalbeschuldigungen abschen mögen. Ich habe von diesen unangenehmen Erscheinungen gesprochen, weil ich glaube, dass sie zum grossen Teile aus unserer Zeit heraus zu erklären sind, aus unserer krisenhaften Zeit, in der wir geneigt sind, einen Nebenmenschen Unrecht zu tun. Aber ich glaube, wir werden aus dieser krisenhaften Zeit herauskommen, wir werden in gemeinsamer Arbeit das Tempo des Aufbaues beschleunigen können. Unsere Budgetverhandlungen sind ein Stück Optimismus, und ich hoffe, dass dieser tüchtige, gesunde, weitaus blickende Bürgersinn uns über alle moralischen und materiellen Fährlichkeiten dieser schweren Zeit zum Wohle dieser Stadt hinwegführen wird.

Rat Friedl kommt auf die Ausführungen des Vorredners zu sprechen und sagt: Als Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse in der grossen Versammlung die Parole ausgegeben hat, die hier so kritisiert wurde, hat er es als ein pflichtbewusster Vertreter des Gewerbestandes in Wien, und zwar deshalb getan, weil er zu diesen Aeusserungen durch eine Reihe von Vorkommnissen veranlasst wurde. Es hat eine Reihe von Beschwerden gegeben, dass die Judenschaft in letzter Zeit es systematisch darauf angelegt hat, ihre Einkäufe in erster Linie bei Juden zu decken. Der Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat die Beweise dafür aufgezeigt. Es wurden Flugzettel ausgegeben im Sinne "Jü-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III<sup>tes</sup> Blatt

Wien, am .....

dische Eltern, kauft bei Juden". Es sind immer wieder Beschwerden an die Leitung des Gewerbebundes gelangt, die um Abhilfe ersucht haben. Ich selbst bin auch in der Lage, hierfür Beweise zu erbringen. Sie werden es nun erklärlich finden, wenn der christliche Gewerbebestand von solchen Systemen bedroht wird, dass ein Führer des Gewerbebestandes es für notwendig findet, Abhilfe zu schaffen. Er würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er es nicht täte. (Lebhafter Beifall). Der Herr Vizebürgermeister hat deutlich gesagt, wen diese Anschuldigungen angehen, und ich muss mein Befremden ausdrücken, dass ein Vertreter dieses hohen Hauses gerade diese so deutlich gekennzeichneten Menschen vertritt und in Schutz nimmt. Wir geben ohne weiteres zu, dass es unter den Juden eine grosse Zahl von sehr anständigen Menschen gibt, wir geben auch zu, dass es unter den arischen Menschen solche gibt, mit denen wir nicht einverstanden sind, aber es ist merkwürdig, dass von jüdischer Seite ihre minderwertigen Elemente in Schutz genommen werden. Unsere Aktion war eine Selbsthilfeaktion und die Konsequenz war, dass auf Herrn Vizebürgermeister Dr. Krosso Angriffe in ganz ungehöriger Weise erfolgten. Die Ausstellung war eine Folge der schamlosen Agitation, die gegen unseren Führer ins Werk gesetzt wurde. Wir können ruhig behaupten, es gibt auf der ganzen Welt kein toleranteres Volk als die Oesterreicher (lauter Beifall) und in ganz besonderer Weise die Wiener, denn, wenn dies nicht so wäre, würde das Wirtschaftsbild in dieser Stadt ein ganz anderes Gesicht haben. Redner kommt sodann darauf zu sprechen, dass die Fremdenverkehrspropaganda auch dafür sorgen sollte, dass die Bevölkerung aus den Bundesländern nach Wien kommt, und wendet sich dann der Schulfilmfrage zu. In anderen Ländern wird diesem Bildungsmittel ein besonderes Augenmerk zugewendet. Redner möchte daher den Wunsch aussprechen, dass die Gemeinde Wien eine Zentralstelle hierfür schaffe, und es möge die Bürgerschaft prinzipiell dazu ihre Zustimmung geben.)

Der Redner bemerkt, man möge auf der Strassenbahn Kinder nicht nach dem genauen Körpermass einschätzen, sondern nach dem Alter vorgehen. Ueberhaupt sollte jedes schulpflichtige Kind mit einer Schülerlegitimation betheilt werden und bei Fahrten auf der Strassenbahn diesen Kindern der Schülerfahrpreis, bzw. der Fahrpreis der für Kinder unter 1'30 Meter eingehoben wird, angerechnet werden. Eine solche Neueinführung würde nach Anschauung des Redners keine Verringerung der Einnahmen ergeben. Zur Lehrlingsfrage übergehend erklärt Redner, dass 40 Prozent der Gewerbetreibenden heute unter dem Existenzminimum leben, sie verdienen durchschnittlich 200 Schilling im Monat, und da ist es doch unmöglich, dass sie davon dem Lehrling mit 4 Lehrjahren den im Kollektivvertrag vorgesehenen Monatslohn von 100 Schilling bezahlen. Die Gemeindeverwaltung möge dem Gewerbe und der Industrie beistehen, damit sie wieder mehr Lehrlinge einstellen können.

Rat Morawetz begrüsst als Vertreter des Handwerkes das grosse Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtverwaltung und insbesondere das vorgesehene Ausmass von Aufträgen an das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe. Im Interesse der arbeitslosen Jugend wünscht er eine aktive Förderung der Lehrlingsunterbringung im Gewerbe, durch entsprechende schrittweise oder teilweise Erleichterungen im Abgabewesen. Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf Misstände auf dem Gebiete des Heimarbeitswesens und wendet sich gegen die Schmutzkonkurrenz branchenfremder Elemente, deren Betätigung nicht nur eine Schädigung für Gewerbe, Handel und auch Industrie bedeutet, sondern, sowohl auf lohnpolitischem Gebiete als auch hinsichtlich des Achtstundentages und der Umgehungen der Gewerbeordnung und der sozialen Lastenvorschriften einen Hohn und Spott gegen die sozialen Gesetze Oesterreichs darstellt (Lebhafte Zustimmung). Diese Kreise zahlen den Heimarbeitern einen Stundenlohn von 20 bis 30 Groschen bei 16stündiger Arbeitszeit (Hört-Hörtruhe). Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es im Rahmen des berufsständischen Aufbaues durch Zusammenarbeit aller interessierten Kreise gelingen werde, solche Misstände und Missbräuche durch kollektive Massnahmen auszumarzen und den arbeitenden Menschen wenigstens das Existenzminimum

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

zu sichern (Beifall). Nachdem der Redner noch gewisse Schwierigkeiten und Wünsche auf dem Gebiete des gewerblichen Kreditwesens zur Sprache gebracht hatte, dankte er dem Führer des Wiener Gewerbes Vizebürgermeister Dr. Kresse für dessen Bemühungen zur Förderung des Messe- und Ausstellungswesens in Wien, insbesondere aber dafür, dass es gelungen ist, das Interesse auch des internationalen Publikums für die Leistungen des Wiener Kunst- und Geschmacks gewerbes zu steigern (Beifall). Der Redner befasst sich sodann mit einzelnen Vorkommnissen in der textilverarbeitenden Branche und wendet sich gegen die Ueberproduktion, gegen Schleuderpreise und Ausbeutung von Heimarbeitern. Wenn sich bei der Wiener Bevölkerung eine gewisse Unmut zeige, so wurde diese nicht etwa durch konfessionelle Unterschiede hervorgerufen, sondern durch eine bestimmte Sorte von Menschen, die es sich nicht nehmen lassen wollen, den Arbeitern nicht den gerechten Lohn zu zahlen. Das bodenständige Wiener Gewerbe hindert niemand daran, an der ehrlichen Aufbauarbeit in unserer Stadt mitzuwirken, aber es wehrt sich gegen die erwähnten Methoden der reinen Profitgier (Beifall).

Rat Frumolt polemisiert gegen die Ausführungen des Rates Dr. Ehrlich hinsichtlich der jüdischen Jugend in Wien und teilt mit, dass von 4.200 Speisekarten, die täglich ausgegeben werden, die jüdische Jugend 180 Stück, das sind nicht ganz 5 Prozent bekomme. Er regt an, dass Rat Dr. Ehrlich die Zahl der christlichen und der jüdischen Aerzte an den Wiener Krankenkassen vergleichen möge, um festzustellen, dass die Anzahl der jüdischen Aerzte in gar keinem Verhältnis dem Anteil der jüdischen Bevölkerung an unserer Bevölkerungszahl entspricht. Er möge auch die Anzahl der beim Gewerbegericht beklagten Parteien und der diese vertretenden Juristen in Betracht ziehen, um bei sachlicher Beurteilung zu verstehen, dass es nicht angeht, zuerst gegen die christliche Bevölkerung loszugehen, und wenn diese sich verteidigt, ihr Vorwürfe zu machen (Beifall). Auch die Aktion Christen kauft bei Christen habe nichts mit Rassenhass oder Konfessionshass zu tun (Sehr richtig). In Oesterreich sind zu solchen Annahmen, Vorwürfen und Beschwerden nicht die geringsten Anlässe vorhanden (Beifall).

Rat Effenberger erklärt sich den Ausführungen der unmittelbaren Vorredner anzuschließen, wonach der österreichische Gewerbebund in Wien wie ein Mann geschlossen hinter seinem Führer steht. (Lebhafter Beifall). Eine weitere Ausführung über diesen Teil erübrigt sich. Zur Frage der Lehrlingsbeschäftigung sei zu sagen, dass vor allem das Lehrlingsentgelt in vielen Fällen zu hoch sei. Der Gewerbetreibende gebe gerne, was gebührt, aber einzelne Branchen haben Leistungen zu erfüllen, die über das erträgliche Mass hinausgehen. Beispielsweise kostet im Bäckereigewerbe ein Lehrling weit mehr als in anderen Gewerben. Zu dem Lehrlingsentgelt kommen noch die Ausgaben für Sozialversicherung, die Fürsorgeabgabe, die Unkündbarkeit eines Lehrvertrages und die Behaltspflicht. Eine Reform auf diesem Gebiete erscheine dem Redner unerlässlich. Gewiss sei ein Zeichen der Besserung merkbar. Trotz der Wirtschaftsnot bemühen sich Gewerbetreibende, mehr Lehrlinge einzustellen, und man kann konstatieren, dass im Vorjahre in Wien um über tausend Lehrlinge mehr eingestellt worden sind als in dem vorvergangenen Jahr. Als wichtig bezeichnet Redner die Frage der Altersversicherung im Gewerbe. Die zuständigen Führer seien aufrichtig und ehrlich bemüht, sie zu schaffen, doch müsse auch die Öffentlichkeit mithelfen, denn es gehe nicht an, dass bejahrte Gewerbetreibende, solche die über 70 Jahre alt sind, noch aktiv tätig sein müssen. Als Vertreter des Provisionierungsgewerbes fühle sich Redner verpflichtet, die Leiden dieses Zweiges aufzuzeigen. Hier sei der Konsumrückgang, insbesondere in lebenswichtigen Artikeln, ausserordentlich bedeutend. Teilweise sei daran schuld, das Fehlen der Verzehrungssteuer. Der Wiener Markt werde vielfach vom Land her mit Brot und Fleisch, das mit niedrigen Löhnen erzeugt worden ist, derart übersättigt, dass dem Wiener Gewerbe nur ein Bruchteil dessen übrig bleibt, was er früher hatte. Redner wünscht eine Aenderung in der Praxis der Arbeitsvermittlungsämter dahingehend, dass zunächst die Ausgesteuerten und erst nach ihnen jene bei Vermittlungen zum Zuge kommen sollen, die noch im vollen Genuss der Arbeitslosenunterstützung stehen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Zum Schlusse wünscht der Redner eine gleichmässige gerechte Regelung der Feiertagsfrage unter Bedachtnahme auf sämtliche Wirtschaftskreise (Beifall).

In seinem Schlusswort hebt der Berichterstatter Senatsrat Dr. Leppa entgegen den Wünschen nach Steuerermässigungen hervor, dass schon der Herr Bürgermeister auf die beengte Finanzlage der Stadt Wien sowie auf den Umstand verwiesen habe, dass der Vorschlag keine Reserven aufweist. Er erwidert sodann auf zahlreiche in der Debatte gestellte Anfragen und erklärt, dass Steuerwünsche nur in dem Ausmasse berücksichtigt werden können, wie es in seinen Anträgen zu den schon beschlossenen Gesetzesvorlagen vorgesehen ist. Die Steuereingänge und die Einnahmengestaltung der Stadt haben sich ziemlich stabilisiert, weshalb für 1938 mit bedeutenden Mehreinnahmen nicht mehr zu rechnen ist.

Damit ist die Generaldebatte erledigt und es wird in die Spezialdebatte eingegangen.

referiert  
Hornek über das Kapitel "Allgemeine Verwaltung", worüber wir bereits berichtet haben.

Obersenatsrat Dr.

Vizebürgermeister Dr. Kresse bespricht in ausführlicher Weise den Fremdenverkehr in Wien. Die Anzahl der Besucher Wiens nahm erfreulicherweise vom Jahre 1934 angefangen merkbar zu. Im Jahre 1937 bis einschliesslich November betrug die Zahl der Besucher Wiens insgesamt 435.115, so dass damit gerechnet werden kann, dass das Ergebnis des Jahres 1932 mit 435.932 Besuchern um ein Wesentliches übertroffen wird. Dies darf umso mehr mit Befriedigung erfüllen, als die mannigfachen Hindernisse, die dem Reiseverkehr aus dem Auslande entgegenstehen, nicht zuletzt solche auf dem Gebiete der Valutenbeschaffung, wahrlich nicht geringer geworden sind. So erfreulich die Gesamtentwicklung des Fremdenverkehrs in Wien ist, so geben doch die Ziffern des Reiseverkehrs der Inländer nach Wien zu schweren Bedenken Anlass. Die Zahl dieser Reisenden sinkt seit dem Jahre 1930 bis einschliesslich 1936 in einem ganz besonders auffallenden Masse. In der Zeit vom November 1929 bis Oktober 1930 betrug die Zahl der Inlandreisenden 209.397, während in der Zeit vom November 1935 bis Oktober 1936 nur mehr 119.861 Inlandreisende nach Wien gezählt werden konnten. Der Rückgang beträgt nahezu 50 Prozent. Dagegen zeigt sich bei Gegenüberstellung der Zahl der Wiener in den Bundesländern in den gleichen Zeitabschnitten ein beträchtliches Ansteigen. Waren es in dem genannten Zeitabschnitt 1929 bis 1930 1.153.758 Wiener, die die Bundesländer besuchten, so ist ihre Zahl in dem gleichen Zeitabschnitt 1935 bis 1936 auf 1.235.816 gestiegen. Im Jahre 1936 zeigte sich also, dass die Anzahl von Wienern, die die Bundesländer aufgesucht haben, rund das Zehnfache der Zahl der Besucher aus den Bundesländern betrug. Die Wiener stellten in den Bundesländern nahezu die Hälfte der gesamten Fremden. Wenn trotzdem die Gesamtzahl der Fremden in Wien gestiegen ist, dann kann dies nur dem erfreulichen starken Anwachsen des Fremdenverkehrs aus dem Auslande zugeschrieben werden. Insbesondere sind an diesem Zuwachs die Westeuropäischen Staaten und Amerika beteiligt.

In der Zeit vom 1. November 1935 bis 31. Oktober 1936 wurden in Wien 2.827.400 Uebernachtungen festgestellt. Schätzungsweise beträgt davon die Zahl der Inländerübernachtungen sechs Prozent, also 169.444. Rechnet man nun noch die Uebernachtungen der aus dem Inland kommenden Studenten in Wien, so ergeben sich 940.000 Uebernachtungen dazu, also insgesamt eine Inländerübernachtungsziffer von 1.109.444. Wertet man die Uebernachtung - das ist Quartier, Verpflegung und Einkauf (stiller Export) - eines Ausländers mit dem Betrag von 30 Schilling, die Uebernachtung eines Inländers mit 15 Schilling und die eines Studenten mit 5 Schilling, so ergibt sich die Summe von 86.980.340 Schilling. Dies ist gleichsam das Aktivum der Wiener Fremdenverkehrsbilanz. Als Passivum stehen die Auslagen der Reisen der Wiener in die Bundesländer und in das Ausland gegenüber, die mit einem Gesamtaufwand von 91.585.500 Schilling angenommen werden können. Es zeigt sich also, dass Wien eine passive Fremdenverkehrsbilanz im Verhältnis zu den Bundesländern besitzt. Wien gibt praktisch nicht nur seine gesamten Einnahmen aus dem ausländischen und inländischen Reiseverkehr an die Bundesländer ab, sondern darüber hinaus

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

aus anderen Einnahmen noch einen Betrag von einigen Millionen Schilling. Wir dürfen hoffen, dass unsere Massnahmen, die sich auf die Verdichtung des Reiseverkehrs aus den Bundesländern nach Wien beziehen, in den Bundesländern Verständnis und Förderung finden werden.

Die Werbung vollzieht sich einerseits durch "Information", andererseits durch "Suggestion". Bei der Auswahl der Werbemittel müssen diese beiden Richtlinien entsprechend beachtet werden. Das Prospektmaterial dient in erster Linie der informativen Propaganda, gleichzeitig kann aber auch durch die Aufmachung der Broschüre eine suggestive Propaganda gemacht werden. Die Werbeschriften gehen nicht nur in die europäischen Länder, sondern nach einem sorgfältig erstellten Verteilungsplan in die ganze Welt. Der suggestiven Propaganda dient die auswärtige Vertretung der Fremdenverkehrsstelle in Budapest und in Nizza. Ueber freundliche Milheifer verfügt die Fremdenverkehrsstelle auch in Batavia und in San Paola und bespricht die Werbungen, die im Ausland selbst durchgeführt werden. Diesen Bemühungen ist es zu verdanken, dass im Jahre 1937 nicht weniger als 23 grosse Internationale Kongresse in Wien abgehalten wurden. Auch das Jahr 1938 lässt eine rege Kongressstätigkeit in Wien erwarten. Sehr erspriesslich gestalten sich die Beziehungen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien in Innsbruck und der dort vor einiger Zeit ins Leben gerufenen Vereinigung der Freunde Wiens, die bereits eine rege Tätigkeit entfaltet. Von besonderer Bedeutung ist die Vortragstätigkeit, die im Auftrage der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien seit 1935 durch einen Beauftragten in vielen Orten Oesterreichs entfaltet wird. Von Jänner bis Oktober des heurigen Jahres wurden nicht weniger als 895 solche Vorträge gehalten. Auch Spezialwerbeaktionen, wie auch Plakatierungsaktionen werden in den Bundesländern, namentlich für den Wiener Fasching und für die Festwochen in Wien durchgeführt. Mit dem V.F. Werk "Neues Leben", das ja viele Wiener in die Länder führt, wird im Interesse der Belebung des Reiseverkehrs nach Wien enge Führung gehalten. Der in Durchführung begriffene Schaufensterwettbewerb der österreichischen Verkehrswerbung wurde auch von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien gefördert, sofern die teilnehmenden Büros auch Wiener Material ausstellen. Alle inländischen Reisebüros, Bureaus und sonstigen in Betracht kommenden Stellen sind ausreichend mit Werbematerial versehen. Bei der Programmstellung für den Fasching und die Wiener Festwochen wird besonders darauf geachtet, dass die Veranstaltungen eine gewisse Anziehungskraft auf die Bevölkerung der Bundesländer ausüben.

Mit besonderem Nachdruck hebt Vizebürgermeister Dr. Kresse hervor, dass die Bemühungen zur weiteren Steigerung des Inlandreiseverkehrs im kommenden Jahre noch verstärkt werden sollen. Allerdings bilden die verhältnismässig hohen Reisekosten eine wesentliche Schwierigkeit, die sich der Verstärkung des Reiseverkehrs aus den Bundesländern nach Wien entgegenstellt. Der bereits vor zwei Jahren im Einvernehmen mit den österreichischen Bundesbahnen eingeführte Wiener Begünstigungsnachweis hat, wie eine steigende Verwendung zeigt, zweifellos Anklang gefunden. Dennoch ist der Fahrpreis nach Wien, insbesondere die grossen Entfernungen zwischen Wien und den westlichen Bundesländern, ein überaus hoher. Die Bemühungen der Bundesbahnverwaltung, Abhilfe zu schaffen, verdienen gewiss volle Anerkennung. Dennoch ist für die Entfernungen über 50 Kilometer noch eine wirksame Förderung notwendig, da die allgemeinen Reisebegünstigungen mit 25 Prozent für Entfernungen von 80 bis 350 Kilometer und von 30 Prozent über 350 Kilometer, und zwar für die Hin- und Rückfahrt leider noch nicht ausreichten, um einen regeren Reiseverkehr zu ermöglichen. Eine Abhilfe wird vielleicht in der Einführung regelmässig laufender Verkehrsverwaltung-Sonderzüge geschaffen werden können. Vizebürgermeister Dr. Kresse richtet an die österreichischen Bundesbahnen das ebenso dringliche, wie sachlich begründete Ersuchen, der Verbilligung der Fahr-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

preise auf den Strecken zwischen Wien und den Bundesländern gelegenen Stationen ihr besonderes wohlwollendes Augenmerk zuzuwenden, da es sich für ahrhaftig um eine für die Wirtschaft Oesterreichs ausserordentliche bedeutungsvolle Frage handelt. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass sich die Zahl der Autoreisenden nach Wien ständig vermehrt. Daran mögen auch vielleicht bis zu einem gewissen Grad die hohen Bundesbahntarife schuld tragen. Jedenfalls haben die anerkannten Leistungen der Stadtverwaltung, vor allem die Ausgestaltung der Strassen und Verkehrswege in Wien, besonders die Schaffung der Höhenstrasse, der Wientalautostrasse und die Durchführung verkehrssichernder Massnahmen in der Stadt den Anreiz der Automobilisten, nach Wien zu fahren, wesentlich gestärkt. Da die Motorisierung des Verkehrs in der ganzen Welt stets noch zunimmt, ist es auch Aufgabe jeder Fremdenverkehrswerbung, den Autoreisenden besondere Berücksichtigung zu schenken. Vizebürgermeister Dr. Kresse richtet zum Schluss seiner Ausführungen den Appell an alle Erwerbstätigen, deren Beruf sich in irgendeinem Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr steht, die Werbetätigkeit der öffentlichen Hand durch Privatinitiative und private Werbetätigkeit zu unterstützen und mitzuhelfen, damit die einzelnen Werbetätigkeiten planmässig zusammengefasst werden können (Beifall).

Rat Dr. Trautzl lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Vermehrung der Schulfilmvorführungsapparate an den Wiener Haupt- und Volksschulen. Während z. B. in Steiermark bereits 40 Schulkinos vorhanden sind, verfügen die städtischen Schulen in Wien nur über 2 solche Einrichtungen. Es würde wohl gehügen, wenn für die nächste Zeit 30 Vorführungsapparate für die Wiener Schulen beschafft werden könnten, womit auch der Arbeitsbeschaffung gedient wäre, da in Oesterr. ich mustergültige Vorführungsapparate erzeugt werden.

Rat Rauch bittet um Ermöglichung eines baldigen Abschlusses der Absiedlungsverhandlungen für Gewerbetreibende und Handelstreibende in Bretoldorf.

Rat Nathsläger ersucht um Bereitstellung eines entsprechenden Beförderungsmittels für Schulkinder am Laaerberge, die gegenwärtig einen weiten und ungeschützten Schulweg zur Schule am Hebbelplatz zurücklegen müssen (Beifall). Der Redner wünscht eine Lösung der Frage der seinerzeit angekündigten Unterbringung der städtischen Sammlungen in einem zentralen Museumsgebäude, da dies schon vom Gesichtspunkte des Fremdenverkehrs wünschenswert wäre. Innerhalb dieses zentralen städtischen Museums sollte auch das im 4. Bezirk in der Schäfergasse untergebrachte Dr. Karl Lueger-Gedächtniszimmer übersiedelt werden.

In einem Schlusswort erklärt Obersenatsrat Dr. Hornek, dass die Anregungen des Rates Dr. Trautzl bezüglich Schulfilmvorführungsapparate der zuständigen Magistratsabteilung und dem Stadtschulrat zur gemeinsamen Erledigung zugewiesen werden. Der Wunsch der Eltern der Laaerberger Schulkinder um ein entsprechendes Beförderungsmittel zur Schule Hebbelplatz wird dank einer bereits erfolgten Weisung des Herrn Bürgermeisters unmittelbar nach den Weihnachtsferien erfüllt werden, indem ihnen ein Autobus zur Beförderung zur Schule und wieder nach Hause zur Verfügung stehen wird. (Beifall). Bezüglich der Unterbringung der städtischen Sammlungen im Hause der einstigen Bodenkreditanstalt wurden sowohl in der Frage der Aufstellung eines städtischen Museums als auch der notwendigen Adaptierungen genaueste Studien durchgeführt. Dermalen konnte jedoch noch keine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Projekt zur Ausführung gelangen soll. Der Herr Bürgermeister dürfte hierüber in absehbarer Zeit weitere Mitteilungen machen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

Obersenatsrat Dr. Maly berichtet über das Kapitel "Wohlfahrtsamt" und stellt fest, dass die Gesamtausgaben des Wohlfahrtsamtes 29 Prozent des Gesamtausgabenbudgets betragen. Der Ansatz 1938 für Familienschutz und Familienfürsorge ist um 400.000 S höher als die Gebühr für das Jahr 1936; es werden in erster Linie kinderreiche Familien befürsorgt, insbesondere die Bewohner der Familienasyle. Ueber tausend Wohnungen sind dort schon hergestellt und zum grössten Teil bezogen; dort befinden sich etwa 3000 Kinder. Eine besondere Aufgabe ist die Weckung des Familiensinns und die seelische Beeinflussung, selbstverständlich auch eine erzieherische Einwirkung. Das innige Zusammenarbeiten der öffentlichen mit der privaten Fürsorge wird im nächsten Jahr noch weiter ausgestaltet werden.

Bezüglich der Arbeitslosigkeit in Wien ist festzustellen, dass sich im abgelaufenen Jahr zur Vermittlung um 11.753 weniger Stellenansuchende angemeldet haben und um 5590 Personen mehr vermittelt werden konnten.

Zwei grosse Aktionen, die von der Stadt Wien subventioniert werden, sind dazu bestimmt, den Gefahren der Verlotterung und des Müssigganges der Jugend zu begegnen, vor allem die Aktion "Jugend in Not" und der Verein "Jugend in Arbeit", der die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes besorgt.

In der offenen Armenfürsorge steigen die Erhaltungsbeiträge von Jahr zu Jahr. Ursache sind die Ueberalterung der Bevölkerung, Einbeziehung eines Teiles selbständiger Erwerbender in die Armenfürsorge und die Neuordnung auf dem Gebiete der Sozialversicherung der Arbeitslosenfürsorge.

Frau Rat Wolfring dankt dem Wohlfahrtsamte und dem Bürgermeister von ganzem Herzen für alle Massnahmen, die auf dem Gebiete der Mütter- und Familienfürsorge von der Gemeinde Wien getroffen worden sind. Sie dankt aber auch jenen Ungenannten und vielfach Unbekannten im Dienste der Familienfürsorge, den Fürsorgerinnen, die Jahraus Jahrein mit der bittersten Not Fühlung nehmen und aus mütterlichem Herzen heraus sich bemühen, die Not zu lindern. Mit dem Hinweis darauf, dass der Bürgermeister im Jahre 1938 besonderen Wert auf die Erfassung und Betreuung der Jugend legen wird, weist Rädnerin darauf hin, dass neben der Linderung der Not der Jugend auch auf eine erhöhte Berufsausbildung der arbeitslosen Jugend hingearbeitet werden muss. Man muss den jungen Leuten in den Werkkursen neben der Berufsausbildung auch die Erkenntnis beibringen, dass nur der Tüchtige im Leben etwas erreicht. Rädnerin wendet sich sodann an die Arbeitgeber, dass sie auch dem Beispiele der positiven Familienpolitik der Gemeinde Wien folgen und sich mit dem segensreichen Gedanken des Familienlohnes befreundeten. Mögen. Die Familienpolitik müsse sich in allen Kreisen durchsetzen. Ein jeder, der mitverantwortlich ist, muss aktive positive Familienpolitik betreiben, ehe es zu spät ist.

Rat Nathschläger spricht die Bitte aus, dass mit Stipendien und Schulgeldaushilfen besonders die Kinder von Arbeitern entsprechend beteiligt werden, denn bei den jetzigen Verhältnissen können sich die Arbeiterkinder in den wenigsten Fällen ein Studium, das sie zur akademischen Bildung führt, erlauben. Gerade das sei sehr wesentlich von dem Standpunkte aus, dass es eine grosse Gefahr für unser Oesterreich bildet, wenn die Bildung nur einer bestimmten Intelligenzschichte vorbehalten bleibt und es ausgeschlossen ist, dass auch die Kräfte von unten hinaufkommen.

Rat Ing. Hofbauer spricht über die Lehrlingsfrage und sagt, dass viele Bedenken, die im Laufe der Debatte ausgesprochen wurden, durch das Berufsberatungsamt, das heute eine beispielgebende Einrichtung geworden ist, ausgemärzt werden könnten. Die Aufgabe dieses Amtes ist es, dafür zu sorgen, dass

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am .....

junge Menschen nicht in Berufe gedrängt werden, zu denen sie <sup>keiner</sup> Eignung haben. Trotz zehnjähriger Anstrengungen dieses Amtes ist die Tatsache seines Bestandes noch nicht so in alle Kreise gedrungen, wie es zu wünschen wäre. Der Gewerbeverband der Stadt Wien, und dafür sei seinem Obmann Vizebürgermeister Dr. Kresse aufrichtig gedankt, befasst sich bereits damit, die Gewerbekreise damit bekannt zu machen. Redner stellt zum Schlusse seiner Ausführungen fest, dass in den letzten Jahren die Qualität der Schulentlassenen bedeutend gestiegen ist, dafür gebühre der Lehrerschaft aufrichtiger Dank.

Rat Kastl sagt, dass der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen auf 100 Millionen S gestiegen ist, zeige , dass die Stadt Wien nicht auf Kosten der Armen spart und dass es keine andere Stadtverwaltung gibt, die sozialer denkt und arbeitet als die Stadt Wien. Der Geist, in dem das Wohlfahrtsamt geführt wird, ist der Geist der Menschenfreundlichkeit und Nächstenliebe. Es ist nicht nur ausschlaggebend, was gegeben wird, sondern wie es gegeben wird. Er schliesse sich daher dem Danke an den Bürgermeister für die Tätigkeit des Wohlfahrtswesens unter Leitung des Obersenatsrates Dr. Maly aus vollem Herzen an. Aber auch jedem einzelnen Fürsorgeorgan und den ehrenamtlichen Funktionären gebühre voller Dank. Redner möchte daher anregen, dass die Stadtverwaltung die rechtlichen Voraussetzungen der Tätigkeit der Fürsorgeräte recht bald regeln möge und dass diesen freiwilligen Helfern öfter, als es früher der Fall war, ein äusserer Beweis der Anerkennung gegeben werde.

Rat Simon bespricht die Wünsche der privaten Gärtner und Steinmetze zum Friedhofswesen, worauf Rat Grabner um Fürsorge für Familien ersucht, die, obwohl vielfach kinderreich, oder zumindest mit mehreren Kindern, bei keiner Fürsorgeaktion beteiligt worden.

Obersenatsrat Dr. Maly stellt in seinem Schlusswort in Erwiderung auf die Ausführungen der verschiedenen Redner fest, dass bei der Verteilung von Stipendien die wirtschaftliche Lage massgebend ist, wobei mindestens 40 Prozent derjenigen, denen der Herr Bürgermeister Hoch- und Mittelschulstipendien bewilligt, von Arbeitern und kleinen Angestellten, oft von Arbeitslosen sind. (Bravorufe). Für Spenden für Hauswirtschaft und Berufsausbildung kommen fast ausschliesslich arme Kinder, besonders Kinder aus den Familienasylen in Betracht. Alle Mittel, die Not der Jugend zu lindern, werden freudigst begrüsst. Es handelt sich hier um ein Gebiet, wo alle Menschen zusammen arbeiten können, und wenn alle entsprechende mitarbeiten, so kann das Jahr 1938 uns der Lösung der Frage der Jugendnot viel näher bringen. Vorschläge zur Ehrung für die Fürsorgeräte, deren Verdienste auch vom Redner gerne anerkannt werden, sind bereits in Vorbereitung. (Beifall). Auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit kommen nur ganz wenige Beschwerden, wenn aber solche ~~einlangen~~ <sup>einlangen</sup>, so werden sie vom Referenten selbst geprüft. (Bravo). Die besondere Fürsorge "Schutz kinderreicher Familien" muss selbstverständlich an gewisse Grenzen gebunden sein, doch werden diese nicht streng eingehalten, sondern auch armen Familien mit weniger Kindern wird geholfen, da die Fürsorgetätigkeit der Stadt Wien nicht bloss vom Standpunkt der Beamtenpflicht aus, sondern aus Liebe zur Sache ausgeübt wird (Beifall).

Zum Bericht des Obersenatsrates David über das Kapitel "Wohnungsamt" spricht zunächst Rat Nathschläger, der auf Grund einer Zuschrift des Mieterbundes an den Bürgermeister feststellt, dass heute nicht nur für Wohnungen, die den Bestimmungen des Mietengesetzes unterliegen, unter allen möglichen Vorwänden bedeutende Ablösebeträge verlangt werden, sondern vielmehr

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

10. Blatt

Wien, am .....

auch Wohnungen, für die eine freie Vereinbarung des Mietzinses zulässig ist, kaum mehr ohne Ablösen zu einigermaßen erschwinglichen Mietzinsen zu haben sind. Gerade diejenigen Wohnungstypen, die für die breitesten Volksteile in Betracht kommen, sind durch Ablösen am stärksten belastet. In weiterer Besprechung des Wiener Wohnungsmarktes verlangt der Redner die Fortführung der öffentlichen Wohnbautätigkeit, sowie die Förderung der privaten Wohnbauwirtschaft, um den Interessen der Bevölkerung in der wichtigen Wohnungsfrage einigermaßen entgegenzukommen. Der Redner verweist auf die hohen Baukosten und verlangt, dass zu mindestens hinsichtlich der Verbilligung der wichtigsten Baumaterialien irgendwie Vorsorge getroffen werde. Fortfahrend verlangt der Redner, dass die Hauptmietzinse, die gegenwärtig eingehoben werden, jeweils im Betrage der drei letzten Jahre zur Deckung von Reparaturen am Bestandsobjekte herangezogen werden und die Mieter berechtigt werden sollen, bezügliche Anträge zu stellen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass den Mietern zumindest auch ein moralisches Recht zusteht, verlangen zu dürfen, dass wenigstens ein Teil der von ihnen aufgebracht, vielfach von des Lebens Notdurft abgeparten Mietzinsen zur Befruchtung der Volkswirtschaft herangezogen werden. Der Redner tadelt, dass insbesondere ausländische Hausbesitzer sich dadurch auszeichnen, dass sie Objekte, die sie in der Inflationszeit um ein Spottgeld erworben haben, verfallen lassen und erst durch Strafen und administrative Massnahmen zur Durchführung der erteilten Bauaufträge gezwungen werden müssen. Der Redner schliesst mit der Feststellung, dass der Mieterbund nach dem Gewerkschaftsbund die zahlenmässig grösste Interessenvertretung Wiens und bestrebt ist, im Sinne der Staatsführung am Aufbau des Staates und der Wirtschaft mitzuarbeiten.

Rat Werner erklärt, er müsse eine kränkelswerte Bemerkung des Vorredners gegen den konservativen Hausbesitz zurückweisen, sie sei auch ungerecht. Gewiss sei es wohl möglich, dass ein gewisser Kreis von Hausbesitzern nicht ganz einwandfrei vorgehe, aber man dürfe nicht verallgemeinern und alle Hausbesitzer beschuldigen.

Vizebürgermeister Dr. Kresse bemerkt bezüglich der Ausführungen des Rates Nathschläger, dass er als Vorsitzender Pauschalverdächtigungen gegen welchen Kreis immer sie gerichtet sind, zurückweisen müsse.

Damit ist die Spezialdebatte über das Kapitel "Wohnungsamt" beendet. Die Verhandlungen werden in später Nachtstunde abgeschlossen. Fortsetzung Dienstag, 16 Uhr.

## Gleichenfeier auf der Wieden.

Heute fand in Anwesenheit zahlreicher Festgäste beim städtischen Wohnhausneubau Wiedner Hauptstrasse 103 die Hauptgleichenfeier statt. Der Neubau steht an Stelle des alten, bereits niedergerissenen Pfarrhofes von St. Florian, der ein arges Verkehrshindernis war. Das neue vierstöckige Wohnhaus wird 9 Wohnungen enthalten. Bei der Gleichenfeier hielt in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Waldsam die Festrede, auf die für die Baufirma Ing. Kalman, im Namen der Bologenschaft Bauarbeiter Brauch, ferner Bezirksvorsteher Hofrat Jakob und Pfarrer Prälat Mochtler erwiderten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am .....

## Anmeldung zum Bezuge einer Schneearbeiter-Karte.

Wie bereits verlautbart, erfolgt heuer die Heranziehung zu den städtischen Schneearbeiten ausschliesslich auf Grund von Schneearbeiter-Karten, die an Fürsorgebuchbesitzer ausgegeben werden. Nach der bereits durchgeführten Anmeldung der Besitzer eines Fürsorgebuches A geht nun der Aufruf an die Inhaber der übrigen Fürsorgebuchkategorien, ihren Anspruch auf den Bezug einer Schneearbeiter-Karte anzumelden.

Personen, die im Besitze eines Fürsorgebuches der Kategorie B, C oder D sind und sich um eine Schneearbeiter-Karte bewerben wollen, haben sich unter Mitnahme ihres Fürsorgebuches und eines Personaldokumentes je nach den Anfangsbuchstaben des Namens an nachstehenden Tagen im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes jeweils von 15 bis 17 Uhr einzufinden: A bis D am 20. d., E bis G am 21. d., H bis K am 22. d., L bis M am 23. d., N bis Q am 27. d., R bis T am 28. d. und U bis Z am 29. d. Die Bewerber erhalten bei der Anmeldung einen Bezugschein auf eine Schneearbeiter-Karte. Die Karte selbst wird erst zu einem späteren Zeitpunkte gegen Einziehung des Bezugscheines, der daher gut aufzubewahren ist, in den Bezirkskanzleien der städtischen Strassenpflege ausgegeben. Die Heranziehung zu den Schneearbeiten erfolgt nur nach Massgabe des Bedarfes.

Besitzer eines Fürsorgebuches A, die ihre Anmeldefrist versäumt haben, können ihren Anspruch letztmalig am 23. d. von 15 bis 17 Uhr unter Mitnahme der erforderlichen Dokumente im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes anmelden.

\*

Die Schneearbeiter-Karten werden an jene Inhaber eines Fürsorgebuches A, die durch die Fürsorgeämter in der Zeit vom 6. bis 13. d. Bezugscheine für die Schneearbeiterkarte bereits erhalten haben, am 22. und 23. d. ausgegeben. Die Ausgabestellen und die genaue Ausgabezeit werden bei allen Schneearbeiteraufnahmestellen und Fürsorgeämtern durch Anschlag kundgemacht.

## Meldepflicht des Jahrganges 1920 bei der Einwohnerverzeichnung.

Der Magistrat teilt mit: Nach den Bestimmungen über die Einwohnerverzeichnung sind alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollenden, verpflichtet, sich in den ersten drei Monaten des betreffenden Kalenderjahres bei der Einwohnermeldestelle ihrer Wohngemeinde zu melden.

In Wien haben sich in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres 1938 alle im Jahre 1920 geborenen, in Wien verzeichneten oder verzeichnungspflichtigen Personen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staatszugehörigkeit beim Besonderen Stadtamt I, Neues Rathaus, Stiege 8, ebener Erde, an Werktagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 18 Uhr 30 zu melden.

Zur Ermöglichung einer raschen Parteienabfertigung wurde die Entgegennahme der Meldungen nach dem Geburtsmonat der zur Meldung verpflichteten Personen geregelt.

Die für die einzelnen Geburtsmonate festgesetzten Anmeldetermine, die bei der Meldung erforderlichen Personaldokumente, die Ausnahmen von der persönlichen Meldepflicht und die Strafbestimmungen sind aus den an den Amtstafeln der Bezirkshauptmannschaften, Bezirksvertretungen und der Bundespolizeibehörde (Bezirks-Polizeikommissariate, Wachstuben) angeschlagenen Verlautbarungen zu ersehen.

# RAT HAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 325

FRANZ ZAVER FRIEDRICH

Wien, am 20. Dezember 1937.

## Fünf neue städtische Wohnhausbauten.

Der Baufortschritt bei den städtischen Wohnhausbauten des heurigen Wohnbauprogrammes war dank der günstigen Witterung ein sehr guter, so dass in der letzten Zeit fast allwöchentlich bei einem dieser Bauten die herkömmliche Gleichfeier veranstaltet werden konnte. Die gleichzeitig betriebene Vorbereitung des Wohnbauprogrammes für das Jahr 1938 ist erfreulicherweise schon so weit gediehen, dass Bürgermeister Richard Schmitz dieser Tage die Vergabung der Baumeisterarbeiten für fünf neue Wohnhäuser genehmigen konnte.

Diese Bauten kommen in der Hauslabgasse im 5., in der Mollardgasse im 6., in der Salzergasse im 9. und in der Taubergasse im 17. Bezirk zur Errichtung und werden zusammen 166 Wohnungen enthalten. Der fünfte Wohnhausbau betrifft den sechsten Baublock der Wohnsiedlung in der Hasencleiten mit 104 Wohnungen.

Durch diese frühe Vergabung von Bauten, die erst für das kommende Jahr in Aussicht genommen sind, ist nicht nur einem Wunsche der Wirtschaftskreise entsprochen, sondern zugleich auch die Möglichkeit geboten, soweit es die Witterung gestattet, schon während der Wintermonate Arbeiten durchzuführen. Die Arbeiterschaft des Baugewerbes wird diese Rücksicht ohne Zweifel dankbar anerkennen.

Die Kosten der zur Vergabung gelangten Baumeisterarbeiten betragen einschliesslich der Baumaterialkosten mehr als zwei Millionen Schilling. Zusammen mit den sonstigen Vergabungen der letzten Wochen, die hauptsächlich Baustofflieferungen und verschiedene Professionistenarbeiten für die im Zuge befindlichen Hochbauten betreffen, ergibt sich ein Betrag von fast drei Millionen Schilling, der der Arbeitsbeschaffung in den Wintermonaten gewidmet wurde.

## Die städtischen Bäder in der Weihnachtswoche.

Zur Erleichterung des Badebetriebes in der Weihnachtswoche werden alle städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder am Donnerstag, den 23. a., bereits um 9 Uhr vormittags in Betrieb genommen. Am Freitag, den 24. d., sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Schwimmbadhallenbäder von 8 Uhr bis 6 Uhr abends und die Brausebäder von 7 Uhr bis ebenfalls 6 Uhr abends geöffnet. Am Christtag und Stefanitag sind alle städtischen Bäder geschlossen.

## Der Marktverkehr am Goldenen Sonntag.

Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, wickelte sich der Marktverkehr auf dem Zentralfischmarkt nur vormittags ab; 5.000 lebende Karpfen und eine Autoladung Bücklinge gelangten zur Ablieferung. Das Geschäft war im allgemeinen ruhig; es wird erst am Mittwoch lebhafter einsetzen.

Der Vorrat an lebenden Karpfen beträgt 350.000 Kilogramm. Ausserdem sind heute noch 13.000 Kilogramm Karpfen und 500 Kilogramm Welse eingelangt. Für Mittwoch werden noch 5.000 Kilogramm Karpfen erwartet.

Auf den Märkten sowie in den Bezirksgeschäften war die Nachfrage nach Lebensmitteln nicht besonders lebhaft, da sich am Goldenen Sonntag das Interesse der Käufer hauptsächlich auf Geschenkartikel konzentrierte, und bei dem in allen Lebensmitteln bestehenden reichlichen Angebot kein

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am .....

Anlass besteht, schon jetzt für die Weihnachtsfeiertage einzukaufen. Lediglich jene Artikel, die zur Herstellung von Bäckereien benötigt werden, sind schon jetzt lebhaft gefragt.

Die Nachfrage nach Christbäumen war am Goldenen Sonntag vormittags schwach, nachmittags vielfach lebhafter bis sehr lebhaft, wobei insbesondere Tannen sehr gewünscht wurden.

.....

### Die Kleidersammlung zugunsten der Wiener Winterhilfe.

Wie wahrgenommen wurde, hatten viele Bewohner Wiens nicht die Möglichkeit, anlässlich der Kleidersammlung durch das Bundesheer ihre Spenden abzugeben. Diese können an Wochentagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 13 Uhr entweder bei der Bezirksvertretung des Wohnbezirkes oder von 8 Uhr bis 17 Uhr im Magazin der Wiener Winterhilfe, 7., Lerchenfelderstrasse 1, abgegeben werden.

.....

### Gültigkeit der Hin- und Rückfahrtscheine sowie Wochenkarten am 24. Dezember.

Wie die Strassenbahn-Direktion mitteilt, berechtigen die Hin- und Rückfahrtscheine sowie die Wochenkarten am 24. Dezember zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an.

.....

### Die Geschäftszeiten am Christtag, Stefanstag, Neujahrstag und am 2. Jänner.

Der Magistrat teilt mit: Am Christtag (25. Dezember) dürfen in Wien nur die Gast- und Schankgewerbebetriebe und die Milchverschleissstellen (von 7 bis 9 Uhr) offenhalten. Alle übrigen Ausnahmen von der Arbeitsruhe sind durch Bundesgesetz, beziehungsweise durch Verordnung des Bürgermeisters aufgehoben worden.

Am Stefanstag (Sonntag, den 26. Dezember) und am Sonntag, den 2. Jänner, können ausser den Gast- und Schankgewerbebetrieben und den Milchverschleissstellen offen halten: die Zuckerbäcker bis 8 Uhr abends, die Zuckerwarenverschleissstellen von 9 Uhr bis 8 Uhr abends, Handelsgärtner, Naturblumenbinder und Naturblumenhändler von 9 Uhr bis 1 Uhr mittags. Am Neujahrstag können die oben genannten Betriebe zu den angeführten Stunden, ferner die Geschäfte des Kleinhandels mit Lebensmitteln von 8 Uhr bis 11 Uhr, die Verschleissstellen der Fleischhauer, Fleischselcher und so weiter sowie die Wildprethändler von 7 Uhr bis 11 Uhr, die Bäcker von 5 Uhr 30 bis 11 Uhr, die Frisuren und Rasuren von 8 Uhr bis 11 Uhr, die Branntweinschänker und Branntweinkleinverschleisser von 6 Uhr bis 10 Uhr offen halten.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326

Wien, am 21. Dezember 1937.

## Entfallene Sprechstunden.

Am 23. und 30. d. entfallen die Sprechstunden bei Vizebürgermeister Lahr sowie der Parteienverkehr in seinem Sekretariat.

Am 24. d. entfällt die Sprachstunde beim stellvertretenden Leiter des städtischen Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa.

## Die Richtlinien des Wiener Wohnungsamtes.

In der heutigen Sitzung der Wiener Bürgerschaft wurden Mitteilungen über die Richtlinien gemacht, an die sich das städtische Wohnungsamt bei der Vergebung städtischer Wohnungen zu halten hat. Erster Grundsatz ist die bevorzugte Berücksichtigung kinderreicher Familien, zweiter Grundsatz ist die besondere Berücksichtigung eines festgestellten Notstandes, wie vor allem Obdachlosigkeit infolge unverschuldeter gerichtlicher Delogierung, Baufälligkeit oder Gesundheitsgefährlichkeit oder Ueberfüllung der bisher innegehabten Wohnung. Schliesslich werden Tauschansuchen zwischen städtischen Mietern bewilligt, falls wichtige Gründe, zum Beispiel Ueberbelag, Krankheit, körperliche Gebrechen oder weite Entfernung vom Arbeitsorte, nachgewiesen werden.

Die Behauptung, dass in städtischen Häusern von den Mietern angeblich auch "Ablösen" gefordert werden, ist vollkommen unrichtig. In städtischen Häusern gibt es keine Ablöse! Vermutlich liegt hier ein Missverständnis vor. In vereinzelt Fällen werden nämlich Aussenstände an Mietzins vom neuen Mieter zur Abstattung in zumeist kleinen Raten übernommen, niemals aber war dieser Umstand eine Bedingung der Wohnungszuweisung. Die Zahl und durchschnittliche Höhe dieser Leistungen ist seit 1934 im steten Rückgang, sie betrug heuer ungefähr nur 130 Schilling. Auch die Meinung, dass für städtische Wohnungen in Neubauten doppelt so viel Zins gezahlt werde als in Privathäusern, ist falsch. Für die städtischen Althäuser gilt das Mieterschutzgesetz, in den städtischen Neubauten sind die Mietzinse wohl etwas höher, jedoch sehr viel entfernt von dem Ausmass, das in privaten Neubauten gefordert und gezahlt wird. Hier sei noch bemerkt, dass in den städtischen Häusern vor allem die wirtschaftlich schwachen Familien, unter ihnen sehr viele Arbeitslose Zuflucht suchen. Dieser Hinweis genügt wohl zur Erklärung, dass der Ertrag der grossen Wohnungsanlagen, die unter der früheren Verwaltung errichtet wurden, in keinem Verhältnis zu den Baukosten steht.

Gegenüber irrtümlichen Auffassungen muss festgestellt werden, dass das neue Wohnungsnachweisgesetz mit dem sogenannten Mieterschutz keinerlei rechtlichen Zusammenhang hat, sondern lediglich zwei wichtige Aufgaben zu erfüllen hat: erstens eine klare ziffernmässige Beobachtung des Wohnungsmarktes, insbesondere der Leerstellungen, zweitens eine Erleichterung der Wohnungssuche durch Anschlag der Leerstellungen mit allen für die Aufklärung der Wohnungssuchenden nötigen Angaben. Die Leerstellung in den städtischen Häusern ist amtsbekannt, daher wäre jede Erhebung nur überflüssige Schreibarbeit. Die Vergabung der freien städtischen Wohnungen erfolgt schon wegen der grossen Ueberzahl der als sehr dringend vorgemerkten Wohnungssuchenden so rasch als möglich. Trotz der Neubautätigkeit sind <sup>so</sup> viele tausende dringende Wohnungssuche beim Wohnungsamt vorgemerkt, dass bestenfalls in drei Jahren der letzte darankommen kann. Welchen Sinn sollte es ~~da~~ haben, diese für Wohnungswerber, die beim privaten Hausbesitz nicht unterkommen können, bestimmten, leider wenigen Wohnungen auch noch allen anderen Wohnungswörbern durch Anschlag anzubieten? Diese würden vermutlich einen solchen Vorgang

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

als Irreführung betrachten. Diese Erwägungen zeigen, dass die Bestimmung des Wohnungsnachweisgesetzes über die Wohnungen, die im öffentlichen Besitz sind, wohl begründet ist. Dieses Gesetz hat keinerlei Spitze gegen den privaten Hausbesitz, sondern dient einer Frage, an deren einwandfreien Beantwortung sowohl die öffentliche Verwaltung und das Baugewerbe, wie auch Hausbesitzer und Mieter lebhaft interessiert sind.

## Wiener Bürgerschaft.

Bericht über die öffentliche Sitzung vom 21. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute die Freitag nachts abgebrochene Budgetberatung fort. Vor Eingehen in die Tagesordnung hielt Bürgermeister Richard Schmitz dem am 18. d. verstorbenen Rat Dr. Paul Schwarz, auf dessen Platz ein Lorbeerkrantz liegt, und dem am 16. d. im Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke tödlich verunglückten Maschinisten Ludwig Köck ehrende Nachrufe, die vom Hause stehend angehört wurden.

Der Bürgermeister sagte:

"Am Beginne dieser unserer Sitzung muss ich Ihre pietätvolle Aufmerksamkeit für zwei Todesfälle erbitten, die gewiss uns allen nahegehen.

Die Wiener Bürgerschaft hat einen schweren Verlust zu beklagen: unser Mitglied Generalrat Dr. Paul Schwarz ist am Samstag, den 18. d., einem Herzschlag erlegen.

Dr. Paul Schwarz, am 23. August 1866 in Wien geboren, absolvierte das Gymnasium in Kremsmünster und die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien an der Wiener Universität, an der er 1882 promovierte. Im Jahre 1885 trat er in die Dienste der "Erste österr. Spar-Casse" ein, der er bis zu seinem Tode, seit 2 Dozennien als Generalsekretär, angehörte. Im Jahre 1925 wurde er zum Generalrat der österr. Nationalbank gewählt.

Dr. Schwarz erfreute sich in weiten Kreisen der Wiener Bevölkerung besonderer Wertschätzung und Beliebtheit.

Der Wiener Bürgerschaft gehörte der Verblichene seit Beginn an, und zwar als Vertreter des Berufsstandes "Feld-, Kredit- und Versicherungswesen". Seine Liebenswürdigkeit und Bereitwilligkeit, mit denen er seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse jederzeit gerne zur Verfügung stellte, sicherten ihm auch in diesem Hause dankbare Verehrung. Die Stadt verliert in ihm einen treuen und verdienstvollen Sohn, wir alle einen arbeitsfreudigen Mitarbeiter. Die Wiener Bürgerschaft wird ihm daher stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Trauer um einen hervorragenden Vertreter guten alten Wiener Bürgertums schliesst sich die Trauer um einen vorbildlichen Arbeiter an.

Am 16. Dezember l. J. ereignete sich im Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke ein Betriebsunfall, der leider den Tod eines pflichtgetreuen Arbeiters zur Folge hatte. Der Maschinist Ludwig Köck erlitt infolge eines Bruches im Dampfteil einer Turbine dadurch einen tödlichen Unfall, dass er, als er das Geräusch einer heissgelaufenen Welle in der Turbine wahrnahm, sofort zur Maschine eilte, um mittels einer Hilfspumpe Reserveöl zuzuführen; die Welle der Turbine war jedoch bereits glühend geworden, sie setzte das zugeführte Öl in Brand, das herausspritzte und den pflichtgetreuen Maschinisten übergoss und seine Kleider in Brand steckte. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war und Arbeitskameraden dem Verletzten unter Gefährdung der eigenen Person die brennenden Kleider vom Leibe rissen, hatte

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

Köck Brandwunden aller drei Grade erlitten und musste in hoffnungslosem Zustande auf die Klinik gebracht werden, wo er am gleichen Nachmittag seinen schweren Verletzungen erlag.

Immer treu und zuverlässig, hat Ludwig Köck durch seine aufopfernde Hingebung in einem kritischen Augenblick, der für das ganze Werk gefahrvoll werden konnte, ein Beispiel der Pflichttreue bis in den Tod gegeben; dafür soll dem Andenken dieses bescheidenen Arbeiters dankbare Erinnerung geweiht werden.

Die städtischen Elektrizitätswerke sind in meinem Auftrage bestrebt, die Folgen des Unfalles des Familienerhalters für die unglückliche Familie zu mildern. Die Witwe des Verstorbenen erhält auf Grund der bestehenden Bestimmungen eine Rente, bei deren Bemessung der tödliche Unfall voll angerechnet ist. Ich habe ausserdem verfügt, dass die Kosten des Leichenbegängnisses aus städtischen Mitteln getragen und geeignete Schritte unternommen werden, um den beiden Kindern des Verstorbenen eigene Existenzmöglichkeiten zu schaffen.

Sie haben sich, meine sehr geehrten Frauen und Herren, zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke für diese Kundgebung und werde diese dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleiben lassen."

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und das Kapitel "Bauamt" in Verhandlung gezogen. Berichterstatter ist Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil, der auch über die Einnahmeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" referiert, worüber wir bereits ausführlich berichtet haben.

Rat Nedomansky ersucht, vor allem auch mit Rücksicht auf die Interessen der Förderung des Fremdenverkehrs, darum, dass die Hochstrahlbrunnenanlage auf dem Schwarzenbergplatz in der warmen Jahreszeit in vollem Betriebe gehalten und einmal in der Woche auch die Leuchtanlage in Funktion gesetzt werde. Ferner bittet er um die Inbetriebsetzung auch aller anderen Brunnen von künstlerischem Wert in Wien.

Rat Obrutzka dankt dem Bürgermeister für die grosszügige und umsichtige Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien. Namens der gewerblichen Arbeiterschaft, vor allem der im Baugewerbe, hält er eine weitere Erhöhung der für den Wohnhausbau präliminierten Mittel für zweckmässig, da in Wien noch immer ein sehr grosser Bedarf von Klein- und Mittelwohnungen besteht.

Ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt sei nur erreichbar, wenn der grosszügigen Bautätigkeit der Stadt Wien auch die private Bautätigkeit entsprechend zu Hilfe kommt. Die hohen Mietzinse, die in neuen privaten Wohnhausbauten vielfach bestehen, entsprechen wohl nicht den grossen Gesichtspunkten der Förderung der Familie. Es ist nach wie vor Aufgabe der Gemeinde, hier regulierend zu wirken, und zwar sowohl durch eine Fortsetzung der Bautätigkeit als auch durch eine entsprechende Kontrolle der Mietzinse. Auch auf dem Gebiete der Verbesserung alter Wohnungen muss die Gemeinde auch weiterhin schrittmachend vorangehen. Dankend erkennt der Redner die Assanierungsbautätigkeit der Stadtverwaltung an, doch bemerkt er, dass Mietzinse von 80 bis 120 S monatlich und noch mehr in Assanierungsbauten nicht zu den Seltenheiten gehören. Bezüglich der Strassenbauten bringt der Redner den Wunsch der Pflasterer und Hilfsarbeiter zum Ausdruck, neben Asphalt- und anderen modernen Strassendecken auch den heimischen Stein zu verwenden. Die wohltätige Wirkung der grosszügigen Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien könnte gewissermassen noch gesteigert werden, wenn zur Verrichtung gewisser Arbeiten, insbesondere im Tiefbau, weniger Maschinen verwendet würden. Der Redner bittet, mit Nachdruck,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

die Bauarbeiten im Frühjahr 1938 so früh wie nur möglich zu beginnen, und ersucht schliesslich, bei Vergabe von Arbeiten nach wie vor nicht nur auf die fachliche Qualität, sondern auch auf die soziale Einstellung der betreffenden Firmen Bedacht zu nehmen, da hierdurch neben der praktischen Arbeitsbeschaffung auch der sozialen Befriedigung gedient wird.

Rat Simon verweist auf die Motorisierung des Lastfuhrwesens und auf die Tatsache, dass in den letzten Jahren wieder der Pferdebetrieb stärker hervortritt, wobei die Lastwagen mit Gummirädern versehen worden, was für die Strassendecken von Vorteil ist und auch der Lärmplage entgegenwirkt. Die Gemeinde Wien möge diese Bestrebungen durch Gewährung von Zuschüssen an kleinere Fuhrwerksbetriebe und kleinere Unternehmer unterstützen; diese Zuschüsse müssten wie beim Hausreparaturfonds ohne Verpflichtung der Rückzahlung bewilligt werden. Redner bittet den Bürgermeister, in diesem Sinne um eine Anordnung, etwa durch Einsetzung einer aus Vertretern der Interessenten der Wiener Bürgerschaft und der städtischen Fachbeamten zusammengesetzten Kommission, die diesen Vorschlag zu prüfen hätte.

Frau Rat Dr. Motzko sagt, der Modernisierung der Stadt und dem Stadtbildes werde von der Gemeindeverwaltung grosses Augenmerk zugewendet worden, hierbei altes Kulturgut geschont und erhalten und in glücklicher Weise zur Geltung gebracht, wie die neue Stiegenanlage bei der Kirche Maria am Gestade zeigt. Man müsse aber einer Art der Kritik entgegen treten, die nicht sachlich und verständnisvoll, sondern einseitig und überspitzt sich gegen Neuschöpfungen wendet. Der moderne Stil bei Assanierungs- und Neubauten offenbart noch das Suchen und Ringen um seinen eigenen Ausdruck, er ist noch nicht ausgereift, wohl aber merkt man viel Schönes und Eigenartiges. Beispielsweise zeigt der Schulhausbau von Aspern eine schöne reiche Gliederung, auch der Zierrat der Häuser setzt sich in neuer schöner Form durch. Diese Entwicklung wird vom Bauamt verständnisvoll gefördert, doch sollten auch private Unternehmer und Geschäftsleute mithelfen; das könnte vielfach dazu beitragen, die in der Künstlerschaft bestehende Not zu lindern. Ein Zusammenwirken des Stadtbauamtes und des Kunstbeirates mit den städtischen Vertretern der Künstlerschaft selbst wäre dazu berufen, neue Wege zu finden, das Alte mit dem Neuen, das Nützliche mit dem Schönen und die Pflege der Tradition mit der Lebenskraft für die Zukunft zu verbinden.

Rat Ing. Herrmann erklärt, der Voranschlag zeige, dass das Stadtbauamt das wichtigste Instrument der Arbeitsbeschaffung darstellt. Auf Schritt und Tritt treten uns Grosstaten entgegen, die für Generationen bindend sein werden. Auf den Hochbau werde ein beträchtlicher Teil der verfügbaren Mittel verwendet in der richtigen Ansicht, dass dadurch viele Gewerbezweige Arbeit und Beschäftigung finden. Für diese technischen Grosstaten verdiene das Stadtbauamt volle Anerkennung (Lebhafter Beifall). Die freien Berufstechniker und Architekten drücken dem Stadtbauamt und seinem verdienstvollen Leiter die volle Anerkennung ihres Standes mit der Bitte aus, diese wohlwollende Haltung auch im nächsten Jahre zu bekunden.

Rat Ing. Gross schliesst sich dem Danke des Vorredners an und nimmt zur Frage der Arbeitsvergebungen Stellung, die im Interesse des Baugewerbes genau geregelt werden sollen. Hinsichtlich des Strassenbaues regt Redner die Erlassung eines Expropriationsgesetzes an, damit in Zukunft nicht zu hohe Beiträge an Grundbesitzer für die bei Strassenbauten notwendigen Grundflächen gezahlt werden müssen. Der Redner ersucht um Auskunft, wie weit die zur Kanalisierung von Hetzendorf notwendigen Vorarbeiten gediehen sind. Redner tadelt

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

dass viele Hausbesitzer ihre Häuser nicht entsprechend instandhalten und meint, dass hier die Stadtverwaltung eingreifen möge. Ferner bittet er, bei Neubauten die Künstlerschaft entsprechend zu berücksichtigen. Sodann teilt der Redner <sup>mit,</sup> dass die Baugewerkschaft den Vertrag für das Baugewerbe mit 31. Dezember gekündigt und neue Lohnforderungen, die durchschnittlich eine 12prozentige Erhöhung bedeuten, vorgelegt habe, was den Hoffnungen der Bauunternehmer, dass die Lohnsätze herabgesetzt werden, zuwiderläuft. Wir bauen infolge der sozialen Lasten viel zu teuer, wodurch zur Arbeitslosigkeit beigetragen wird. Wenn auf der einen Seite auf die hohen Mietzinse hingewiesen wird, darf man auf der anderen Seite keine Lohnforderungen stellen. Die hier bekanntgegebenen Mietzinse sind unrichtig, weil z. B. eine Wohnung, bestehend aus Zimmer, Küche, Vorraum und Badenische für 60 S zu haben ist. Der Redner beschäftigt sich sodann mit der kürzlich beschlossenen Einführung eines Wohnungsnachweises in Wien und bespricht die Haltung des Hausbesitzerverbandes; auch die Mieter betreiben dasselbe Geschäft der Ablösen, ohne dass es sich um ihren Besitz handelt (Zwischenrufe).

Rat Prof. Dr. Denk erklärt, die Regulierungsarbeiten in der Inneren Stadt, insbesondere in der Wollzeile, haben manche ungerechtfertigte Kritik gezeitigt, aber auch in künstlerisch hochstehenden Kreisen Wiens lebhaft Beunruhigung hervorgerufen. Bürgermeister und Stadtbaudirektor haben jedoch die Zusicherung gegeben, dass die Stadtverwaltung nicht daran denke, kulturell Wertvolles zu verändern. Ich möchte den Herrn Referenten bitten, auch der Öffentlichkeit diese Zusicherung zu geben, damit diese Beunruhigung schwindet.

Rat Friedl bemängelt die unsachgemässe Reinigung von Denkmälern. Marmorstandbilder wurden mit Säuren behandelt und die Folge ist, dass sie jetzt "an Goldsucht leiden". Redner gibt daher die Anregung, dass solche Arbeiten vorher fachmännisch begutachtet werden und dass nicht das billigste Angebot angenommen werde. Weiter ersucht er die Strassenbezeichnungen zur Nachtzeit, insbesondere an Kreuzungen, besser kenntlich zu machen, weil bei der jetzt mangelhaften Art der Fremde, insbesondere der Kraftwagenfahrer, sich oft nicht zurechtfinden.

Rat Nathschläger schildert die Schulverhältnisse auf dem Laaerberg. Nach dem Kriege hat dort eine lebhaft Bautätigkeit eingesetzt, die Zahl der schulpflichtigen Kinder ist dadurch sehr gewachsen, sie finden in der bestehenden Volksschule keinen Platz mehr, von den 400 Kindern müssen rund 180 den dreiviertel Stunden weiten Weg in die Hebelgasse zurücklegen. Der Neubau eines Schulhauses auf dem Laaerberg sei daher dringend erwünscht, zumal auch manche Wohlfahrtsinstitutionen jetzt nur ungenügend untergebracht sind, beispielsweise das Mutterschutzwerk in einer Gasthausgarderobe, für die Schulklinik und den Kindergarten sind keine genügenden Räume vorhanden. Schliesslich bittet Redner, den noch bestehenden schlechten Zustand der Innenräume in manchen Wiener Schulen durch Ausbesserungen zu beheben.

Rat Uebelhör bespricht die Regulierung der Wollzeile, die sich als dringend und unaufschiebbar erwiesen hat. Nun hatte die Zentralstelle für Denkmalschutz gegen die Demolierung des Palais Baar Einspruch erhoben, sie verlangte die Belassung der Schaufflächen und die Erhaltung der kostbaren Stuckdecken in den ehemaligen Räumen des Erbpostmeisters. Die Fassade des Palais sollte erhalten bleiben, ebenso die Gehwege; wenigstens sollte die Hebung des Strassenniveaus erfolgen. Dadurch würden also die im Hause befindlichen Geschäfte um anderthalb Meter unter die Strassenhöhe sinken. Das wäre ein unmöglicher Zustand geworden. Es gehe doch nicht an, einzelne Häuser, über deren künstlerischen Wert man verschiedener Meinung sein könne, zu erhalten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am .....

und damit die Anlage einer Verkehrsstrasse faktisch zu verhindern. Man solle mit solchen Vorschlägen der Stadt Wien nicht neue Hindernisse in den Weg legen.

Rat Ing. Petravic erörtert in Begründung der Notwendigkeit einer forcierten Arbeitsbeschaffung die Frage, ob die Verteilung des Arbeitsbeschaffenden Aufwandes für 1938 entsprechend sei oder aber sich die Notwendigkeit ergebe, besonders notleidende Industrien besonders zu berücksichtigen und die wirtschaftsbelebende und wirtschaftsfördernde Tätigkeit der Stadt Wien noch weitreichender zu gestalten. Insbesondere ersucht Redner, alle für die Gestaltung unserer Wirtschaft verantwortlichen Faktoren um eine stärkere Berücksichtigung der Metall- und Elektroindustrie, um für diese, deren gesteigerte Beschäftigung eine wesentliche Erleichterung für den Arbeitsmarkt bringen könnte, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Vor allem wünscht Redner eine stärkere Beschäftigung der österreichischen Telefonindustrie, und zwar im Rahmen des städtischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch Ausgestaltung der Telefonanlagen bei den Bezirkshauptmannschaften, Märkten, Lagerhäusern usw. Redner nimmt für die Unterbindung jeglichen Anreizes zu einer Schleuderkonkurrenz Stellung und tritt für eine gerechte Preiserstellung bei öffentlichen Arbeitsausschreibungen, für eine rechtzeitige Vergabung der vorgesehenen Arbeitsaufträge und schliesslich für die Erstellung von langfristigen öffentlichen Arbeitsprogrammen ein, die auf eine Reihe von Jahren sich erstrecken sollen.

Rat Preyer erwidert auf die Ausführungen des Rates Ing. Gross, dass die Frage der Kollektivverträge hier nicht zu dergleichen ausfälligen Ausführungen führen sollte. Herr Rat Gross hat gesagt, dass die Erhöhung der Löhne ein Mutwillensakt der Gewerkschaft sei. Ich muss das als eine Beleidigung der Bauarbeiterschaft bezeichnen und auf das schärfste zurückweisen. Der Herr Rat hat vergessen, dass mehr als die Löhne der Bauarbeiter die kartellierten Preise für Baumaterialien zur Herabsetzung der Bautätigkeit beitragen. Ich muss mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass hier auf diese Art Diskussion geführt wird.

Rat Dr. Ing. Hongl anerkennt, dass sehr viel für Strassenerhaltung in Wien geleistet wird, gibt aber auch dem Wunsch Ausdruck, dass die Heiligenstädterstrasse, die sehr wesentlich für den Verkehr sein wird, wenn die Höhenstrasse nach Klosterneuburg ausgebaut sein wird, und auch die für den Verkehr wichtige Schottengasse einer Verbesserung unterzogen werden. Sodann bespricht Redner das Grinzing Problem, dankt dem Bürgermeister, dass er den richtigen Weg zu dessen Lösung gefunden habe, und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Ausgang des Wettbewerbes gezeigt habe, dass ein guter Wille am Werke ist und dass man das Beste machen werde, was möglich ist. Zum Schluss dankt er im Namen der Grinzingler und aller Freunde von Grinzing dem Bürgermeister.

Rat Stangelberger sagt, man möge bei der Abwicklung des Verkehrs nicht auf die Gruppe der Fussgänger vergessen. Die Trottoirs seien zum grössten Teile nicht entsprechend breit. Ferner bemängelt Redner, dass oft sehr engen Stellen des Trottoirs zahlreiche Objekte aufgestellt sind, wie Schaltungskasten für das Licht, ein Wasserhydrant, eine alte Gaslaterne, ein Ständer für die Drähte der elektrischen Strassenbahn und dergleichen mehr, wodurch die Passage unmöglich gemacht wird. Schliesslich wünscht er eine bessere Bezeichnung der Strassen mit Strassentafeln.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Rat Elsinger bemängelt den Zustand von Hauptstrassen der Inneren Stadt, er verweist auf die holprige Asphaltdecke in der Kärtnerstrasse und in der Augustinerstrasse, appelliert an den Stadtbaudirektor, die Herstellung dieser Strassenzüge seinem Programm möglichst bald einzugliedern. Die Aufschriftstafeln in den Strassen entsprechen vielfach nicht den Bedürfnissen des modernen Verkehrs. An manchen Kreuzungen, die nahe aneinander liegen, mögen wie bei der Oper die Verkehrssignale gekoppelt werden. Redner bittet um eine Berücksichtigung der Textilindustrie, die von der Arbeitsbeschaffung bisher nicht erfasst wurde, und gibt zu erwägen, ob nicht den Spitälern und Altersheimen eine Reihe von Aufträgen zugewendet werden könnten. Er empfiehlt eine Ermässigung der Steuern zu erwägen, damit die Industrie wieder leistungsfähiger werde. In diesem Zusammenhang warnt Redner vor einer unbedachten Lohnpolitik.

Rat Gurschner meint, dass Kunstpflege, Kunstförderung und Denkmalpflege der Stadt Wien unter der vorhandenen hervorragenden Leitung in einer einzigen Abteilung vereinigt werden sollten.

Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil dankt in seinem Schlusswort für die in der Debatte wiederholt zum Ausdruck gebrachte Anerkennung für die Tätigkeit des Stadtbauamtes und antwortet eingehend den einzelnen Rednern auf deren Bemerkungen. Bezüglich des Hochstrahlbrunnens am Schwarzenbergplatz teilt er mit, dass im Jahre 1938 die notwendigsten Reparaturen durchgeführt werden sollen, während für eine ständige Inbetriebhaltung dieses Brunnens sehr hohe Kosten erforderlich wären. Alle anderen städtischen Brunnen Wiens sind mit einer einzigen Ausnahme während des Sommers in Betrieb, die nicht in Betrieb befindlichen Denkmalbrunnen gehören also nicht der Stadt. Nach ausführlicher Darlegung der Gründe für die Mietzinsgestaltung an den Assanierungsbauten, erklärt der Stadtbauamtsdirektor, dass die soziale Qualität der einzelnen Firmen bei Arbeitsvergebungen genau in Betracht gezogen wird und Firmen, die Kollektivverträge nicht einhalten oder sonst unsozial sind, für Arbeitsaufträge gar nicht beantragt werden. Zur Frage der Denkmalpflege, insbesondere im Zusammenhang mit dem Palais Paar in der Wollzeile, wirft der Stadtbauamtsdirektor die Frage auf, ob es der richtige Standpunkt sei, ein einziges Gebäude zu schützen, wenn die gesamte Umgebung desselben sich schon längst verändert hat, und vertritt den Standpunkt, dass richtigerweise gewisse Schutzgebiete innerhalb der Stadt geschaffen werden sollten. In dem alten Universitätsviertel, in der Bäckerstrasse, in der **Sonnenfelsgasse** usw. werden überhaupt keine Änderungen erfolgen. Zur Förderung der Kunst und zur Hilfe für die Künstler wird im Sinne eines Auftrages des Bürgermeisters dafür gesorgt, dass bei allen Assanierungsbauten und anderen städtischen Bauten auch künstlerische Leistungen zur Geltung kommen. Die vielfach noch rückständigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Strassentafeln sollen nach Möglichkeit in einem lebhafteren Tempo aufgeholt werden (Beifall).

Der Vorsitzende Vizobgm. Lahr dankt dem Referenten für dessen sachliche Ausführungen und spricht dem Leiter des Stadtbauamtes sowie dem Stadtbauamt selbst für deren Tätigkeit Dank und Anerkennung aus. Für eine Stellungnahme zur Frage der Erhaltung oder Niederreissung historischer oder künstlerisch wertvoller Bauten seien finanzielle, wirtschaftliche, verkehrstechnische und Konstruktionsmomente der Stadt Wien zu berücksichtigen. Bauten von anerkannter Mass an ganz hohem Wert seien unbekümmert um wirtschaftliche und finanzielle Momente tunlichst zu schützen und alte historische Bauten dort, wo ihre Beseitigung nicht notwendig ist, zu erhalten. Schliesslich seien im Sinne der Ausführungen des Stadtbauamtsdirektor künstlerische und historische Schutzgebiete innerhalb der Stadt zu erhalten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

Bürgermeister Schmitz : Ich habe bereits vor einigen Wochen den Auftrag gegeben, mir eine Entschliessung vorzubereiten, eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus sachkundigen Beamten und Mitgliedern des Kunstbeirates der Stadt Wien und aus Männern bestehen soll, die, ohne Fachleute zu sein, durch ihren Geschmack und ihre Heimatliebe besonders wertvoll sind. Diese Kommission soll zur Aufgabe bekommen, zunächst Vorschläge zu machen, welche Teile des alten Wien erhaltungswürdig und schutzwürdig sind. Dann werden die bestehenden rechtskräftigen Vorschriften zu überprüfen sein, inwieweit sie im Sinne dieses Schutzes einer Abänderung bedürfen. Das ist sachliche Arbeit, um für die zukünftige Behandlung dieser Frage klare und feste Grundlagen zu schaffen, auf denen sowohl die Verwaltung wie auch die privaten Interessenten ihre Entschliessungen aufbauen können. Ich hoffe in wenigen Wochen in der Lage zu sein, diese Kommission an die Arbeit zu rufen. (Lebhaft. Beifall).

Zum Kapitel "Wirtschaftsamt" (Berichterstatter Obersenatsrat Dr. Fenzl) spricht Rat Effenberger über das Sinken des Auftriebes auf dem Fleischmarkte, woran nicht nur der Konsumrückgang, sondern auch das Viehverkehrsgesetz und neue Abgaben Schuld tragen. Die fleischverarbeitenden Gewerbe machen den Vorschlag, neue Gebühren für Lebendware einzuführen, durch die <sup>die</sup> Belastung ermässigt wird. Es wäre auch eine Angleichung der Gebühren für Wien und die Provinz notwendig. Redner stellt fest, dass der Rückgang im Bäckereigewerbe in den letzten vier Jahren 12 7/8 Prozent an beschäftigten Arbeitern beträgt. Aus diesem Grunde wäre es notwendig, die entsprechenden Schutzmassnahmen ehestens durchzuführen.

Rat Kastl verweist auf die Lage auf dem Erzherzog Karlplatz. Die katholische Bevölkerung dieses Bezirksteiles wünsche die Entfernung des dortigen Produzenten- und Grossmarktes, die insbesondere nach Fertigstellung der Reichsbrücke dringend geboten sei, um den Platz endlich seiner ursprünglichen Bestimmung als gepflegte Anlage zuzuführen.

Rat Walla erklärt, dass er der Verlegung dieses Marktes derzeit nicht zustimmen könne, wenn er auch die Empfindungen der katholischen Bevölkerung durchaus verstehe und ihre Wünsche begreiflich finde. Eine Verlegung dieses Marktes würde den Zustrom zum Naschmarkt ausserordentlich vertärken, was aus Sicherheitsgründen durchaus nicht zu empfehlen wäre. Bevor die Marktfrage in Wien nicht endgültig geregelt werden könne, solle man an dem bestehenden Zuständen besser nicht rühren.

Obersenatsrat Dr. Fenzl erklärt in seinem Schlusswort, dass die Auflassung des Marktes auf dem Erzherzog Karlplatz erst dann vorgenommen werden könnte, wenn die Frage des Allgemeinen Obst- und Gemüsemarktes gelöst sei.

Ohne Debatte werden Bericht und Anträge des stellvertretenden Leiters des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa betreffend die Einnahmeposten des Kapitels "Arbeitsbeschaffung" genehmigt. Unternehmungen

Nunmehr gelangen die Wirtschaftspläne der städtischen Wirtschaftspläne zur Verhandlung.

Nach dem Bericht des Direktors Ing. Güntner über den Wirtschaftsplan der städtischen Gaswerke referiert <sup>Dir.</sup> Ing. Beron über den Wirtschaftsplan der städtischen Elektrizitätswerke.

Rat Nathschläger stellt fest, dass der Gebarungüberschuss der Elektrizitätswerke die Folge sparsamster und wirtschaftlichster Betriebsführung ist. Redner bringt einige Wünsche um Stromermässigungen in konkreten Fällen vor.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am .....

Nach dem Berichte des Direktors Ing. Werner über den Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen äusserte Rat Frumold Wünsche der Bevölkerung des Bezirkes Ottakring. Es möge die Linie 47 bei Betriebsbeginn um zehn Minuten früher abgelassen werden und bis 8 Uhr früh ein Fünfminutenverkehr eingeschaltet werden. Weiters wünscht der Redner, dass die Linie 10 mit der Linie 48 verbunden werde.

Rat Rechberger gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Strassenbahn durch Einführung von Fahrtrichtungsanzeigern, Blinklichter oder sonstige Vorkehrungen zur höheren Sicherheit des Strassenverkehrs beitragen möge.

Rat Stangelberger unterstützt die Vorschläge des Vorredners, worauf Rat Ing. Demmer ersucht, künftighin den Bericht über die städtischen Unternehmungen an das Plenum und die Darstellung sowie die Zusammenstellung der Ziffern in einer anderen Form zu geben als sie bisher üblich gewesen ist, um der Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, durch Vergleiche mit der Vergangenheit von der konstanten Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen überzeugen zu können. Der Redner betont, dass den Wirtschaftsunternehmungen alle sozialen Lasten, die eigentlich der Hoheitsverwaltung zukommen, abgenommen werden sollen.

In seinem Schlusswort entgegnet Strassenbahndirektor Ing. Werner, dass die Anbringung von Winkern nicht gerechtfertigt ist, weil die Strassenbahn das Vorrangrecht im Verkehr hat.

Der Vorsitzende Vizobürgermeister Lehr stellt fest, dass die Tatkraft des Strassenbahndirektors Jahr für Jahr bemüht ist, Ordnung zu schaffen und dass eine günstige Wandlung gerade im letzten Jahr allmählich sichtbar geworden ist. Er spricht auch namens der Bürgerschaft dem Strassenbahndirektor für dessen Tätigkeit den Dank aus.

Nach den Berichten über die Wirtschaftspläne des städtischen Brauhauses (Direktor Kirner), der städtischen Leichenbestattung (Direktor Ing. Raschendorfer) und der städtischen Ankündigungsunternehmung (Direktor Pikolon) dankte der Bürgermeister der Bürgerschaft für die gründliche und sachliche Budgetberatung und entbot ihr und der gesamten Wiener Bevölkerung die besten Weihnachts- und Neujahrswünsche.

Damit ist die Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft beendet.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

327

Wien, am 22. Dezember 1937.

## Strassenbahnfahrpreis am Christtag.

Am Christtag (25. Dezember) gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 6¼ Groschen innerhalb der Wiener Gemeindegrenze während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn gelten ebenfalls während der ganzen Betriebszeit, doch ist die Rückfahrt nur am Tage der Ausgabe erlaubt und nicht erst am zweiten Tag.

Der Autobusbetrieb durch die Innere Stadt ist eingestellt. Betrieben werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 15 Uhr 30 und die Sonntagslinie Hietzing-Stefansplatz-Praterstern von 12 Uhr 30 bis 19 Uhr 30.

## Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten.

Nach einem Bericht des städtischen Marktamtes stehen für die Feiertage auf dem Zentralfischmarkt insgesamt 333.000 Kilogramm Karpfen, 4.000 Kilogramm andere Süßwasserfische und 217.000 Kilogramm Seefische zur Verfügung. Ausserdem sind noch 24.000 Kilogramm Seefische im Anrollen. Aus den Kaltern des Zentralfischmarktes wurden bereits 150.000 Kilogramm Karpfen ausgeliefert. Das Engros-geschäft ist gut und wird zunehmend lebhafter; an die Provinz wurden bisher 14.000 Kilogramm Karpfen und 30.000 Kilogramm Seefische geliefert. In Anbetracht der günstigen Zufuhren ist für den Wiener Konsum genügend Ware vorhanden. Die Kleinhandelspreise sind unverändert.

In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, herrschte normaler Wochentagsverkehr bei unveränderten Preisen. In der Abteilung für Viktualien war das Geschäft mittelmässig. Die Beschickung mit Obst und Gemüse ist gut, die Nachfragen sind jedoch nicht lebhafter als in der Vorwoche. Sehr stark ist noch immer die Nachfrage nach Weihnachtsartikeln und Christbaum-Zuckerwaren, wo es bei manchen Ständen sehr lebhaft zuzing.

Auf dem Naschmarkt macht sich der Weihnachtseinkauf vorwiegend im Obstgeschäft allmählich bemerkbar. Gefragt sind hauptsächlich steirische Äpfel, die in schöner Ware auf den Markt kommen. Die Preislage ist unverändert. Agrumen und Südfrüchte sind reichlich vorhanden. Die Nachfrage nach Geflügel ist derzeit noch schwach. Sehr reichlich ist die Beschickung mit Fasanen. Die Nachfrage nach Eiern wie nach Butter ist gut. Im Kochbutter ist ein so reger Absatz zu verzeichnen, dass diese Ware bei manchen Naschmarkthändlern beinahe knapp geworden ist.

Auf den übrigen Märkten ist die Situation im Grossen und Ganzen unverändert. Das Fischgeschäft ist noch unbedeutend, da sich die Konsumenten die Fische erst am 23. oder 24. d. besorgen. Ähnlich ist es auch mit dem Geflügel, für das allerdings schon viele Bestellungen, hauptsächlich in Qualitätsware aufgegeben wurden. Im Grosshandel macht sich nur bei Gänsen, insbesondere bei Ia Qualität, eine vermutlich nur vorübergehende steigende Tendenz bemerkbar. In Eiern ist das Hauptgeschäft bereits so ziemlich vorüber.

Das Christbaumgeschäft setzt jetzt lebhafter ein; in manchen Bezirken sind bereits 30 bis 60 Prozent der Vorräte verkauft. Auf anderen Plätzen wieder ist das Geschäft je nach Bezirk und Lage noch flau bis mittelmässig.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

besonders in einigen Vorortbezirken ist der Absatz noch schleppend. Die Preise betragen je nach Qualität und ohne Kreuz bis zu einem halben Meter Höhe bei Tannen 50 Groschen bis 1 Schilling 20, bei Fichten 30 Groschen bis 1 Schilling, bis zu einem Meter Höhe bei Tannen 80 Groschen bis 3 Schilling, bei Fichten 60 Groschen bis zu 1 Schilling 50, bis zu 2 Meter Höhe bei Tannen 1 Schilling 40 bis 5 Schilling 50, bei Fichten 1 Schilling bis 3 Schilling 50 und über 2 Meter Höhe bei Tannen 2 Schilling 50 bis 8 Schilling und bei Fichten 2 Schilling bis 6 Schilling.

## Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das am 21. d. ausgegebene 18. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1937, enthält die Verordnung des Bürgermeisters vom 20. d., mit der Ausnahmen von der Feiertagsruhe für den 25. Dezember (Christtag) ausser Kraft gesetzt werden. Wir haben darüber bereits ausführlich berichtet.

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 27 Filme, davon 8 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen 24 ungekürzt und 2 mit Kürzungen die Vorführungsbeurteilung erhielten. 16 Filme wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Guter Kamerad" und "Broadway Melodie 1938".

## Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, 6., Brückengasse 3, und 3., Petrusgasse 10, beginnen im Jänner neue Vormittags- und Abendkurse für bürgerliche und feine Küche, Servierkurse, Nachmittags- und Abendkurse für Weissnähen, Flicker und Kleidermachen. Auskünfte und Einschreibungen täglich von 10 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

## Die Leichenfeier für Ludwig Köck.

Heute fand im Zentralfriedhof die Beerdigung des am 16. d. im Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke tödlich verunglückten Maschinisten Ludwig Köck statt. Zur Leichenfeier hatten sich unter anderem eingefunden Bürgermeister Richard Schmitz, Vizebürgermeister Waldsam, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder mit dem Referenten für die städtischen Unternehmungen Dr. Göllich, der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ing. Beron, die Vizedirektoren Ing. Frisch und Dr. Kierer, Bundeswirtschaftsrat Skokan, Vertreter der Dienststellenorganisation der V. F. und der Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten sowie starke Abordnungen der Bologenschaft der städtischen Elektrizitätswerke. Nach Einsegnung der Leiche in der Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche durch Rat der Stadt Wien Monsignore Schneider bewegte sich der imposante Leichenzug zum Grabe, wo Vizebürgermeister Waldsam und der Obmann der Arbeitsgemeinschaft der Kollektivistinnen Zahalka Worte des Abschiedes sprachen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

328

II. Ausgabe

Wien, am 22. Dezember 1937.

---

## Bretteldorf-Prozess noch nicht beendet.

Mit dem heute der Stadt Wien zugestellten Urteil hat das Bezirksgericht Leopoldstadt die Kündigungen der Stadt Wien gegen eine gewisse Anzahl von Pächtern im Bretteldorf für unwirksam erklärt.

Das Urteil folgt hierbei fast ausschliesslich den von der Stadt Wien bekämpften und sachlich widerlegten Meinungen der vom Gericht bestellten Sachverständigen. Das Urteil anerkennt zwar, dass die Anschüttung des Bretteldorfgebietes zur Vermeidung von Hochwassergefahren notwendig sei und dass auch die Anschüttung von Kehricht auf diesem Gelände wirtschaftlich gerechtfertigt erscheine; dennoch hält es dafür, dass das im Pächterschutzgesetz geltend gemachte höhere öffentliche Interesse derzeit noch nicht zweifellos erwiesen sei.

In der Erkenntnis, die Verantwortung für den weiteren Bestand der Siedlung wegen der vorhandenen Ueberschwemmungsgefahr nicht tragen zu können, wird die Stadt Wien schon aus diesem Grunde gegen das erwähnte Urteil, das die Stadtverwaltung nicht von der Verantwortung entheben kann, Berufung ergreifen und alle ihr rechtlich zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die tatsächliche Durchführung der Assanierung des Bretteldorfgebietes zu sichern.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 329

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 23. Dezember 1937.

## Dreitausend Firmen arbeiten für das Stadtbauamt.

Die Arbeiten und Aufträge, die von der Wiener Stadtverwaltung zur Belobung der Privatwirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit begeben werden können, fallen zum Grossteil in den Verwaltungsbereich des Stadtbauamtes. Die statistischen Aufzeichnungen über die hiesige bis Ende November vom Bauamte vorbereiteten Bestellungen und Arbeitsvergaben zeigen nun interessante Veränderungen gegenüber dem gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres. Während 1936 nur 2.600 Firmen Aufträge erhalten hatten, ist hiesig bereits die Zahl von 3.000 erreicht. Auch der Umsatz hat sich erhöht, denn er beträgt rund 45 Millionen Schilling, um 2'5 Millionen Schilling mehr als 1936.

Die Verteilung der Arbeiten gestaltete sich in diesem Jahre neuerdings um einige Punkte günstiger für das Kleingewerbe, dem von der Stadtverwaltung bekanntlich stets eine besondere Beachtung entgegengebracht wird. Während im Vorjahre 88'4 Prozent aller Firmen diesem Stande angehörten, sind es hiesig 90'8 Prozent. Demgemäss hat sich auch der Anteil an der Umsatzziffer von 53'7 auf 57'8 Prozent erhöht.

Auffallend ist auch das Ansteigen des Umsatzes der Baumeisterfirmen, die gegenüber dem Vorjahre um fast 2 Millionen Schilling, das sind 28 Prozent, mehr ins Verdienen bringen konnten. Erfreulich ist, dass auch der Umsatz der freien Künstlerberufe, Architekten, Bildhauer und Maler, sich wesentlich, und zwar auf mehr als das Doppelte erhöht hat.

Nicht allein der Hochbau aber kann eine bessere Beschäftigung verzeichnen. Auch die metallverarbeitenden Gewerbe und Industrien fanden in grosser Zahl Beschäftigung für die Stadt. Mit der Lieferung von Maschinen, Maschinenbestandteilen, Werkzeugen und sonstigen Eisenwaren waren 324 Firmen betraut. Schlosser- und Drahtgitterarbeiten lieferten 132 Firmen. Mit Autolieferungen und einschlägigen Reparaturarbeiten wurden 73 Unternehmungen betraut. Elektroarbeiten ergaben sich für 142 Firmen und 188 Betriebe der verschiedenen Installationsgewerbe für Gas, Wasser, Heizung und Lüftung haben allein einen Umsatz von fast 3 Millionen Schilling zu verzeichnen. Rechnet man noch die einschlägigen Baustofflieferungen und sonstigen Vergabungen kleineren Umfanges dazu, so ergibt sich für die gesamte Metallbranche eine Summe von rund 10 Millionen Schilling.

Der Gesamtbetrag von 45 Millionen Schilling in den ersten elf Monaten des Jahres 1937 entspricht nicht weniger als rund 3 Millionen Arbeitstagen. Rechnet man dazu noch die Arbeit schaffenden Umsätze der anderen städtischen Verwaltungszweige, ferner die der städtischen Unternehmungen und schliesslich den Aufwand für die von der Stadt durch den Assanierungs- und den Hausreparaturfonds geförderten privaten Bauarbeiten, so steigt diese Ziffer auf mehr als das Doppelte.

## Die Grossmarkthalle zu Weihnachten.

Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, bleibt die Grossmarkthalle (beide Abteilungen) am 25. und 26. Dezember geschlossen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 330

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. Dezember 1937.

## Weihnachtsfeiern des Rathauses.

Dienstag nachmittag bereiteten Bürgermeister Richard Schmitz und Frau rund 900 Waisenkinder, die vom städtischen Wohlfahrtsamt betraut werden, im Festsaal des Rathauses eine Weihnachtsfeier, bei der unter dem Glanze eines riesigen Christbaumes die Kinder beschenkt und auch bewirtet wurden. An der Feier nahmen u. a. Magistratsdirektor Dr. Hiesmanner, Obersenatsrat Dr. Maly mit den leitenden Beamten der Jugendfürsorge sowie die Leitungsmitglieder der Dienststellenorganisation der V. F. bei.

In den letzten Tagen fanden in allen Familienasylen, ebenso in Hasenleiten schlichte Weihnachtsfeiern statt, bei denen in Vertretung des Bürgermeisters Obersenatsrat Dr. Maly und Obermagistratsrat Schinnell jeder Familie ein Geschenkpaket überreichten. Infolge der Budgetberatung in der Wiener Bürgerschaft war es Bürgermeister Schmitz nicht möglich, an allen diesen Weihnachtsfeiern teilzunehmen. Nichtsdestoweniger erschien er bei der Weihnachtsfeier im Familienasyl St. Elisabeth, wo er die Geschenkpakete persönlich überreichte. Die Gattin des Bürgermeisters, Frau Josefine Schmitz, wohnte der Weihnachtsfeier im Familienasyl St. Anna bei. Ueberdies wurde jede in einem Familienasyl wohnende Familie instandgesetzt, den heiligen Abend im Schosse der Familie nach heimatlicher Art zu feiern.

Donnerstag nachmittag versammelten sich die Amtswalter der Dienststellenorganisation Wien der V. F. im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses zu einer überaus innigen und gehaltvollen Weihnachtsfeier, bei der Amtsrat Ensfellner und Bürgermeister Richard Schmitz Ansprachen hielten.

Ebenfalls Donnerstag nachmittag fand im Festsaal des Rathauses die Weihnachtsfeier für etwa 800 Kinder städtischer Angestellter und Arbeiter statt, die mit ihren Eltern und Geschwister geladen waren. Zu dieser Weihnachtsfeier, die neben der Weihnachtsfeier für die 900 Waisenkinder wohl eine der grössten Weihnachtsfeiern Wiens war, erschienen auch Bürgermeister Richard Schmitz und Frau, Magistratsdirektor Dr. Hiesmanner, Obersenatsrat Dr. Maly, Senatsrat Dr. Leppa, die Unternehmensdirektoren, die Landesfachleiter der V. F. und die Leitungsmitglieder der Kameradschaft der städtischen Angestellten und Bediensteten. Der Bürgermeister richtete an die Kinder eine herzliche Ansprache, worauf sie mit Kleidern, Schuhen, Lebensmitteln und Süßigkeiten beteiligt wurden. Musik- und Gesangsvorträge sowie ein Weihnachtsspiel verschönerten die Feier.

## Hausgehilfinnen-Ehrung durch die Stadt Wien.

Seit zwei Jahren führt die Stadt Wien im Juni und Dezember Ehrungen von Hausgehilfinnen und Hausgehilfen durch, die mehr als 25 Jahre beim gleichen Dienstgeber beschäftigt sind. Bisher wurden bereits 964 Hausgehilfinnen und 9 Hausgehilfen ausgezeichnet. Donnerstag nachmittag fand im Sitzungssaale der Wiener Bürgerschaft die sechste Hausgehilfinnen-Ehrung statt, bei der in Vertretung des Bürgermeisters Vizobürgermeister Lahr nach einer herzlichen Ansprache 44 Hausgehilfinnen die Auszeichnungen überreichte. An der Feier nahmen unter anderen auch die Gattinnen der Vizobürgermeister Dr. Krosse und Waldsam, Frau Rat Strohmayr und Vertreterinnen des Verbandes der christlichen Hausgehilfinnen teil.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am.....

## Ausstellung der Grinzinger Wettbewerbs-Arbeiten.

Auf Anordnung des Bürgermeisters werden die anlässlich des Grinzinger Wettbewerbes eingelangten Projekte und Entwürfe vom 5. bis 12. Jänner 1938 in der Volkshalle des Rathauses zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt.

## Der städtische Rechnungs- und Kassendienst von Weihnachten bis Neujahr.

Der Rechnungs- und Kassendienst der Wiener Bezirkshauptmannschaften bleibt wie alljährlich während der heurigen Weihnachtswoche an den Werktagen vom 27. bis einschliesslich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Konten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen während der allgemeinen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, so dass die Möglichkeit der Einzahlung von Abgaben keine Beschränkung erfährt.

## Wiener Winterhilfe.

Vom 27. bis einschliesslich 31. Dezember werden in den Fürsorgeämtern die Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe für Jänner<sup>1938</sup> ausgegeben. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes während der Parteienstunden einzufinden: A bis D am 27., E bis H am 28., I bis L am 29., M bis P am 30. und Q bis Z am 31. Dezember. Bewerben können sich nur jene Personen, die ein Fürsorgebuch der Gruppe A oder B besitzen. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, der Arbeitslosennachweis, ein Personaldokument und der polizeiliche Melde-nachweis sämtlicher im Fürsorgebuch verzeichneten eigenberechtigten Personen.

An den gleichen Tagen und in der selben Einteilung werden wie bisher an Fürsorgebuchbesitzer der Gruppen A und B, wenn sie für Kinder unter 15 Jahren zu sorgen haben, Anweisungen auf Wohlfahrtsmilch für Jänner 1938 ausgegeben.

## Ehrung von Hebammen.

Donnerstag beglückwünschte in Vertretung des Bürgermeisters Oberstadtphysikus Dr. Gegenbauer im Wohlfahrtsamt die Hebammen Josefa Christ, Marie Hammer und Marie Uher anlässlich des Jubiläums ihrer 40jährigen Berufstätigkeit und überreichte jeder Jubilarin ein Ehrengeschenk der Stadt Wien.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

## Alarmbereitschaft des Strassenreinigungsbetriebes.

In der Nacht auf Samstag trat Regen und auch leichter Schneefall ein, was später in verschiedenen Bezirken zur Glatteisbildung führte. Der <sup>städtische</sup> Strassenreinigungsbetrieb setzte schon in den frühesten Morgenstunden alle automobilen Sandstreumaschinen, ferner alle Strassenarbeiter und überdies mehr als hundert Privatfuhrwerke für die Strouarbeiten mit dem Erfolg ein, dass es nirgends zu Verkehrsstörungen kam. Während des ganzen Tages war wegen der Gefahr einer neuerlichen Glatteisbildung Alarmbereitschaft angeordnet.

Der Strassenreinigungsbetrieb hat alle Vorkehrungen getroffen, um an den Feiertagen im Bedarfsfalle sämtliche Mannschaften und maschinellen Einrichtungen zur Schnee- und Glatteiskämpfung schlagartig einsetzen zu können.

## Ueberreichung von Auszeichnungen.

Bürgermeister Richard Schmitz überreichte heute im Rathaus den Obersenatsräten Dr. Karl Fenzl und Dr. Ludwig Maly das ihnen vom Bundespräsidenten verliehene Komturkreuz des österreichischen Verdienstordens. Der Bürgermeister würdigte die Verdienste der beiden Ausgezeichneten, die als leitende Beamte wichtigen Gruppen der städtischen Verwaltung vorstehen, worauf Obersenatsrat Dr. Maly für die Ehrung dankte. Der Auszeichnungsüberreichung wohnten unter anderem auch bei Magistratsdirektor Dr. Hiesmaseder, Obersenatsrat Dr. Hornek, der stellvertretende Leiter des städtischen Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa und die Senatsräte Dr. Asperger, Dr. Schindler und Stollewerk.

## Das Weihnachtsgeschäft auf den Wiener Märkten.

Nach einem Bericht des städtischen Marktamtes war heute früh auf dem Zentralfischmarkt die Nachfrage nach Karpfen und Seefischen anhaltend gut. Die Preise waren unverändert.

In der Grossmarkthalle war der Grosshandelsverkehr belanglos. Im Kleinhandel war die Nachfrage nur in Geflügel etwas besser, doch entsprach sie keineswegs dem reichen Angebot. Die Preislage blieb daher unverändert.

Auf dem Naschmarkt war der Verkehr heute äusserst lebhaft. Die Nachfrage nach Fischen war so stark, dass die Fische zeitweise ausverkauft waren und die Käufer auf die Nachschübe vom Fischmarkt sogar eine halbe Stunde warten mussten. Geflügel fand reissenden Absatz, nur ganz grosse, schwere Gänse (7 bis 8 Kilogramm) gingen schwach und wurden um 10 bis 20 Groschen pro Kilogramm billiger.

Auf den Märkten und in den Bezirksgeschäften setzte das Fischgeschäft heute schon um 6 Uhr 30 früh sehr lebhaft ein, da genügend Ware vorhanden war, konnten alle Käufer befriedigt werden.

Die Nachfrage nach Geflügel, insbesondere nach Gänsen, war sehr gut, trotzdem überstieg das Anbot vielfach die Nachfrage. Truthühner waren in grossen Mengen preiswert auf dem Markte, da England im letzten Augenblick die Bestellungen in Ungarn zum Teil storniert hat.

Das Christbaumgeschäft war Freitag nachmittags und heute vormittags sehr flott, so dass viele Plätze zum Teil ganz, zum Teil bis zu 75 Prozent ausverkauft sind. Das Geschäft war nach vielen Jahren wieder sehr zufriedenstellend.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

331

Abendausgabe

Wien, am 24. Dezember 1937

## Der Ideonwettbewerb für das Ausstellungs- und Messogelände.

Durch die bevorstehende Uebernahme des Praters durch die Stadt Wien wird es möglich, einem bisher bestehenden Mangel abzuholfen und in Wien ein Ausstellungs- und Messogelände zu schaffen.

Zu diesem Zwecke hat Bürgermeister Richard Schmitz den Auftrag gegeben, einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb zur Erlangung von Ideon-skizzen für die Ausgestaltung des Ausstellungs- und Messogeländes zu veranstalten.

Teilnahmeberechtigt an dem Ideonwettbewerb sind Architekten und andere im Fachgebiet Tätige, auch wenn sie nicht österreichische Staatsbürger sind.

Die Beurteilung der einlangenden Entwürfe und die Zuorkennung der Preise des allgemeinen Wettbewerbes obliegen einem Preisgerichte unter dem Vorsitze des Bürgermeisters. Im Hinblick darauf, dass auf Wunsch hiesiger Fachkreise auch ausländische Preisrichter gewonnen werden sollen, kann die vollständige Liste der Preisrichter erst nach Eintreffen aller Antworten bekanntgegeben werden.

Das Preisgericht wird die Beurteilung der Entwürfe in Anlehnung an die vom Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein aufgestellten Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben durchführen.

Nach Entscheidung des Preisgerichtes werden alle eingelangten Entwürfe vierzehn Tage lang öffentlich ausgestellt.

Das Ergebnis des Wettbewerbes wird umgehend den Tagesblättern und Fachzeitschriften bekanntgegeben.

Beabsichtigt ist, das Gebiet des Praters zwischen der Ausstellungsstrasse, der Vorgartenstrasse, der Meiereistrasse und der Hauptallee als Ausstellungs- und Messogelände zu widmen und für diese Zwecke <sup>entsprechend</sup> auszugestalten.

Die Fläche hat eine Grösse von rund 775.000 Geviertmetern, ist im allgemeinen eben und hat kein merkbares Gefälle nach einer bestimmten Richtung. Auf diesem Gebiete befinden sich ausser den auf dem derzeitigen Messogelände noch im Betrieb stehenden Baulichkeiten der Wiener Messe A.G. noch der Betrieb des Lagerhauses mit der von der Weltausstellung des Jahres 1873 stammenden, rund 800 Meter langen und 50 Meter breiten Maschinenhalle, die Sportanlagen des Trabrennvereines mit den Tribünen und Stallgebäuden, die beiden gleichfalls aus dem Jahre 1873 stammenden Amateurpavillons (Bildhauerateliers), die Depots vom Roten Kreuz und die Imkerschule.

Das Gelände besitzt teilweise lichten anähnlichen, teilweise parkartigen Baum- und Gehölzbestand. Dieser ist zu schonen und zur Belobung der Baugruppen mitzuverwenden.

Als Zufahrtsstrassen und Zugangswege kommen in erster Linie in Betracht: vom Praterstern die Hauptallee, die Ausstellungsstrasse und die Vorgartenstrasse, von der Rotundenbrücke die Rotundenallee und von der Stadionbrücke die Stadionallee.

Von den angeführten Betrieben und Baulichkeiten ist die Trabrennanlage an sich und in Bezug auf das benachbarte Stadion von besonderer Bedeutung. Daher wäre zu erwägen, ob diese Anlage mit der Stadionanlage und der zu projektierenden Ausstellungs- und Messeanlage in einen organischen

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am .....

Zusammenhang gebracht werden könnte, wobei ein Umbau dieser Sportanlagen erst in letzter Linie in Betracht käme. Auf alle Fälle ist die Führung der drei genannten Betriebe als Einzelbetriebe zu gewährleisten. Die Maschinenhalle (Lagerhaus) und die anderen namentlich angeführten Baulichkeiten können in die Gesamtanlage eingegliedert oder zur Abtragung in späteren Zeitechnitten in Aussicht genommen werden.

Dem Entwerfenden bleibt es überlassen, im Rahmen der bestehenden und geplanten Verkehrsanlagen die Verkehrsmöglichkeiten auszubauen, auch die Anordnung grosser Wagenaufstellungsplätze an geeigneten Stellen vorzuschlagen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Volkssprater mit seinen Belustigungsobjekten und Gaststätten zu erhalten ist und höchstens geringfügige Veränderungen erfahren darf. Der geplante Verbindungsweg für Fussgänger zwischen Stadion und Volkssprater ist ausserhalb des abzufriedenden Ausstellungs- und Messgeländes zu führen und darf keine Zufahrtsstrassen kreuzen.

Der Entwurf ist so zu gliedern, dass er in Abschnitten zur Ausführung gebracht werden kann, und zwar derart, dass die in den einzelnen Bauabschnitten fertiggestellten Teile der Anlage in Benützung genommen werden können, ohne durch die in Ausführung befindlichen und bereits bestehenden Bauten in ihrer Zugänglichkeit und Benützungsfähigkeit behindert zu sein. Ebenso sollen die auf dem Gelände befindlichen Baulichkeiten und Anlagen auf die Dauer ihres Bestandes im Zuge der abschnittweisen Ausführung des gesamten Projektes unbehindert widmungsgemäss benützt werden können.

Für den ersten Bauabschnitt stehen der Platz der abgebrannten Rotunde und die anschliessenden, nicht genützten Flächen zur Verfügung.

Die Teilanlagen sind so auszugestalten, dass sie auch für sich allein ein Ganzes bilden, das sich in die Umgebung gut einfügt. Mit dieser Forderung soll vermieden werden, dass etwa der Eindruck eines fühlbar unfertigen Bauzustandes erweckt wird, wenn die Ausführung der Gesamtanlage aus irgend welchen Gründen unterbleibt.

Jede Wettbewerbsarbeit hat zu bestehen aus:

einem Lageplan 1:2.880 mit Einzeichnung aller Baulichkeiten, der erforderlichen Freiflächen, der Verkehrsflächen innerhalb des Ausstellungs- und Messgeländes, der Grünanlagen, der Umgrenzung der einzelnen Bauabschnitte, der Ausgestaltung des umliegenden Geländes nach Anordnung von Strassen, Wagenaufstellungsplätzen, Promenaden, Gartenflächen und so weiter;

einer Vogelschau in der beiläufigen Grösse des Lageplanes;  
einigen skizzenhaften Schaubildern wichtiger Durchblicke auf die bedeutendsten Baulichkeiten und

einer Beschreibung als Ergänzung des Entwurfes.

Die Unterlagen für den Wettbewerb werden bereits in einigen Tagen (der genaue Termin wird verlautbart werden) ausgefolgt werden.

Die Zuerkennung folgender sechs Preise ist in Aussicht genommen:

ein erster Preis im Betrage von 4.000 Schilling,

zwei zweite Preise im Betrage von je 3.000 Schilling,

drei dritte Preise im Betrage von je 2.000 Schilling.

Das Preisgericht behält sich das Recht vor, den Gesamtbetrag

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

3. Blatt

Wien, am .....

von 16.000 Schilling erforderlichenfalls in geänderter Aufteilung zuzuerkennen.

Überdies steht noch ein Betrag von 8.000 Schilling für den Ankauf guter Arbeiten zur Verfügung.

Bei der Planung ist eine örtliche Trennung zwischen Ausstellungs- und Messbauten nicht beabsichtigt. Das der Ausschreibung unterlegte Programm umfasst den Raum- und Flächenbedarf der Wiener Messe im Prater sowie die Unterbringung von kleineren oder grösseren Ausstellungen; überdies ist die Abhaltung von Grossveranstaltungen sportlicher und künstlerischer Art zu erwägen. Diese Baulichkeiten sind so anzuordnen, dass sie auch ausserhalb der Messezeiten zugänglich bleiben, gesondert betrieben werden können und der Nichtbetrieb im übrigen Gelände den Besuchern nicht störend fühlbar wird.

Da der Wettbewerb ausschliesslich die Erlangung von städtebaulichen Lösungen bezweckt, sind für die einzelnen Baulichkeiten, Gebäudegruppen und Freiflächen nur wenige bestimmende Einzelheiten und die beiläufigen Flächenausmasse angegeben. Diese sollen nur die Kenntnis des Platzbedarfes vermitteln und die Beurteilung der verschiedenen Baumassen und ihrer Grösßenbeziehungen ermöglichen.

Ein Hauptaugenmerk ist auf eine zweckmässige und städtebauliche gute Anordnung des Verkehrsnetzes im Gelände und seines Anschlusses an das umliegende Stadtgebiet zu richten. Da mit einem Massenbesuch zu rechnen ist, wären zahlreiche und entsprechend bemessene Verkehrsflächen so anzuordnen, dass sich die Besucher leicht zurechtfinden können.

Durch Alleen, baumbestandene Plätze und Grünflächen ist eine befriedigende Eingliederung des Geländes in das Grünland des Praters anzustreben, eine erwünschte Belebung der Baumassen zu erzielen und eine wenigstens teilweise Erhaltung des Baumbestandes zu sichern.

Als Dominante der Anlage ist an geeigneter Stelle die Errichtung eines weithin sichtbaren

## Wahrzeichens

vorgesehen, das die Bedeutung der geplanten Baulichkeiten sinnfällig betont. Dieses Wahrzeichen kann unter Berücksichtigung moderner Beleuchtungstechnik als freistehendes Bauwerk oder als Gebäudeteil einer der beabsichtigten Bauten angenommen werden. Die übrigen Erfordernisse der Messe wird der Bewerber am Wettbewerb aus den ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen entnehmen können.

Der begriffliche Wunsch der Wiener Messe A.G., schon im Herbst 1938 neue Hallen beziehen zu können, setzt die Durchführung des Ideenwettbewerbes, die Gewinnung baureifer Projekte, die Ausschreibung der Bauarbeiten und endlich die Durchführung von Neubauten unter dem starken Druck der äusserst knappen Zeit, die bis zur Herbstmesse zur Verfügung steht. Es sind daher unabhängig vom Ideenwettbewerb noch drei leistungsfähige Architekturbüros mit dem Studium der Fragen betraut worden, damit auch bauliche Einzelheiten bereits abgeklärt werden können bis zum Zeitpunkte, da das Ergebnis des Ideenwettbewerbes vorliegen wird. Diesem Ergebnis und seiner Verwertung wird dadurch in keiner Weise vorgegriffen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 332

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 27. Dezember 1937.

## Die Strassenreinigung bei Tauwetter, Glatteis und Schnee.

(Mittagsmeldung.) Der städtische Strassenreinigungsbetrieb, der am 24. Dezember wegen der Gefahr einer neuerlichen Glatteisbildung Alarmbereitschaft angeordnet hatte, setzte sofort nach Eintritt des Tauwetters alle verfügbaren Mannschaften und sämtliche Kehrrmaschinen zur Strassenreinigung ein. Diese Arbeiten dauerten am 24. Dezember bis nach 19 Uhr und wurden am 25. Dezember vom gesamten städtischen Strassenreinigungspersonal bis Mittag fortgesetzt.

Am 26. Dezember früh kam es infolge des Temperatursturzes plötzlich zur Glatteisbildung. Auch diesmal zog der Strassenreinigungsbetrieb alle Strassenarbeiter sowie sämtliche automobilen Sandstreumaschinen und ausserdem mehr als hundert private Fuhrwerke zur Bestreuung der Fahrbahnen und Strassenübergänge heran.

Heute früh setzte Schneefall ein, was den Strassenreinigungsbetrieb veranlasste, sofort 2.432 Schneeschaufler und rund 1.000 Mann des eigenen Personales für die Schneeabräumung in den Dienst zu stellen. In den äusseren Bezirken, wo die Schneedecke höher war, wurden überdies 4 Autoschneepflugszüge und 98 Pferdeschneepflüge eingesetzt. Ausserdem wurden wegen der Glätte der Fahrbahnen alle automobilen Sandstreumaschinen zu den Streuarbeiten herangezogen.

Die Strassenbahn verwendete zur Freimachung der Gleise 13 Motorschneepflüge.

\*

(Abendmeldung.) Die Schneeabräumung wurde den ganzen Tag über fortgesetzt. In der Nacht werden neben eigenem Personal rund 700 Schneeschaufler weiter beschäftigt werden.

-----

## Die städtischen Bäder zu Silvester.

Am 31. Dezember (Silvester) sind die städtischen Brausebäder von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, die städtischen Dampf-, Wannen- und Schwimmbäder von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends geöffnet.

-----

## Ein neuer Strassenbahn-Rekord.

Die Tageszahl der Zehngroschenfahrgäste auf der Strassenbahn ist alle Jahre am 24. Dezember am grössten. Heuer wurden an diesem Tage nicht weniger als 473.076 Zehngroschenfahrgäste gezählt, um 44.465 mehr als am 24. Dezember 1936. Das ist bisher die höchste Tagesfrequenz von Zehngroschenfahrgästen seit der Einführung des Zehngroschentarifes.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

333

Wien, am 28. Dezember 1937.

## Subventionen der Stadt Wien.

Auch heuer haben sich wie in den früheren Jahren zahlreiche humanitäre und kulturelle Vereine und Institutionen an die Stadt Wien mit dem Ersuchen um Gewährung einer finanziellen Unterstützung gewendet. Mit den von Bürgermeister Richard Schmitz kürzlich bewilligten Subventionen hat die Stadt Wien im Jahre 1937 bisher insgesamt rund 545.000 Schilling aufgewendet. Nach den Betätigungsgebieten der einzelnen Vereinigungen und Institutionen entfielen hievon auf Kunst rund 63.800 Schilling, auf Wissenschaft und Bildung rund 139.000 Schilling, auf Jugendfürsorge 134.000 Schilling, auf humanitäre Einrichtungen 65.800 Schilling, auf Sportförderung rund 75.000 Schilling und der Rest auf verschiedene sonstige Zwecke. Selbstverständlich konnten nur solche Vereine und Institutionen subventioniert werden, die ihre Gesuche rechtzeitig eingebracht haben und die Gewähr dafür bieten, dass der bewilligte Betrag zweckentsprechend und im Sinne der Intentionen der Stadtverwaltung verwendet wird.

Aus der Reihe der im Laufe des Jahres bewilligten Subventionen seien hervorgehoben:

Auf dem Gebiete der Kunst: Die Genossenschaft der bildenden Künstler, die Wiener Sezession, Gesellschaft der Musikfreunde, Wiener Konzerthaus, Oesterreichische Kunststelle, Zentralverein der Architekten Oesterreichs;

auf wissenschaftlichem Gebiete und im Bildungswesen: Volkshochschule Wien-Volkshaus, Volkshochschule Alsergrund, Verein Volkslesehalle, Katholischer Bibliotheks- und Leseverein, Verein Zentralbibliothek, Wiener Volksbildungshaus Urania, Oesterreichisches Institut für Bildstatistik, Technisches Museum für Industrie und Gewerbe, Förderung einer kritischen Neuauflage der Werke Grillparzers;

Jugendfürsorgeeinrichtungen: Oesterreichisches Jungvolk, Erster Wiener Ferienkolonien-Spar- und Unterstützungsverein, Katholischer Waisenhilfsverein, Verein Ferienhort für bedürftige Mittelschüler, Verein Kinderschutzstationen, Reichsverband der katholischen Mädchenvereine, Verein "Frohe Kindheit", Marianum-Mittelschülerheim, St. Josefs Kinderspitalverein, Jugend in Not, Jugend ohne Heim;

Humanitäre Vereine und Institutionen: V. E.-Werk Neues Leben, Verein Hauskrankenpflege, Verein Akademikerhilfe, Verband der christlichen Hausgehilfinnen, Vereinigte Fürsorge für Obdachlose, Arme und Kranke, Soziale Gerichtshilfe für Erwachsene, Schwesternschaft "Caritas socialis", Verein zur Errichtung und Erhaltung der I. Wiener Suppen- und Töchteranstalt, Erste österreichische Krüppelarbeitsgemeinschaft, Kreuzer Verein zur Unterstützung von Wiener Gewerblenten, Herzstation, Hauskrankenpflege, Reichenanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge, Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft;

auf dem Gebiete des Sportwesens: Oesterreichischer Hauptverband für Körpersport, Christlich-deutsche Turnerschaft, Wintersportunfalldienst.

## Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Strassenreinigungsbetrieb nahm heute früh neuerlich 2.636 Schneeschaufler auf und verwendete sie zusammen mit mehr als 1.000 Mann des eigenen Personals zur Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten. Ausserdem wurden hierfür 3 Autoschneepflüge, 10 Pferdeschneepflüge, 10 Lastkraftwagen und 21 zweispännige Fuhrwerke in den Dienst gestellt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 334  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 29. Dezember 1937.

## Die Tuberkulosebekämpfung in Wien.

Kürzlich fand unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Lahr im Rathaus die satzungsgemässe Vollversammlung der Hauptstelle der Stadt Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose statt, bei der Chefarzt Dozent Dr. Götzl den Bericht über die Tuberkulosebekämpfung in Wien im Jahre 1936 erstattete.

Der Referent verwies einleitend darauf, dass vor zwanzig Jahren Bürgermeister Dr. Weisskirchner die städtische Zentrale für Tuberkulosebekämpfung ins Leben gerufen und dadurch die gesamte Tuberkulose-Fürsorge Wiens organisatorisch zusammengefasst hat. Derzeit umfasst der Fürsorgeapparat 23 Tuberkulose-Fürsorgestellen, nämlich 11 städtische, 7 private und 5, die von Krankenkassen betrieben werden. In den städtischen Tuberkulose-Fürsorgestellen wurde durch Neueinstellung das Personal um 7 Tuberkuloseärzte und ebensoviele Tuberkulosefürsorgerinnen vermehrt. Der ärztliche Dienst führte im Berichtsjahre 121.000 Untersuchungen durch, die durch 8.000 Auswurfuntersuchungen, 11.000 Blutuntersuchungen, 22.000 Röntgenuntersuchungen und fast 9.000 Tuberkulinprüfungen ergänzt wurden. Von den Tuberkulosefürsorgerinnen wurden rund 95.000 Heimbesuche, darunter allein rund 60.000 von den städtischen Tuberkulosefürsorgerinnen, geleistet.

Dank der grosszügigen Heilfürsorge der Stadt Wien, die die Heilstätte Grimmenstein der Angestelltenversicherung in den Kreis der von der Stadt Wien zu belegenden Anstalten einbezogen und den Belag in der städtischen Kinderheilanstalt San Pelagio erhöht hat, war es möglich, im Betriebsjahre mehr als 4.600 Kranke, darunter mehr als 2.200 Kinder, durch die Zentralaufnahmestelle für Tuberkulose und Kurbedürftige der Stadt Wien einer Heilbehandlung zuzuführen.

Die Zentralstelle für Tuberkulose beim tschechoslovakischen Generalkonsulat betreute rund 4.300 tschechoslovakische Staatsbürger und brachte 124 Kranke in Heilstätten unter.

Ein erhöhtes Augenmass wurde der Erfassung tuberkulosekranker Kleinkinder und jugendlicher Personen zugewendet, wozu auch eine Prüfung der Kleinkinder in den städtischen Kindergärten und in den Mutterberatungsstellen auf die Häufigkeit der tuberkulösen Ansteckung durchgeführt wurde. Hierbei wurden die als tuberkulosekrank befundenen Kinder einer entsprechenden Heilbehandlung zugeführt.

Den Bemühungen der Wiener Tuberkulosebekämpfung ist es gelungen, grosse Erfolg zu erzielen, die sich ziffernmässig in dem starken Zurückgehen der Tuberkulosesterblichkeit ausdrücken. Dieser Erfolg darf jedoch keineswegs, wie die Vorsitzende Vizebürgermeister Lahr hervorhob, zur Auffassung verleiten, dass die Tuberkulose als Volksseuche schon ganz überwunden und der Kampf gegen diese Seuche nicht mehr mit der gleichen Hartnäckigkeit geführt werden brauche. Im Gegenteil. Die Bekämpfung der Tuberkulose müsse nach wie vor in energischem Masse betrieben werden.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Freie Arztstelle.

Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz ist die Stelle eines Vorstandes an der laryngologischen Abteilung zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und mehrjährige fachärztliche Ausbildung. Die Dienstverpflichtung beträgt vierzig Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 6923/37 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis 12. Jänner 1938 bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

-----

## Die Arbeiter-Strassenbahnfahrtscheine zu Silvester.

Wie die Strassenbahn-Direktion mitteilt, berechtigen die Hin- und Rückfahrtscheine sowie die Wochenkarten am 31. Dezember zur Rückfahrt schon von 11 Uhr an.

-----

## Mütterschule der Stadt Wien.

An der Mütterschule der Stadt Wien beginnen am 13. Jänner ein neuer, sechswöchiger Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum in einem Kinderheim und am 12. Jänner ein Kurs für Erziehung und Pflege des Kindes von anderthalb bis sechs Jahren. Anmeldungen und Einschreibung in der Schulkanzlei, 6., Brückengasse 3, Fernruf B 25-4-19.

-----

## Strassenbahnfahrpreis am Neujahrstag.

Am Neujahrstag gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten sowie der Kleinzonen- und Kurzstreckentarif haben daher keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen innerhalb der Wiener Gemeindegrenze während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn gelten ebenfalls während der ganzen Betriebszeit, doch ist die Rückfahrt nur am Tage der Ausgabe erlaubt und nicht erst am zweiten Tage.

Der Autobusbetrieb durch die Innere Stadt ist eingestellt. Betrieben werden nur die Autobuslinien auf den Kahlenberg, nach Salmansdorf, zum Döblinger Friedhof von 12 Uhr 30 bis 19 Uhr 30 und die Sonntagslinie Hietzing-Stefansplatz-Praterstern von 12 Uhr 30 bis 19 Uhr 30.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 335  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. Dezember 1937.

## Der Wettbewerb zur Schaffung eines Ausstellungs- und Messegeländes im Prater.

Die Bauamts-Direktion der Stadt Wien teilt **amtlich** mit:

Die Stadt Wien schreibt zur Erlangung von Ideenskizzen für die Ausgestaltung eines Ausstellungs- und Messegeländes einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb aus. Teilnahmsberechtigt daran sind Architekten und andere im Fachgebiet Tätige, auch wenn sie nicht österreichische Staatsbürger sind.

Die Beurteilung der einlangenden Entwürfe und die Zuerkennung der Preise obliegen einem Preisgerichte, dem der Bürgermeister, die Vizebürgermeister, der Präsident der Wiener Messe A.G., der Stadtbaudirektor und die Vorstände der Magistratsabteilungen für Stadtregulierung und für Architektur sowie die Architekten Professor Schweizer (Karlsruhe), Professor Salvisberg (Zürich) und Professor Theiss (Wien) angehören.

An Preisen sind ein erster Preis im Betrage von 4.000 Schilling, zwei zweite Preise im Betrage von je 3.000 Schilling und drei dritte Preise im Betrage von je 2.000 Schilling in Aussicht genommen. Ueberdies ist für den Ankauf guter Arbeiten noch ein Betrag von 8.000 Schilling vorgesehen.

Die Wettbewerbsunterlagen sind vom 7. Jänner 1938 an in der Magistrats-Abteilung 38, Plankammer, 1., Neues Rathaus, Mezzanin, Tür 16, während der Amtsstunden gegen Erlag von 10 Schilling zu beheben oder gegen Einsendung dieses Betrages durch die Post zu beziehen.

Die Wettbewerbsarbeiten sind bis 5. Februar 1938, 12 Uhr Mittag, bei der vorgenannten Amtsstelle einzureichen oder längstens bis zu diesem Zeitpunkt der Post zur eingeschriebenen Beförderung zu übergeben.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der geplanten Bauführungen ist eine Verlängerung der Laufzeit des Wettbewerbes ausgeschlossen.

-----

### Wiederaufnahme der Schneeabräumarbeiten.

Nach einer längeren Pause setzte heute in den frühesten Morgenstunden wieder Schneefall ein, der den städtischen Strassenreinigungsbetrieb veranlasste, sofort wieder die Schneeabräumarbeiten aufzunehmen. Hiezu wurden 3.066 Schneeschaufler eingestellt, die mit mehr als 1.000 Mann des eigenen Personals bei der Schneeabräumung beschäftigt wurden. Ausserdem wurden 4 Autoschneepflüge, 119 Pferdeschneepflüge, 5 Lastkraftwagen und 24 ein- und zweispännige Fuhrwerke für die Schneeabfuhr verwendet.

-----

### Freie Arztstelle.

Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz ist die Stelle eines Vorstandes des physiotherapeutischen Institutes zu besetzen. Voraussetzungen der Anstellung sind die österreichische Bundesbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, das Doktorat der gesamten Heilkunde, eine mindestens zweijährige Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades und eine mehrjährige fachärztliche Ausbildung. Die Dienstverpflichtung beträgt 40 Stunden in der Woche; die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis ist gestattet. Nach dreijähriger zufriedenstellender Dienstleistung wird die Anstellung definitiv. <sup>Gesuche</sup>  
um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 6924/37 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis 12. Jänner 1938 bei der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Der Strassenbahnverkehr in der Silvesternacht.

Wie alljährlich wird auch heuer in der Silvesternacht im Anschluss an den Tagesverkehr ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr 30 früh unterhalten. Bei Beibehaltung der normalen Linienführung werden folgende Linien betrieben B, Bk, T, Tk, 13, 25 (Vorgartenstrasse-Kagran), 31, 36 (Börseplatz-Nussdorfer Platz), 38, 41 (Schottenring-Gerstthof), 43 (Schottengasse-Wattgasse), 46, 49 (Bellaria-Baumgarten Spitz), 52, 63, 67 (Kärntnerring-Gudrunstrasse), 71, 74 und 75. Die Linie 59 wird ab Mariahilferstrasse über die Winckolmannstrasse geführt und bis Gallgasse (Fehlingergasse) verlängert. Die Züge der Linie 62 werden gleichfalls zur Gallgasse (Fehlingergasse) geführt.

Von der Dresdnerstrasse werden Pendelfahrten mit dem Signa 29 über Taborstrasse zur Marien- und Schwedenbrücke geführt. Auf der Linie 16 wird ein Pendelverkehr zwischen Stadlau und Wagramerstrasse unterhalten. Die Linie 5 wird auf der Strecke von der Josefstädterstrasse bis Praterstern geführt und in der Ausstellungsstrasse bis zur Lagerhaus- und Nordportalstrasse verlängert. Auf dem Gürtel verkehren Züge der Linie 18 zwischen Glatzgasse und Ostbahnhof.

Auf der Linie 57 werden nur zum Vorstellungsschluss im Apollo Züge bereitgestellt.

Der Bahnhofrundverkehr entfällt in der Silvesternacht.

Der Fahrpreis im Strassenbahn-Nachtverkehr beträgt 60 Groschen.

Die Nachtautobuslinien werden normal betrieben.

.....

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Oktober 1937.

Nach dem Monatsausweis der Magistratsabteilung für Statistik kamen im heurigen Oktober in Wien 809 Kinder lebend zur Welt, 421 Knaben, 388 Mädchen, 649 eheliche und 160 uneheliche Kinder.

Von der Wiener Wohnbevölkerung starben im Berichtsmonate 1.981 Personen, und zwar 991 männlichen und 990 weiblichen Geschlechtes. Als hauptsächliche Todesursachen wurden in 438 Fällen Herzkrankheiten, in 379 Fällen Krebs, in 190 Fällen Krankheiten der Atmungsorgane und in 158 Fällen Tuberkulose angegeben. 76 Personen, nämlich 42 Männer und 34 Frauen, verübten Selbstmord. Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im Berichtsmonate 31 Säuglinge, davon 19 im ersten Lebensmonate, starben.

Der Geburtenabgang betrug im Oktober 1.172; er ist gegenüber September dieses Jahres um 258 höher, gegenüber Oktober 1936 hingegen um 26 niedriger.

Die Statistik meldet ferner im Berichtsmonate 1.152 Eheschließungen der Wiener Wohnbevölkerung.

.....

## Die Leistungen der städtischen Unternehmungen.

Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke lieferten im Oktober a. J. 46,573.000 Kilowattstunden Strom, während die städtischen Gaswerke 31,468.000 Kubikmeter Gas erzeugten. Die städtischen Strassenbahnen fuhren im Berichtsmonate 10,802.000 Wagenkilometer, um 637.000 mehr als im September die städtischen Autobusse 318.000 Wagenkilometer. Die Strassenbahnen beförderten 43,184.000 Fahrgäste, um 3,711.000 mehr als im September, die städtischen Autobusse 1,513.000 Fahrgäste, um 123.000 mehr als im September.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 336  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 31. Dezember 1937.

## Gesetzblatt der Stadt Wien.

Das heute ausgegebene 19. Stück des Gesetzblattes der Stadt Wien, Jahrgang 1937, enthält das Stadtgesetz vom 16. Dezember 1937 betreffend den Schutz des keimenden Lebens, das Stadtgesetz vom 16. Dezember 1937 über die Verlängerung der Frist für die Befreiung von Anliegerbeiträgen, das Stadtgesetz vom 16. Dezember 1937, mit dem die Verordnung des Bundeskommissärs für Wien vom 13. Februar 1934, L. G. Bl. für Wien Nr. 9, betreffend die Erlassung einiger dienstrechtlicher Bestimmungen abgeändert wird, das Stadtgesetz vom 16. Dezember 1937, mit dem die Bestimmungen über die Massnahmen zur Verringerung der Zahl der Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen Wiens abgeändert werden, und die Verordnung des Bürgermeisters vom 28. Dezember 1937 betreffend Abänderung einiger Bestimmungen der Ruhebezugsverordnung für die niederösterreichischen Lehrer-Altensionisten, G. Bl. der Stadt Wien Nr. 6/1934, in der Fassung der Verordnung vom 15. Dezember 1935, G. Bl. der Stadt Wien Nr. 63/1935, und vom 21. Dezember 1936, G. Bl. der Stadt Wien Nr. 59/1936.

## Fortsetzung der Schneeabräumarbeiten.

Der städtische Strassenreinigungsbetrieb setzte heute die Schneeabräumarbeiten mit grösster Intensität fort. Hierzu wurden neuerlich 3.019 Schneeschaufler aufgenommen und das gesamte verfügbare städtische Strassenreinigungspersonal in den Dienst gestellt. Ausserdem wurden für die maschinelle Strassensäuberung und für die Schneeabfuhr 72 Pferdeschneepflüge, 7 Lastkraftwagen und 49 zweispännige Fuhrwerke verwendet. Mit Rücksicht auf zu erwartende Schneefälle hat der städtische Strassenreinigungsbetrieb alle Vorsorgen getroffen, um im Bedarfsfalle am Neujahrstag und am Sonntag sämtliche Mannschaften und maschinellen Einrichtungen zur Strassensäuberung schlagartig einsetzen zu können.

## Oesterreichs Berufstenographen an die Stenographen der Welt.

Die Oesterreichische Berufstenographen-Vereinigung lässt in ihren "Mitteilungen" folgende, vom ersten Stadtstenographen Adolf Reichert und Dr. Ing. Hubert Wenzl unterfertigte Neujahrsbotschaft ergehen: "Die Stenographen Oesterreichs senden ihren Berufskollegen in allen Ländern der Welt herzliche Grüsse und wünschen ihnen ein erfolgreiches Jahr 1938. Das Jahr 1937 hat schmerzliche Lücken in unsere Reihen gerissen; Stenographen von Ruf haben dieses schaffende Leben verlassen. Ihr Vorbild und der grosse Erfolg des Londoner Weltkongresses für Kurzschriftwesen geben uns aber neue Schaffensfreude zu einträchtiger Berufsarbeit und zu einem weiteren Aufbau des stenographischen Kulturgutes."

## Vorübergehende Strassenbahneinstellung Wittelsbachstrasse-Hauptallee.

Wegen eines Kanalbaues in der Wittelsbachstrasse werden vom kommenden Dienstag an die Züge der Strassenbahn-Linien L und M in die Schüttelstrasse bis zur Thugutstrasse und die der Linie 4 in die Schüttelstrasse bis zur Friedensgasse geführt. Der Strassenbahnverkehr in der Wittelsbachstrasse und zur Prater Hauptallee ist während des Kanalbaues eingestellt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Neujahrsempfänge bei Bürgermeister Schmitz.

Anlässlich des Jahreswechsels empfing heute Bürgermeister Richard Schmitz die Mitglieder der Landesfachleitung sowie die Bezirksamts- walter der Dienststellenorganisation Wien der V.F., die ihm durch Landesfach- leiter Obermagistratsrat Schinnell ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachten. Geführt von Magistratsdirektor Dr. Hiessmanner machten hierauf sämtliche Leiter der Verwaltungsgruppen, die Direktoren der städtischen Unternehmungen und des Kontrollamtes dem Bürgermeister ihre Aufwartung, um ihm die Glück- wünsche der Beamtenschaft anlässlich des Jahreswechsels zu übermitteln. Dann überbrachte Senatsrat Dr. Asperger die Neujahrswünsche des Präsidial- büros der Stadt Wien. Zum Schlusse erschienen unter Führung des Obmannes Reg. Rat Dr. Rollett die Vorstandsmitglieder der Vereinigung der Wiener Kom- munalredakteure und sprachen dem Bürgermeister die herzlichsten Neujahrswünsche im Namen aller im Rathaus akkreditierten Journalisten aus.

-----

## Meldepflicht des Jahrganges 1920 bei der Einwohnerverzeichnung.

Nach den Bestimmungen über die Einwohnerverzeichnung sind alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollenden, verpflichtet, sich in den ersten drei Monaten des betreffenden Kalenderjahres bei der Einwohnermeldestelle ihrer Wohngemeinde zu melden.

In Wien haben sich in den ersten drei Monaten des Kalender- jahres 1938 alle im Jahre 1920 geborenen, in Wien verzeichneten oder ver- zeichnungspflichtigen Personen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staats- angehörigkeit beim Besonderen Stadtamt I, Neues Rathaus, Stiege 8, oberer Erde, an Werktagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 18 Uhr 30 zu melden.

Zur Ermöglichung einer raschen Partienabfertigung wurde die Entgegennahme der Meldungen nach dem Geburtsmonat der zur Meldung ver- pflichteten Personen geregelt.

Die für die einzelnen Geburtsmonate festgesetzten Anmeldeungs- termine, die bei der Meldung erforderlichen Personaldokumente, die Ausnahmen von der persönlichen Meldepflicht und die Strafbestimmungen sind aus den an den Amtstafeln der Bezirkshauptmannschaften, Bezirksvertretungen und der Bundes-Polizeibehörde (Bezirks-Polizeikommissariate, Wachstuben) angeschla- genen Verlautbarungen zu ersehen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 337

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe

Wien, am 31. Dezember 1937.

## Normaler Strassenbahnverkehr trotz stürmischen Schneefall.

Der heute Nachmittag zeitweise stürmische Schneefall veranlasste die Strassenbahn-Direktion, sofort alle Massnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung des Verkehrs zu treffen. Bereits eine Stunde nach Einsetzen des Schneewetters ordnete die Direktion zunächst die Ausfahrt sämtlicher Motorschneepflüge zur Freimachung der Gleise und anschliessend daran die Ausfahrt aller Salzwagen zur Bestreuung des gesamten Gleisnetzes an. Dank dieser Massnahmen wurde der Strassenbahnverkehr überall klaglos aufrechterhalten.

Der städtische Strassenreinigungsbetrieb stellte am Nachmittag alle Auto- und Pferdeschneepflüge in den Dienst, so dass auch in besonders verkehrsreichen Strassen der Verkehr keine Unterbrechung erfuhr. In der Silvesternacht werden überdies neben dem ständigen Personal etwa 1.200 Schneeschaufler für die Schneesäuberungsarbeiten verwendet werden.

.....

## Die städtischen Bäder am Sonntag.

Am kommenden Sonntag sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 13 Uhr, die Schwimmballenbäder von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet.

.....

## Filmvorführungsstelle der Stadt Wien.

Bei der Filmvorführungsstelle des Besonderen Stadtamtes II wurden in der letzten Woche 37 Filme, davon 6 Grossfilme, zur Begutachtung vorgeführt, von denen auf Grund des Gutachtens des Filmbeirates 34 ungekürzt und 2 mit Kürzungen die Vorführungsbewilligung erhielten. 28 Filme, davon 1 mit Kürzungen, wurden auch zur Vorführung vor Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zugelassen, unter diesen die Grossfilme "Der Berg ruft" und "Ritter ohne Furcht und Tadel".

.....

